(Beginn: 15.43 Uhr)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 25. Sitzung des Rates der Stadt Köln in der Wahlperiode 2009/2014 und begrüße unsere Gäste auf der Zuschauertribüne, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, die Bezirksbürgermeisterinnen und Bezirksbürgermeister sowie natürlich Sie, die Mitglieder des Rates, ganz herzlich.

Vorweg gestatten Sie mir eine Gratulation. Unser langjähriges Ratsmitglied, Herr Götz Bacher, hat sich vor zwei Tagen in den Stand der Ehe begeben. Herzlichen Glückwunsch nachträglich!

(Beifall)

Nach den mir vorliegenden Meldungen sind heute Frau Stahlhofen und Herr Görzel entschuldigt.

Als Stimmzähler benenne ich Herrn Bacher,

(Heiterkeit im ganzen Hause - Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Ist das die Hochzeitsgabe?)

Herrn Dr. Elster und Frau Dr. Müller.

Bevor wir mit den Beratungen beginnen, müssen wir die heutige Tagesordnung festlegen. Der Entwurf liegt Ihnen vor. Die nachträglichen Zu- und Absetzungen sind im Entwurf wie immer gesondert gekennzeichnet. Die nachträglich eingegangenen Änderungsanträge finden Sie bei den jeweiligen Tagesordnungspunkten aufgeführt.

Kommen wir zunächst zur Festlegung der Aktuellen Stunde. Es liegen zwei fristgerecht eingereichte Anträge zur Durchführung der Aktuellen Stunde vor:

Im Antrag der FDP-Fraktion geht es um das Thema „Verfall des städtischen Liegenschaftsvermögens durch Verwilderung“. Der Antrag hat im Entwurf die Ziffer 1.1.

Der Antrag der SPD-Fraktion hat den Titel „Bildungs- und Teilhabepaket der Bundesregierung“. Er ist im Entwurf mit Ziffer 1.2 gekennzeichnet.

Unsere Geschäftsordnung sieht im Grunde nur eine Aktuelle Stunde pro Sitzung vor. Bei mehreren Anträgen besteht nach § 5 Abs. 5 die Möglichkeit einer einvernehmlichen Einigung zwischen den Antragstellern auf eines der beiden Themen. Konnte eine solche Einigung erzielt werden? - Das ist nicht der Fall. Dann müssen wir nach § 5 Abs. 4 der Geschäftsordnung darüber abstimmen, ob heute zwei Aktuelle Stunden durchgeführt werden sollen. Wer für die Durchführung von zwei Aktuellen Stunden ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD, die Grünen, die CDU, die FDP und Herr Hoffmann. Wer enthält sich? - Herr Zimmermann. Das bedeutet: Es stehen heute zwei Aktuelle Stunden auf der Tagesordnung.

Nun zu den einzelnen Tagesordnungspunkten:

Die Verwaltung schlägt die Zusetzung folgender Punkte vor: 4.1, 4.2, 4.3, 4.4, 4.5, 9.1 und 10.33, 17.7 und 17.8 sowie im nichtöffentlichen Teil 23.7 und 26.1.

Abgesetzt werden folgende Tagesordnungspunkte: 6.1.2, 6.1.4, 6.2.1, 10.2, 10.3, 10.16 und 14.2 sowie im nichtöffentlichen Teil 23.1.

Gibt es Wortmeldungen dazu? - Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir zu den Dringlichkeitsanträgen.

Zunächst zu einem Antrag der CDU-Fraktion vom 18. Mai 2011 zum Thema „Videoüberwachung an KVB-Haltestellen“, Tagesordnungspunkt 3.1.12. Die Begründung der Dringlichkeit ist darin bereits enthalten. Gibt es Wortmeldungen gegen die Dringlichkeit? - Gegenstimmen gegen die heutige Behandlung? - Das ist nicht der Fall. Damit ist der Antrag so in die Tagesordnung unter 3.1.12 aufgenommen.

Des Weiteren liegt unter Tagesordnungspunkt 3.1.13 ein Dringlichkeitsantrag von Herrn Hoffmann vom 25. Mai 2011 vor. Hierbei geht es um die Einsicht in das Sanierungsgutachten zur Fachhochschule Köln. Eine Begründung der Dringlichkeit ist ebenfalls enthalten.

Herr Hoffmann, ich möchte Sie an dieser Stelle auf Folgendes hinweisen: Das Gutachten liegt noch gar nicht vor. Dem Oberbürgermeister und der Stadtverwaltung ist es noch nicht ausgehändigt worden. Sobald uns das Gutachten von der Landesregierung offiziell zugestellt wird, werden selbstverständlich alle Fraktionen und die Einzelmandatsträger dieses Gutachten zur Kenntnis erhalten. Es stellt sich daher die Frage, ob sich Ihr Dringlichkeitsantrag damit erledigt hat. - Herr Hoffmann, bitte.

**Klaus Hoffmann** (Freie Wähler): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Dieser Dringlichkeitsantrag ergab sich aus einer Auskunft, die ich vor zwei Tagen über den BLB bekommen habe, nämlich dass laut Finanzministerium das Gutachten, welches vom Grundsatz her ein internes Papier sei, selbst dann, wenn es vorliegt, nicht zur Veröffentlichung freigegeben werden könnte. Ich bin jetzt etwas irritiert, bitte Sie aber als Chef der Verwaltung, sich darum zu kümmern, dass uns allen dieses Papier zugänglich gemacht wird. Wenn Sie das hier zusagen, hat sich dieser Antrag natürlich erledigt.

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Ich kann nur noch einmal bestätigen: Sobald uns dieses Papier offiziell von der Landesregierung zugeht, werden alle Fraktionen im Rat selbstverständlich ein Exemplar erhalten.

**Klaus Hoffmann** (Freie Wähler): Gut. Die Auskunft, die ich bekomme habe, hat zu Irritationen geführt. Dann hat sich dieser Antrag natürlich erledigt.

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Okay. Danke schön.

Es gibt einen weiteren Dringlichkeitsantrag, und zwar unter Tagesordnungspunkt 3.1.14. Antragsteller ist die Fraktion pro Köln. Es geht um das Bäderkonzept, speziell um die Bäder in Nippes und Weiden. Gibt es Wortmeldungen zur Begründung der Dringlichkeit? - Herr Uckermann.

**Jörg Uckermann** (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! In dem von uns eingeforderten Antrag geht es um Folgendes: Wir haben über die Medien erfahren, dass eine Entscheidung über die Schließung der Bäder in Nippes und Weiden bzw. den Verbleib des Bades in Rodenkirchen getroffen wurde. Ich weise darauf hin, dass es zwar politische Beschlüsse gibt, das im Jahr 2011 zu entscheiden; aber das hat der Stadtrat bisher nicht getan. Wir sprechen uns in unserem Antrag dagegen aus, dass hier durch die Verwaltung eine Vorentscheidung getroffen worden ist. Wir fordern den demokratischen Konsens ein, der den Bürgern versprochen worden ist. Die Bürger müssen in diese Entscheidung miteinbezogen werden.

Im zweiten Punkt unseres Antrages fordern wir, dass alle Konzepte für diese Bäder, die ja durchaus vorhanden sind, in die Entscheidung mit einfließen und dass eine Kosten-Nutzen-Analyse aufgestellt wird. Es kann nicht sein, dass man die Wähler so kurz vor einer Kommunalwahl quasi taktisch belogen hat. - Danke.

(Beifall bei pro Köln)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Es gibt noch keine Beschlussvorlage zum Bäderkonzept. Selbstverständlich wird sie in den ganz normalen parlamentarischen Beratungsgang eingestellt. Deswegen frage ich: Gibt es ein Votum gegen die Dringlichkeit?

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Formale Gegenrede gegen die Dringlichkeit! Formal! Das brauchen wir nicht zu begründen!)

Wer für die Dringlichkeit ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit ist der Antrag auf Dringlichkeitsentscheidung abgelehnt.

Wir kommen nun zur Feststellung der Tagesordnung. Gibt es Wortmeldungen zur Tagesordnung? - Das ist nicht der Fall. Wer ist gegen die so festgestellte Tagesordnung? - Niemand. Wer enthält sich? - Damit ist die Tagesordnung so festgestellt, und wir können jetzt mit unseren Beratungen beginnen.

Als Erstes rufe ich Tagesordnungspunkt 1.1 auf:

**1.1 Antrag der FDP-Fraktion auf Durchführung einer Aktuellen Stunde betreffend "Verfall des städtischen Liegenschaftsvermögens durch Verwilderung"**
**AN/1063/2011**

Ich bitte Herrn Houben ans Rednerpult.

**Reinhard Houben** (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Kennen Sie Bufo calamita Laurenti?

(Martin Börschel [SPD]: Jetzt ja!)

- Wunderbar, Herr Börschel. - Das ist nämlich die Kreuzkröte. Die Kreuzkröte ist ein possierliches und sehr schützenswertes Wesen. Frau Moritz, da müssen Sie nicht den Kopf schütteln.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Ich habe nicht den Kopf geschüttelt!)

Auch der NABU bestätigt auf seiner Internetseite, dass die Kreuzkröte ein sehr schützenswertes Wesen ist. Geschrieben wird das aber nur mit einem „f“, Frau Lehrerin. Deswegen sage ich „Bufo“ und nicht „Buffo“.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Es wird trotzdem so ausgesprochen!)

Frau Moritz, es geht hier nicht nur um die Kreuzkröte, sondern auch um das ehemalige Esso-Gelände. Wir haben das Pech, dass die Kröte genau auf diesem Gelände gefunden worden ist.

Ein besonderes Merkmal dieser Kröte ist, dass sie einen besonders lauten Paarungsruf hat. Man hört diesen Paarungsruf auf zwei Kilometer Entfernung, mindestens; denn diese Kröten rufen besonders laut.

(Peter Kron [SPD]: Machen Sie mal vor, Herr Houben!)

Die Männchen machen das auch noch im Chor.

(Martin Börschel [SPD]: Vielleicht könnte die FDP das hier mal vorführen!)

- Das würde ich gerne machen, Herr Börschel, aber leider ist mir das nicht möglich,

(Martin Börschel [SPD]: Strengen Sie sich mal an! Der Uli Breite kann das! Da bin ich sicher!)

weil ich ein Homo sapiens und keine Bufo calamita Laurenti bin.

Meine Damen und Herren, ich freue mich ja, dass ich Sie mit der Erwähnung des lauten Paarungsrufs dieser Kröte aufheitern kann. Aber eines ist doch festzustellen: Herr Dr. Walter-Borjans und die Liegenschaftsverwaltung haben diesen Ruf offensichtlich nicht gehört;

(Beifall bei der FDP - Zuruf von Manfred Wolf [FDP])

denn seit dem Jahr 2008 wurde nichts getan, um das Problem zu lösen. Dabei sind die Folgen für die Stadt Köln nicht unerheblich. Wir laufen im Moment Gefahr, dass diese Fläche über mehrere Jahre nicht vermarktet werden kann. Darüber mag sich mancher freuen und sagen: „Super! Das ist die einzige große Industriefläche in Köln. Da haben wir Glück gehabt und können Industrieansiedlungen verhindern, zumindest mittelfristig“.

Ich glaube, ich brauche die Position der FDP-Fraktion zu dieser Thematik nicht weiter zu erläutern. Die heimliche Freude ist auch sehr gefährlich. Denn, meine Damen und Herren, hier muss nicht zwingend der wirtschaftspolitische Sprecher stehen, hier könnte auch der schulpolitische Sprecher oder der sozialpolitische Sprecher stehen, weil es bei anderen Flächen, die wir anders nutzen wollen, dasselbe Problem geben könnte. Deswegen sollten wir es nicht allein unter dem industriepolitischen Gesichtspunkt betrachten, sondern müssen uns die Frage stellen: Wie wollen wir als Stadt eine langfristige Liegenschaftspolitik machen, wenn wir nicht in der Lage sind, solche Dinge zu steuern und zu verhindern?

(Beifall bei der FDP)

Ich weise darauf hin, dass eine Gemeinde nur wenige Möglichkeiten hat, Wertschöpfung zu erlangen. Sie kann zum Beispiel bestimmte landwirtschaftliche Flächen aufkaufen und sie umwidmen, um sie dann mit entsprechendem Gewinn verkaufen zu können. Wenn sich jedoch die Stadt von solchen, aus Naturschutzsicht sicherlich sinnvollen Dingen zu sehr bestimmen lässt, werden ihre Handlungsspielräume insgesamt sehr viel kleiner werden.

Insofern ist auch die lapidare Bemerkung, da müsse nur regelmäßig gemäht werden, falsch. So gibt es einen Investor in Mülheim, der gerade 50 Eidechsen umsiedeln muss, damit er seine Fläche, die er übrigens immer schön gemäht hat, wirklich vermarkten kann.

Deswegen begrüßen wir ausdrücklich, dass Frau Reker und Frau Berg jetzt, nach gut dreieinhalb Jahren, dieses Problem angehen wollen. Ich möchte den Vertreter einer anderen Fraktion zitieren - das nur als kleine Warnung -: Wenn wir die Kreuzkröte umsiedeln müssen, schlage ich vor, dass das die Mitarbeiter der Liegenschaftsverwaltung machen, damit wir die Probleme demnächst etwas genauer kontrollieren. - In diesem Sinne, vielen Dank.

(Beifall bei der FDP - Martin Börschel [SPD]: Aber der Sinn der Rede war jetzt nicht ganz klar!)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Herr Schultz, bitte schön.

**Alfred Schultz** (SPD): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich will mich jetzt nicht mit dem Paarungsruf der Kreuzkröte auseinandersetzen, sondern Ihnen einige Fakten vortragen.

Das zum Teil mit Aufwuchs bestandene Areal im Industriepark Köln-Nord wurde 1996 seitens der Stadt von der Firma Esso für einen Kaufpreis von rund 10,5 Millionen Euro zurückgekauft. Hier sind entsprechend dem rechtskräftigen Bebauungsplan circa 43 Hektar Industriefläche und rund 2 Hektar Gewerbefläche für kleine und mittlere Unternehmen erschlossen und verfügbar. Da im Kölner Stadtgebiet die Gewerbeflächen, vor allem aber die Industriegebietsflächen drastisch abnehmen, ist das städtische Gelände in Niehl umso wesentlicher in seiner Bedeutung. Es ist die letzte nennenswerte Gewerbe- und Industriefläche in Köln, die bei der Wirtschaftsförderung rege nachgefragt wird.

Bereits 2002 sind auf dem Gelände des Industrieparks Nord größere Freistellungsmaßnahmen in Zusammenhang mit der Erschließung des Geländes erfolgt. In der Folgezeit sind Freistellungen sukzessive im Zusammenhang mit konkreten Baugenehmigungsverfahren erfolgt. Der Artenschutz ist in diesen Verfahren natürlich behandelt worden. Alle vermittelten und durchgeführten Liegenschaftsgeschäfte sowie die beantragten Bauvorhaben, zum Beispiel mit dem Automobilsystemlieferanten Getrag, konnten auf diese Weise verwirklicht werden.

Eine weitere Vermarktung der städtischen Grundstücke im Bereich des Industrieparks Köln-Nord kann bis auf eine circa 3 Hektar große Teilfläche zurzeit jedoch nicht erfolgen, da nach Auffassung des Umweltschutzdezernates für Eingriffe auf diesen Grundstücken eine Ausgleichsverpflichtung hinsichtlich des Artenschutzes besteht. Durch die Novellierungen des Bundesnaturschutzgesetzes in 2007 und 2009 wurde das deutsche Artenschutzrecht an die europäischen Vorgaben angepasst. Vor diesem Hintergrund hat das Liegenschaftsamt in den Jahren 2009 und 2010 in Abstimmung und nach Angaben der unteren Landschaftsbehörde bei der Stadt Köln eine artenschutzrechtliche Untersuchung des Gesamtgeländes einschließlich des angrenzenden Geländes des Industrieparks Köln-Nord veranlasst.

Nachdem die artenschutzrechtliche Kartierung mit einem Bericht über die Untersuchungen in den Jahren 2009 und 2010 inzwischen vorliegt, gibt es verschiedene Auffassungen über die Auswirkungen und das weitere Vorgehen. Nach Ansicht des Umweltdezernates hat das vorliegende Gutachten eindeutig ergeben, dass eine künftige Inanspruchnahme bzw. Nutzung der Industrie- und Gewerbeflächen nur dann aus rechtlichen Gründen genehmigungsfähig ist, wenn gleichzeitig ein Ausgleich auf anderen städtischen Flächen erfolgt. Mögliche Ersatzflächen wurden dem Umweltdezernat Anfang 2010 benannt.

Übrigens: Durch Mähen und Roden hätte dem Entstehen dieser Kreuzkrötenpopulation nicht entgegengewirkt werden können. Bei der Kreuzkröte handelt es sich um eine Pionierart, die ganzjährig Lebensräume besiedelt, die sich durch lückenhafte Vegetation, sonnenexponiertes Gelände und lockeren Boden auszeichnen.

Derzeit wird verwaltungsintern rechtlich geprüft, wie der Sachverhalt zu beurteilen ist. Das Ergebnis bleibt abzuwarten. Die sonstigen städtischen Wohnbau- und Gewerbeflächen, Herr Houben, sind nach meiner Kenntnis frei von Bewuchs und werden regelmäßig gepflegt, sodass hier keine Probleme mit dem Artenschutz zu befürchten sind.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich stelle für unsere Fraktion fest, dass das Thema vom Oberbürgermeister derzeit abgearbeitet wird und ein möglichst schnelles Ergebnis in Aussicht steht. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Wir kommen dann zur CDU-Fraktion. Herr Granitzka.

**Winrich Granitzka** (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Houben, ich schlage vor, dass wir die Kreuzkröte umbenennen, nämlich in Bufo calamitatis Laurenti; denn ich habe schon 2003 und 2004 sehr intensiv mit diesem Tier zu tun gehabt, hat es doch den Papstbesuch auf dem ehemaligen Rollfeld in Hangelar verhindert. Dazu kamen damals noch Kammmolche. Diese werden wir ebenso wie alleinerziehende Nacktschnecken sicherlich da auch noch finden.

(Heiterkeit und Beifall im ganzen Hause)

Ich wollte das Thema nicht so lustig angehen - Sie haben mich jetzt ein wenig herausgefordert -, denn eigentlich ist es ernst genug. Immer wenn ich in diesen Tagen in der Stadt unterwegs bin, erfreue ich mich an dieser schönen grünen Stadt. Es grünt in den Parks, es grünt auf den Balkonen und in den Gärten. Herr Oberbürgermeister, leider grünt es auch an Stellen, an denen es nicht grünen sollte, wie wir eben gehört haben.

Die Vielzahl der Stimmen, die sich heute dafür ausgesprochen haben, dieses Thema in dieser Aktuellen Stunde zu behandeln, zeigt doch, wie wichtig es in Wirklichkeit ist. Welche Konsequenzen wir daraus ziehen müssen, werden wir sicherlich im Verlauf der Debatte hören. Aber Konsequenzen, Herr Oberbürgermeister und Herr Stadtdirektor, müssen auch Sie ziehen; denn dieser Fall zeigt erneut, dass die Koordination der Dezernate und Ämter nicht richtig funktioniert.

(Beifall bei der CDU)

Ihnen obliegt die Führungsaufgabe und Verantwortung. Daran werden Sie vonseiten der Politik und der Bevölkerung gemessen. Hier sind schon Namen genannt worden. Natürlich hat unser damaliger Wirtschaftsdezernent Walter-Borjans nicht aufgepasst. Aber ich denke, das ist eine Aufgabe, die von allen gemeistert werden muss. Wir fordern Sie daher auf, ein Augenmerk darauf zu legen.

Eines ist doch klar: Erschlossene und baurechtlich für eine Industrienutzung ausgewiesene Flächen, die sofort vermarktet werden können, sind mit das wichtigste Kapital, das wir als Wirtschaftsstandort Köln haben. Die vorhandenen Flächen dürfen daher keineswegs zu verwildertem Kapital - ich hätte beinahe gesagt: totem Kapital; aber Kreuzkröten sind ja lebendes Kapital - werden. Wenn wir den Wirtschaftsstandort Köln stärken wollen, dann müssen wir dafür Sorge tragen, dass den Interessenten auch ad hoc Gewerbe- und Industrieflächen zur Verfügung gestellt werden können. Herr Schultz hat eben gesagt, dass das auf diesem Areal zurzeit nicht möglich ist. Ich bin der Meinung: Gerade weil Köln über nur sehr wenige und zudem begrenzte Flächen verfügen kann, müssen wir sie in einem optimalen Zustand halten, damit ihrer künftigen Vermarktung nichts im Wege steht.

Wie ist nun der Status quo zu bewerten? Ich will hier nicht den historischen Teil wiederholen. Herr Schultz hat schon gesagt: 1996 gekauft usw. Wir müssen jetzt zur Kenntnis nehmen, dass das Gelände wegen unterlassener Pflege, wie auch immer sie hätte aussehen können, in einen Zustand versetzt worden ist, der eine Vermarktung unmöglich macht. Es sind Ausgleichsquartiere für die dort angesiedelten Arten zu schaffen.

Es muss daher unser aller - damit meine ich auch Sie, Herr Oberbürgermeister, und ausdrücklich auch Sie, Herr Stadtdirektor - Ziel sein, zu klären, wie schnell es möglich wäre, die Tiere umzusiedeln, gesetzt den Fall, es gibt Interessenten für diese Flächen. Das heißt konkret: Wie schnell können diese Flächen für eine Vermarktung, für die sie ja vorgesehen sind, frei geräumt werden? Ich denke, das muss möglich sein. Hierfür müssen alle Anstrengungen unternommen werden. Wir wissen nicht genau, wie das umgesetzt werden kann - Ihre Dezernate arbeiten ja schon daran -, sondern können Sie nur auffordern, das schnellstens zu klären, damit der Schaden so gering wie möglich gehalten wird.

Es muss bereits jetzt geprüft werden, wie man die Arten sachgerecht auf Flächen umsiedeln kann, die dann auch wirklich zur Verfügung stehen. Ein Großteil der Flächen steht ja momentan überhaupt nicht zur Verfügung; sie sind verpachtet und damit in andere Hände gegeben. Ich denke, da muss man jetzt mit vollem Elan drangehen. Mir geht es wirklich nicht um Vergangenheitsbewältigung oder um einen rückwärts orientierten Blick. Vielmehr möchte ich Sie dazu auffordern, etwas zu tun. Ich versichere Ihnen: Wir werden daran mitwirken und werden auch genauer hinschauen, was und wie man es in Zukunft besser machen kann.

Wir haben gehört, dass es nichts bringt, das Areal einfach nur zu roden und einen Zaun drumherum zu ziehen. Die Kreuzkröte würde trotzdem nicht weichen. Aber wir erwarten von Ihnen, meine Damen und Herren der Verwaltung, dass Sie in Zusammenarbeit mit den Dezernaten und Ämtern dafür sorgen, dass diese Kalamität und damit die Bufo calamitatis Laurenti hier bald nicht mehr Gegenstand der Debatte ist. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Vielen Dank, Herr Granitzka. - Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Frank, bitte.

**Jörg Frank** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Werte Damen und Herren! Die Thematik war ja schon in der Zeitung nachzulesen. In einer weiteren Reaktion wurde dann von einem absoluten Skandal gesprochen. Insbesondere vom Antragsteller ist jedoch heute nicht allzu viel Neues hinzugekommen. Ich weiß auch nicht so richtig, worauf er hinauswill. Aber eines habe ich schon verstanden: Das Thema Artenschutz interessiert die FDP heutzutage natürlich viel stärker als früher - weil es sie selbst betrifft.

(Heiterkeit und Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei pro Köln)

Trotzdem eignet sich dieses Problem nicht dazu, dumpf populistische Attacken auf den Umweltschutz zu reiten. Wir sollten froh sein, dass wir ein Bundesnaturschutzgesetz und auch EU-Vorgaben von Niveau haben. Diese sind in einer hochindustrialisierten Gesellschaft notwendig. Darin liegt sicherlich nicht das Problem.

Angesichts der Vita dieser Geschichte mutet es schon seltsam an, dass es überhaupt so weit kommen konnte. Warum? Als das Raffineriegelände von Esso in das Eigentum der Stadt überging, war es laut den damaligen Mitteilungen bereits zu Teilen ein Biotop. In 2002 sind im Übrigen beim Verkauf von Flächen Freistellungsmaßnahmen erfolgt. Weitere Baugenehmigungen waren auch immer wieder daran gekoppelt. Das heißt, die Problematik ist überhaupt nicht neu. Insofern wundert es umso mehr, dass wir jetzt eine Situation vorfinden, dass weite Teile des Gebietes offenbar nicht vermarktbar sind. In diesem Zusammenhang wundert erst recht, warum vonseiten der Verwaltung bis heute zu dieser Frage nichts zu hören ist.

Wie war die Nachrichtenlage der letzten Tage? Wir hatten eine sehr positive Meldung, nämlich dass sich der Chemiekonzern Lanxess definitiv entschieden hat, sein Hauptquartier in Köln-Deutz aufzuschlagen. Ein Industriekonzern mit einer Umsatzrendite von 15,5 Prozent ist ein sehr attraktiver Gewerbesteuerzahler. So weit die positive Nachricht. Dann kamen die Meldungen in der Presse zum Industriepark Nord. Bis heute herrscht vonseiten der Verwaltung dazu absolutes Schweigen.

Da war die Stellungnahme, die Dr. Witig Rossmann für die IG Metall abgab, schon wesentlich sympathischer. Er sagte nämlich:

> Es ist schön, wenn die Natur sich Flächen zurück erobert, aber das kann nicht dazu führen, dass eine der wichtigsten Flächen nicht mehr zur Verfügung steht.

Ja, es ist tatsächlich so: Wir benötigen die Bevorratung dieser Industriefläche, auch wenn wir als Grüne sagen, dass die teilweise sehr überbordenden Forderungen vonseiten der IHK oder Teilen des Branchenforums sicherlich nicht mehr in die heutige Realität passen, auch nicht in die wirtschaftspolitische Realität, weil sie gar nicht nachgefragt werden. Notwendig ist, hier eine Lösung aufzuzeigen, die sicherlich nicht unbedingt einfach ist. Das ist ein komplexeres Problem. Aber es ist durchaus berechtigt, an die Verwaltung den Anspruch zu stellen, dem Rat eine Lösung zu präsentieren, zumal dieses konkrete Problem bereits seit 2009 bekannt ist und Gegenstand diverser Schriftstücke ist, die zwischen den Dezernaten ausgetauscht werden.

Das bedeutet: Wir erwarten, dass die Verwaltung ihr Schweigen bricht und uns zügig erklärt, wie es weitergeht und in den betroffenen Ausschüssen, nämlich Liegenschaften, Wirtschaft sowie Stadtentwicklung, möglichst kurzfristig sagt, was zu tun ist, um einerseits in angemessener Form mit dem Artenschutz umzugehen und um andererseits dieses Industriegebiet in Zukunft vermarktbar zu halten. - Danke.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Herr Uckermann, bitte.

**Jörg Uckermann** (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! In Anbetracht dieser niveauschwachen Debatte hat sich unsere Fraktion entschlossen, sich an dem Gelaber hier nicht zu beteiligen.

(Peter Kron [SPD]: Gott sei Dank!)

Das Thema gehört in die Fachausschüsse. Ich finde es auch befremdlich, dass der Vorsitzende des zuständigen Ausschusses hier auf einmal

den großen Aktionisten spielt. Es kommt doch bei der Sache überhaupt nichts heraus. Wir sollten uns um die Dinge kümmern, die die Bürger wirklich etwas angehen. In Anbetracht der Tatsache, dass wir wohl noch zwei Stunden auf diesem Niveau quakende Kröten und Ähnliches erörtern werden, möchten wir hier jetzt auf einen Redebeitrag verzichten. - Danke.

(Beifall bei pro Köln)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Da ich keine weiteren Wortmeldungen sehe, will ich nun Frau Berg die Möglichkeit geben, zum weiteren Vorgehen Stellung zu nehmen.

**Beigeordnete Ute Berg:** Vielen Dank. - Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst möchte ich mich auf den Redebeitrag von Herrn Frank beziehen. Er hat gefordert, die Verwaltung müsse sich endlich zu Wort melden, und gesagt, er hätte nichts davon in der Presse gelesen. Nun ist es leider so - ich bedauere das auch an anderer Stelle ausdrücklich -, dass die Presse nicht immer das schreibt, was man ihr sagt, also nicht die eigene Meinung transportiert.

(Beifall bei der CDU)

Das ist sehr traurig. Gerade auch im Hinblick auf die Presseberichterstattung zum Staatenhaus muss ich sagen: Es wäre viel besser gewesen, wenn die Meinung und die Ansicht der Verwaltung angemessen transportiert worden wäre. Aber Spaß beiseite!

Selbstredend haben wir uns auf Pressenachfragen hin auch zu dieser Problematik geäußert. Leider ist das Ganze nicht abgedruckt worden. Der Leiter des Amtes für Wirtschaftsförderung, Herr Merfeld, hat sich in unterschiedlichen Zeitungen auf Anfragen hin mehrfach zu Wort gemeldet. Auch der Leiter des Amtes für Liegenschaften hat sich dazu geäußert.

Jetzt habe ich hier die Gelegenheit, noch einmal ganz kurz Stellung zu beziehen. Ich möchte dabei allerdings nicht ellenlang Vergangenheitsbewältigung betreiben, zumal ich selber in dieser Zeit nicht vor Ort war und deshalb auch nur aufgrund von Nachfragen und Recherchen dazu Stellung nehmen kann.

Ich möchte hauptsächlich in die Zukunft schauen und das aufnehmen, was Herr Frank zu Recht gefordert hat, nämlich dass die Verwaltung in Zukunft wirklich so zusammenarbeitet, wie Sie es erwarten. Wir, Frau Reker und ich, haben das auch schon eingeleitet. Darauf werde ich gleich noch eingehen.

Nur ganz kurz zur Vergangenheit. Herr Schultz hat darauf hingewiesen: 1996 wurde dieses Grundstück gekauft. Schon damals war es mit Grünwuchs versehen. Zu dieser Zeit bestand allerdings eine andere Gesetzeslage als heute. Als die in der Zwischenzeit herbeigeführten europarechtlichen Regelungen 2007 und 2009 in die Bundesgesetzgebung aufgenommen wurden, haben Verwaltung, Liegenschaftsamt und Wirtschaftsförderungsamt gemeinsam mit der unteren Landschaftsbehörde eine Untersuchung veranlasst die klären sollte, inwieweit Belange des Artenschutzes auf diesem Gelände zu berücksichtigen sind.

Wie Sie selbst eben schon mehrfach betont haben: Natürlich liegt es uns sehr am Herzen, dass wir diese größte vorhandene Industriefläche in Köln schnellstmöglich an interessierte Unternehmen weitergeben können. Das wäre nicht nur im Interesse der Unternehmen, sondern auch im Eigeninteresse der Stadt; denn immerhin gehen wir hier von einem Wert von maximal 50 Millionen Euro aus. Natürlich würden wir uns freuen, wenn die Stadtkasse davon profitieren könnte, dass das Gelände sukzessive vermarktet werden kann. Ich muss allerdings auch sagen: Im Moment stehen Interessenten, die das sofort kaufen könnten, bei uns noch nicht Schlange. Aber es gibt immer wieder Nachfragen, die wir auch befriedigen wollen. - Das zunächst einmal vorweg.

Zur neueren Entwicklung: Das Ergebnis dieser Untersuchung liegt nun vor. Frau Reker und ich haben daraufhin gemeinsam mit unseren Amtsleitern und Amtsleitervertretern beraten, wie wir damit umgehen. Wir sind übereingekommen, zunächst vom Rechtsamt genau prüfen zu lassen, ob sich das Ergebnis dieser Untersuchung auf die gesetzlichen Artenschutzregelungen auswirkt und, falls ja, wie wir dann konkret damit umzugehen haben. Wir Dezernentinnen haben uns im Benehmen mit unseren Amtsleitern und anderen darauf verständigt, die Aussagen des Rechtsamtes dazu abzuwarten und sie dann natürlich auch zu akzeptieren; denn es wäre, glaube ich, für keinen Kölner und keine Kölnerin akzeptabel, wenn wir sagten, wir halten uns nicht an die gegebenen Rechtsvorschriften.

Wir wollen auch in Zukunft eng zusammenarbeiten. Wir wollen dafür sorgen, dass hier nicht der Gegensatz Umwelt versus Wirtschaft Raum greift, sondern wir, Wirtschaftsdezernentin und Umweltdezernentin, wollen gemeinsam an einem Strang ziehen. Ganz konkret in diesem Fall haben wir beide ein massives Interesse daran, dass dieses Gelände im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten möglichst schnell wieder vermarktet und an den Mann, an die Frau, an Unternehmen gebracht werden kann. - So viel dazu. Danke.

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Vielen Dank, Frau Berg. - Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, gehe ich davon aus, dass Sie damit einverstanden sind, dass diese Frage in die zuständigen Ausschüsse verwiesen wird. - Das ist so der Fall.

Wir kommen nun zur nächsten Aktuellen Stunde:

**1.2 Antrag der SPD-Fraktion auf Durchführung einer Aktuellen Stunde betreffend "Bildungs- und Teilhabepaket der Bundesregierung"**
**AN/1102/2011**

Herr Paetzold, bitte.

**Michael Paetzold** (SPD): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich weiß nicht, wie es Ihnen ging, als Sie zum ersten Mal das Gesetz zum Bildungs- und Teilhabepaket mit all seinen Ausführungsbestimmungen in der Hand hielten. Mir fiel damals spontan der Satz ein: Da staunt der Laie, und der Fachmann wundert sich. Mit Blick auf den Kalender hatte ich zunächst noch gehofft, das Ganze sei vielleicht ein Aprilscherz. Aber Ministerin von der Leyen hat das mit großem Medienrummel in Szene gesetzte Gesetz offenkundig ernst gemeint.

Dabei sah doch zu Anfang alles so gut aus: Endlich bundesweit Hilfen zur Teilhabe an bedürftige Kinder - punktgenau, passgenau, sehr konkret. Täglich ein warmes Mittagessen in Schulen und Kitas, die Möglichkeit, im Fußballklub oder im Schwimmverein mitzumachen, Flöte oder Klavier zu lernen, Nachhilfeunterricht zu nehmen, Geld für Lernmaterial, für Klassenfahrten der Schulen und, wenn nötig, auch freie Fahrt in ebendiese Schule. Endlich also ein Bildungs- und Teilhabepaket des Bundes für rund 2,5 Millionen Kinder aus Hartz-IV-Familien, aus Familien von Geringverdienern und von Empfängern von Wohngeld.

An sich eine tolle Sache, über die sich jeder Sozialdemokrat eigentlich hätte freuen können. Aber was ist aus diesem hehren Anspruch und dem gutgemeinten Streben geworden? Ein Bürokratiemonster, das einen großen Teil dessen, was an Geldern ausgelobt wird, gleich wieder selbst verschlingt.

(Martin Börschel [SPD]: Leider wahr!)

Selbst Frau Ministerin von der Leyen rechnet mit 18 Prozent Verwaltungskosten. 18 Prozent bedeuten allein für Köln 3,5 Millionen Euro. Oder anders gesagt: Für jedes der 56 000 anspruchsberechtigten Kinder in Köln würden 62,50 Euro an Verwaltungskosten anfallen. Mit diesem Geld könnte man wahrlich Besseres anfangen!

(Beifall bei der SPD)

Wenn es nur das wäre - das könnte man ja noch tragen -, aber es kommt noch viel schlimmer: Die Mittel, die dann noch übrig bleiben, kommen bei den Kindern gar nicht an, weil sie für deren Eltern faktisch nicht abrufbar sind. Ein Blick auf die Zahl der gestellten Anträge beweist meine These. In Köln lag sie Mitte Mai, also vor wenigen Tagen, unter 15 Prozent. Mit diesen mickrigen unter 15 Prozent liegen wir im Bundesdurchschnitt sogar noch ziemlich gut, allerdings nur deswegen, weil sich unsere Verwaltung ganz ordentlich vorbereitet hat.

Das Antragsverfahren ist viel zu komplex. Es überfordert nicht nur die Bürger, sondern auch die Verwaltung. Jede Leistung außer der Lernmittelbeihilfe muss erst mühselig bei den Jobcentern oder beim Sozialamt beantragt werden. Für schulische Lernhilfen müssen zuerst die Lehrer und Lehrerinnen befragt werden, wobei Nachhilfe erst dann gefördert wird, wenn vonseiten der Schule der blaue Brief droht. Was für ein Unsinn!

(Martin Börschel [SPD]: Wie man nur auf so eine Idee kommen kann!)

Alles muss individuell geprüft werden. Was für ein Horror für die Antragsteller und für die Verwaltungsmitarbeiter, die weiß Gott Besseres zu tun hätten.

Wirklich böse Zungen behaupten, dieser schikanöse Antragshindernislauf diene nur dazu, dass möglichst wenige Eltern Anträge stellen. Das will ich nun doch nicht glauben. Denn in

einem sind wir uns wohl einig: Das Bildungspaket muss da ankommen, wo es dringend benötigt wird und wo es wirkungsvoll eingesetzt werden kann, nämlich bei den Kindern. Wir hier in Köln haben dafür längst ein erfolgreiches Instrument: den Köln-Pass. Menschen, die Grundsicherung beziehen, und darüber hinaus all jene, deren Einkommen bis 30 Prozent über dem der Grundsicherung liegt, sowie Großfamilien erhalten eine Vielzahl von sozialen Leistungen, so zum Beispiel das Schulmittagessen für 1 Euro und ermäßigten Eintritt zu Kultur- und Bildungseinrichtungen. Die Fahrt mit der KVB ist billiger. Auch in den Zoo, die Schwimmbäder, die Musikschulen und Bühnen der Stadt Köln kommen sie billiger herein. Dazu kommt die Beitragsfreiheit für Sportvereine; Stichwort: „Kids in die Clubs“. Das ist unser Kölner Bildungs- und Teilhabepaket: nicht Small, sondern XL.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU)

Wenn dem so ist, wäre es doch ein Leichtes gewesen, das Bundesbildungspaket an den Köln-Pass anzudocken und die Mittel aus dem Bundespaket einfach in den Köln-Pass einfließen zu lassen. Aber was passiert stattdessen? Dieses einfache und erfolgreiche Kölner Modell wird durch das Bildungspaket unterhöhlt - zum Schaden für die betroffenen Kinder, deren Eltern und für die Stadt. Wie soll man denn einem Köln-Pass-Empfänger erklären, dass er den Zuschuss zum warmen Schulmittagessen für sein Kind nun beantragen muss, wenn dieser Essenszuschuss bis jetzt immer über den Köln-Pass abgedeckt war? Die Stadt kann diese Leistung gegenüber dem Bund aber nur dann geltend machen, wenn der Anspruchsberechtigte wirklich einen Antrag stellt. Was ist, wenn die Eltern vergessen, den Folgeantrag zu stellen? Was wird dann aus dem kleinen Niklas, der auf der Homepage von Frau von der Leyen noch darüber jubeln darf? Steht er dann wieder hungrig vor der Tür?

(Henk van Benthem [CDU]: Dann muss der Vater einen Antrag stellen! Ihr wollt das alles verschenken!)

Der Köln-Pass gilt - das wissen Sie - immer ein Jahr lang. Der Bewilligungszeitraum für das jeweilige Teilhabepaket ist viel kürzer, nämlich in der Regel drei Monate. Wie sollen Sportvereine mit einem so kurzen Bewilligungszeitraum planen? Was ist, wenn dann der Folgebescheid fehlt? Schießt dann Tobi - wiederum ein Kind von der Homepage von Frau von der Leyen - seine Tore wieder auf der Straße statt bei Vingst 05 oder bei Victoria Köln?

Dieses Bildungs- und Teilhabepaket ist ein politisches Desaster,

(Dr. Nils Helge Schlieben [CDU]: Also bitte!)

das primär die Bundesministerin zu verantworten hat. Vor allem aber ist es - und das ist viel schlimmer - ein Debakel für die betroffenen Familien, die alleinerziehenden Eltern und die Kinder, weil die Hilfen für sie nun eher eingeschränkt oder ihnen gar genommen werden, statt sie auszuweiten. Diesen Menschen wird nicht nur ein Antrags- und Kontrollwirrwarr, sondern auch ein Spießrutenlauf durch die Behörden zugemutet.

Wir Sozialdemokraten plädieren dafür, dass die Strukturen des Köln-Passes erhalten bleiben. Das Geld muss direkt in die Jugendeinrichtungen, Schulen, Kitas und Sportvereine fließen. Das Bildungspaket muss dahin, wo die Kinder sind.

Ich glaube, unserer Resolution kann man deshalb eigentlich nur zustimmen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Vielen Dank, Herr Paetzold. - Frau Gärtner, bitte.

**Ursula Gärtner** (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Erlauben Sie mir zunächst eine kritische Anmerkung zum Vorgehen der SPD, das durch die Worte von Herrn Paetzold noch bestätigt worden ist. Allein die Tatsache, dass Sie erst am heutigen Tage die anderen Fraktionen mit Ihrem Antrag zu einer Aktuellen Stunde zu diesem Thema überfahren, ist ein Zeichen dafür, dass es Ihnen nur um Show, nicht aber um seriöse Auseinandersetzung mit dem Thema geht.

(Beifall bei der CDU und der FDP - Ralph Sterck [FDP]: Sie wollten nur unsere Aktuelle Stunde verhindern! Das war der Grund!)

Sie hätten genügend Zeit gehabt, in den mit diesem Thema bereits befassten Fachausschüssen oder auch in diese Ratssitzung Anfragen und Anträge einzubringen.

Offenbar wollten Sie die Karten nicht offen auf den Tisch legen. Aber wir nehmen die Herausforderung an; denn diese Aktuelle Stunde gibt uns Gelegenheit, hier und heute klarzustellen, dass das von Ihnen so gerne verteufelte Bildungs- und Teilhabepaket eine überaus wichtige und wegweisende soziale Errungenschaft ist.

(Beifall bei der CDU und der FDP - Martin Börschel [SPD]: Das glaubt ihr ja nicht mal selbst!)

Erstmals in der Sozialgeschichte unseres Landes erhalten unterstützungsbedürftige Kinder nicht nur Geld, sondern unmittelbare Leistungen. Sie verschwinden nicht in irgendeinem Geldtopf, sondern sie kommen ihnen direkt zugute. Gleichzeitig werden die Kommunen in Milliardenhöhe entlastet, eine Forderung, die Sie, Kolleginnen und Kollegen von Rot-Grün, ebenso wie wir immer gestellt haben. Nun, da neben weiteren wichtigen Beschlüssen der Bundesregierung, eine solche Entlastung erfolgt, versuchen Sie durch Kritik am Verfahren, von dieser Errungenschaft abzulenken. Deshalb will ich klarstellen, worum es geht.

Erstmals erhalten Kinder konkrete Leistungen wie individuelle Lernförderung, Mittagessen in Schule und Kita, Klassenfahrten, Ausflüge, Schülerbeförderung, Schulbasispaket, Mitgliedschaft in Sportvereinen, Teilnahme an musischen Angeboten. Das hat es noch nie gegeben!

(Beifall bei der CDU)

Das ist ein nachhaltiges Programm, von dem übrigens nicht nur die Kinder, sondern auch Vereine, Schulen und Kitas profitieren können. Für uns als CDU bedeutet soziale Sicherung nicht, sich darauf zu beschränken, Sozialhilfe oder andere Transferleistungen an die Menschen auszuzahlen und sie damit in einem System von Bedürftigkeit zu lassen, sondern vor allem, ihnen eine Chance für sozialen Aufstieg und soziale Sicherheit zu geben. Und das fängt gerade bei den Kindern an.

Sie kritisieren den bürokratischen Aufwand. Wir wollen nicht bestreiten, dass das eine oder andere nachgebessert oder vereinfacht werden könnte.

(Martin Börschel [SPD]: Frau van der Leyen bestreitet das!)

Die Eltern haben aber bisher auch schon beim Sozialamt bzw. beim Jobcenter Anträge gestellt. Nun gibt es ein Zusatzformular für die Kinder, dafür aber viele Leistungen. Die Lehrer sollen ein einseitiges Formular ausfüllen, auf dem bestätigt wird, dass die Versetzung des Kindes gefährdet ist, es aber mit Lernförderung das Klassenziel noch erreichen kann. Das trauen Sie offenbar den Eltern und den Lehrern nicht zu. Wir aber trauen ihnen schon zu, diese Anträge zu stellen und die Begründungen abzugeben, was die bundesweit steigende Zahl der Anträge auch zeigt.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Es darf nicht die Verwaltung sein, die das Hindernis darstellt, weil sie es nicht schafft, sich zu organisieren. Selbstverständlich müssen der Köln-Pass neu definiert, Satzungen geändert werden. Es hat immer Anlaufschwierigkeiten bei neuen Gesetzen gegeben. Aber Rot-Grün hat auf Bundesebene nicht gerade zur Beschleunigung der Hartz-IV-Reform beigetragen. Sonst gäbe es diese Regelungen nämlich schon viel länger.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Es geht auch nicht an, dass Eltern gesagt wird, beispielsweise sogar in einem städtischen Flyer: Lassen Sie das mit dem Antrag. Sie bekommen ja sowieso Köln-Pass-Leistungen. Das brauchen sie gar nicht erst zu beantragen.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Was? - Martin Börschel [SPD]: Das stimmt überhaupt nicht, Frau Gärtner! Das ist ja die Unwahrheit, was Sie behaupten!)

Das geht so nicht; denn das Geld, das wir nun beim Köln-Pass einsparen können, können wir an vielen anderen Stellen dringend gebrauchen. Die Stadt muss die Leistungsberechtigten informieren und unterstützen. Die Aufgabe ist, den Kindern jetzt ganz neue Perspektiven zu eröffnen, statt die Umsetzung zu blockieren.

Ich komme abschließend zur Resolution. Der Bund kann nicht jede Besonderheit in den einzelnen Kommunen berücksichtigen. Das geht einfach nicht. Dafür gibt es zu viele Kommunen. Das Bildungspaket ist auch nicht unattraktiv. Aber man muss noch an einer Lösung arbeiten, wie man es sinnvoll umsetzen kann. Auch der Städtetag ist schon an diesem Thema aktiv dran. Es ist natürlich richtig, sich auszutauschen. Dann wird das Ganze auch ankommen. Aber: Wir müssen es auch wollen. Wir müssen dazu ermuntern, damit dieses Bildungspaket

umgesetzt werden kann. Gerade das tut Ihre Resolution aber nicht. Diese Resolution ist rückwärts gewandt. Im Grunde genommen will sie das alles überhaupt nicht. Deshalb sind wir nicht bereit, diese Resolution mitzutragen. Ich fordere Sie auf: Lassen Sie uns die Gelder, die der Bund uns zur Verfügung stellt, wirklich ausschöpfen!

(Michael Paetzold [SPD]: Wir würden sie ja gerne ausschöpfen! Das geht ja nicht!)

Propagieren Sie mit uns die Annahme des Bildungspaketes! Denn es kommt den Kindern zugute und den Kommunen finanziell auch.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Vielen Dank, Frau Gärtner. - Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Helling, bitte.

**Ossi Helling** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich spreche heute hier, nachdem wir schon im Sozialausschuss viele ernsthafte und sehr kritische Debatten aus der konkreten Kölner Sicht über das Bildungspaket geführt haben. Diese Debatten sind keineswegs, wie Sie, Frau Gärtner, meinten, nicht oder gar positiv geführt worden, sondern sie haben gezeigt, dass das Bildungspaket auch in Köln eine ganze Reihe von erheblichen Problemen schafft.

Ich will noch einmal auf die Historie dieses Paketes eingehen. Dieses Paket ist Bestandteil einer Gesamtreform von Hartz IV. Eigentlich könnte man sagen: Es geht um Hartz V oder Hartz VI. Leider aber hat sich der große Reformator Hartz durch seine diversen VW-Affären selber demontiert, sodass sein Name von der Bundesregierung tunlichst verschwiegen wird.

(Lachen bei der CDU)

- So war es ja wohl. - Nachdem im Februar 2011 endlich eine auch für den Bundesrat konsensfähige Version des Bildungspaketes verabschiedet worden war, wurde von historischen Einschnitten gefaselt - Frau Gärtner hat eben versucht, das ein bisschen zu kopieren -, unter anderem von Kanzlerin Merkel, die davon sprach, dass *die* Kinder in Deutschland die Gewinner seien. Ursula von der Leyen, unsere wackere Vorkämpferin für die ach so vermisste Großstadtorientierung der CDU, vermerkte damals - Zitat -, man schlage nun „ein neues Kapitel in der Sozialgeschichte auf“.

Meine Damen und Herren, diesem neuen Kapitel der Sozialpolitik war ein monatelanges Gerangel, vor allem zwischen CDU und SPD, vorangegangen. Die Grünen waren aus diesem Gerangel ausgestiegen, nachdem klar war, dass die Regelsätze nur um 5 bis 8 Euro erhöht werden sollten, und nachdem klar war, dass das Bildungspaket zu einer völlig überbürokratisierten Antragstellung für einzelne Hilfeempfänger führen würde.

Alle großen Sozialverbände, aber auch viele Interessenvertretungen kritisierten damals, dass die nach dem Spruch des Bundesverfassungsgerichts durchaus denkbare Erhöhung der Kinderregelsätze damit vom Tisch sei. Während einzelne CDU-Sprecher in diesem Zusammenhang verkündeten - darauf waren sie auch noch stolz -, dass Teile der Hilfeempfänger zusätzliches Bargeld ja sowieso nur versaufen würden, beharrten die großen Verbände darauf, dass nicht mit Gutscheinen oder mit Erstattungen für einzelne Familien gearbeitet werden sollte, sondern dass in eine Verbesserung der Qualität der Strukturen im Kita- und Ganztagsbereich oder auch in die Sprachausbildung, wo Deutschland massiv hinterher hängt, investiert werden muss.

Aktuell stellt sich ein neues, schwerwiegendes Problem heraus, das insbesondere für die Kommunen nachteilig ist. Frau Gärtner hat ja eben betont, die Kommunen würden super finanziert. Aber wie sieht das im Einzelnen aus? Den Kommunen sollen die Gesamtkosten für das Bildungspaket erstattet werden. Das ist oberflächlich betrachtet richtig. Köln zum Beispiel darf maximal 15 Millionen Euro ausgeben und bekommt unter ganz bestimmten Bedingungen diese 15 Millionen Euro wieder zurück, und zwar über den Weg der Erhöhung des Bundesanteils an den Unterkunftskosten für SGB-II-Haushalte, wobei sich dieser Zusammenhang nicht unmittelbar erschließt; aber das sei einmal dahingestellt. Später soll auch - das muss man ehrlicherweise sagen - der bisher von den Kommunen aufzubringende Anteil an der Grundsicherung im Alter vom Bund übernommen werden.

Aber, meine Damen und Herren: Dieses ganze Paket wird gegenfinanziert durch milliardenschwere Kürzungen des Bundes bei der Agentur für Arbeit. Das heißt, die Langzeitarbeitslosen in Köln, denen bereits 2011

die Mittel allein in Köln um über 35 Millionen Euro, also um über 30 Prozent, gekürzt werden, werden in den nächsten Jahren finanziell weiter ausgetrocknet, vor allem, was Lohnkostenzuschüsse, Weiterbildungskosten usw., also die Mittel für ihre individuelle Integration, betrifft.

Der Gipfel dieser Bildungspakettrickserei - das ist in den Vorreden schon kurz angesprochen worden - besteht jedoch darin, dass der Bund jetzt bestimmte Hilfemaßnahmen wie den angesprochenen Zuschuss zum Mittagessen für Kinder in Einrichtungen entdeckt, der in Köln und auch anderen deutschen Großstädten aber schon seit langem gang und gäbe sind. Nicht nur Köln hat den Köln-Pass, auch andere Städte haben entsprechende Sozialpässe.

Hier, meine Damen und Herren, steckt der wahre Kern des Problems: dass sich aktuell, also bis zum 23. Mai 2011, erst 7 239 Antragsteller in Köln gemeldet haben. Angesichts von circa 55 000 Antragsberechtigtes ein wahrhaft kümmerliches Ergebnis! Eine Art von Beschimpfung der einkommensschwachen Eltern, unter anderem ebenfalls von Ursula von der Leyen vorgetragen, diese Eltern seien unaufgeklärt und unengagiert, ist hier völlig fehl am Platz. Die Antragstellung für das Bildungspaket ist und bleibt derzeit, verglichen mit der für den Köln-Pass, absolut kompliziert und absolut überbürokratisch.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Vor diesem Hintergrund sollten wir diese Aktuelle Stunde mit einer Resolution abschließen, die zumindest dazu beitragen kann, das Bürokratiemonster Bildungspaket etwas abzubauen. - Danke schön.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Vielen Dank. - Dann kommen wir zu Frau Gebauer.

**Yvonne Gebauer** (FDP): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Im Zusammenhang mit dieser zweiten Aktuellen Stunde sei eine Frage an die SPD-Fraktion erlaubt: Ist die hier jetzt vorliegende Resolution als ein Ergebnis des Schlagabtausches im Düsseldorfer Landtag anzusehen? Im Düsseldorfer Landtag hatte nämlich Herr Laumann Herrn Minister Schneider Arbeitsverweigerung bei der Umsetzung des Bildungspaketes für Kinder bedürftiger Familien vorgeworfen.

(Martin Börschel [SPD]: Wir hatten diese Woche gar keine Plenarsitzung!)

Vielleicht hat Sie das, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD-Fraktion, so tief getroffen, dass Sie tätig werden wollten, indem Sie hier heute diese Resolution stellen. Oder hat Sie - das ist eine zweite Möglichkeit - die Schelte gegenüber Herrn Minister Walter-Borjans in der ersten Aktuellen Stunde so tief getroffen, dass Sie mit einer zweiten Aktuellen Stunde darauf reagieren wollten?

(Beifall bei der FDP)

Wie dem auch sei, wir haben jetzt kurzfristig eine zweite Aktuelle Stunde eingeschoben.

Ich will Ihnen gleich vorneweg sagen: Auch wir werden ebenso wie die CDU-Fraktion Ihre Resolution ablehnen. Ich möchte Ihnen auch nicht vorenthalten, warum.

Wir haben in Köln 56 000 Kinder, Jugendliche und junge Heranwachsende, die gemäß den Bestimmungen für das Bildungspaket anspruchsberechtigt sind. Seit dem 1. April sind mittlerweile - Herr Helling hat es gerade gesagt - mehr als 7 200 Anträge gestellt worden, eine Zahl, die seit Einführung des Bildungspakets kontinuierlich gestiegen ist.

Es ist richtig, dass wir als Kommune im Auftrag der Leistungsberechtigten, vor allem aber der Kinder alles daransetzen müssen, dass die Leistungen aus dem Bildungspaket bei den Bedürftigen ankommen. Dazu bedarf es genauer Überlegungen, welche Ressourcen wir als Kommune für welche Maßnahmen einsetzen. Der zurzeit vorrangige Auftrag der Verwaltung muss sein, für diesen Artikel Bildungspaket zu werben bzw. das Bildungspaket hier vor Ort in Köln umzusetzen. Für dieses Werben auf unterschiedlichste Art und Weise und auf unterschiedlichsten Ebenen sowie für das Bearbeiten der eingegangenen Anträge bedarf es aller vorhandenen Kapazitäten. Deshalb macht es zum jetzigen Zeitpunkt wenig Sinn, die Verwaltung mit weiteren Aufgaben im Zusammenhang mit dem Bildungspaket zu behelligen.

Meine Damen und Herren von der SPD-Fraktion, es gibt einen Aspekt, den ich in Ihrer Resolution doch sehr merkwürdig finde. Sie sprechen

davon, dass das Teilhabepaket „in seiner Antragstellung für die anspruchsberechtigten Bürgerinnen und Bürger unattraktiv“ sei. Entweder findet die SPD-Fraktion das Angebot des Bildungspakets und die Antragstellung deshalb unattraktiv, weil das Bildungspaket durch die Bundesregierung, nämlich die Fraktionen von Union und FDP, entstanden ist - das wäre eine Möglichkeit -, oder aber - das ist die andere Variante -, weil die Leistungen hier nicht unisono direkt an den Leistungsberechtigten herangetragen werden. Beide Gründe werden der Richtigkeit und der Wichtigkeit des Bildungspakets in keiner Weise gerecht. Von der Richtigkeit und der Wichtigkeit dieses Pakets vorrangig im Interesse für unsere Kinder, aber natürlich auch im Interesse für unseren städtischen Haushalt ist auch die Verwaltung überzeugt, wie sie in mehreren Pressemitteilungen kundgetan hat.

(Beifall bei der FDP - Ralph Sterck [FDP]: Hört! Hört!)

Meine Damen und Herren, nicht alle Leistungen des Bundes, des Landes oder der Kommune dürfen immer nur als Bringschuld angesehen werden. Jeder Mensch muss sich entwickeln; Stichwort: lebenslanges Lernen. Es geht nicht, dass auf der einen Seite Kurse jedweder Art für das lebenslange Lernen angeboten werden, wenn wir auf der anderen Seite den Menschen alles abnehmen aus der Furcht heraus, dass sonst das Produkt nicht da ankommt, wo es seiner bedarf.

Wir als Kommune haben auch die Aufgabe und die Verpflichtung, bei der Vergabe von Leistungen auf mehrere Aspekte zu achten: Wir müssen zum einen spezielle, bedarfsgerechte Angebote schaffen, diese dann auch in ausreichender Zahl auch vorhalten und natürlich Hilfestellungen da anbieten, wo sie vonnöten sind, damit diese Angebote angenommen werden können. Aber wir haben zum anderen auch die Verpflichtung, darauf zu achten, dass eine Hilfestellung so aufgebaut ist, dass eine solche Hilfe zur Selbsthilfe wird, also aus der jetzigen Bringschuld für den Einzelnen eine Holschuld werden kann. Denn - das möchte ich an dieser Stelle sagen - wenn wir all unsere Bemühungen nur auf ein System der Bringschuld ausrichten, dürfen wir uns nicht wundern, wenn die jetzige Zahl der gestellten Anträge erst oder schon bei 7 200 liegt.

(Beifall bei der FDP sowie bei Teilen der CDU)

Eine Sache möchte ich Herrn Paetzold zum Schluss noch mit auf den Weg geben. Herr Paetzold, nachdem Sie sich so über die Bürokratie des Bildungspakets geäußert haben, bin ich schon sehr gespannt, wie Ihre Fraktion bei Tagesordnungspunkt 9.1 abstimmen wird, in dem es um die außerplanmäßige Zusetzung von 23 Stellen zur Umsetzung des Bildungspakets geht. Eigentlich müssten Sie dann dagegen stimmen. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Herr Wiener, bitte.

**Markus Wiener** (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich werde es kurz machen. Die Fraktion pro Köln stimmt dieser Resolution selbstverständlich nicht zu. Diese Resolution ist genauso überflüssig wie die gesamte Aktuelle Stunde, einer Aktuellen Stunde, die dem eigentlichen Sinn und Zweck des Instruments Aktuelle Stunde Hohn spricht und es auf den Kopf stellt. - Vielen Dank.

(Beifall bei pro Köln)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Frau Senol, bitte.

**Sengül Senol** (Die Linke.Köln): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Das Bildungs- und Teilhabepaket der Bundesregierung ist eher ein Teilpaket. Frau von der Leyen hätte die Chance gehabt, einige Fehler der vermurksten Arbeitsmarktreform der Regierung Schröder zu beheben. Aber sie hat diese Chance nicht genutzt. Mit ihrer Scheindebatte um ein Bildungschip-Paket hat sie damals von der zentralen Frage, nämlich der verfassungsgerechten Neuregelung der Regelsätze für Kinder, abgelenkt. Statt Wohlfahrtsverbände, Kommunen, Länder und das Jugendministerium zu beteiligen, hat sie alles an sich gerissen. Dazu sollte es ja eine Reform werden, die nicht allzu viel kostet. Herauskam ein Verfahren mit vorprogrammiertem bürokratischen Chaos.

Weder die Kinder noch deren Eltern können etwas für die Unfähigkeit der Ministerin, praktikable und umsetzbare Lösungen für eine

wirkliche Teilhabe von Kindern an Bildung und gesellschaftlichem Leben vorzulegen. Manch einer mag behaupten, die Regierung spekuliere darauf, dass weniger Anträge gestellt werden, sodass das Ganze eine groß angelegte Sparaktion ist - auf dem Rücken von Kindern, denen ohnehin schon viele Zukunftschancen verbaut sind, und gegen das Urteil des Bundesverfassungsgerichts.

Die Linke bleibt dabei: Die Mogelpackung Bildungspaket ist von vornherein falsch gedacht, und die Umsetzung ist voller Hürden, die von den Anspruchsberechtigten kaum zu überblicken sind. Wie einfach wäre es gewesen, statt Formularflut oder Chipkarte eine Art bundesweiten Köln-Pass einzuführen! Vorlegen und Leistung erhalten - so muss es laufen. Soziale und kulturelle Teilhabe ist Bestandteil der Bildungsgerechtigkeit. Auch darum hat sich die Linke aktiv um die Wiedereinführung des Köln-Passes bemüht, die ja dann auch gelungen ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Debatte um die Umsetzung darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass das Bildungspaket wie ein Feigenblatt wirkt und nicht der tatsächlichen Eröffnung von Bildungschancen dient. Zu jedem armen Kind gehören arme Eltern. Jeder Pädagoge oder jede Pädagogin weiß: Wer Kindern Lebensmut vermitteln will, muss die ganze Familie stärken. Das ist etwas anderes als 10 Euro für den Schwimmverein, einen Schulausflug oder für Nachhilfe. Wir fordern seit langem eine eigenständige, bedarfsorientierte Kindergrundsicherung; denn die bisherigen Sätze decken nicht annähernd das ab, was ein Kind zum Leben braucht.

Unter dem Strich bleibt die Erkenntnis: Die Linke hatte von Anfang an recht,

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Was?)

Hartz IV mit all seinen Flickschustereien muss weg! - Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der Linken.Köln)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Da ich keine weiteren Wortmeldungen sehe, kommen wir nun zur Abstimmung. Die SPD-Fraktion hat eine Resolution eingebracht, die mit der Maßgabe versehen ist, dass sie dann von der Verwaltung auch umgesetzt wird. Wer für diese Resolution ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der SPD, der Grünen, der Linken sowie Herr Zimmermann. Wer ist gegen die Resolution? - Das sind die Fraktionen der CDU, der FDP, pro Köln sowie Herr Hoffmann. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit ist die Resolution so angenommen und wird von der Verwaltung entsprechend umgesetzt.

(Beifall bei der SPD)

Wir fahren jetzt in der Tagesordnung fort. Zunächst geht es um Wohltaten. Dazu rufe ich Tagesordnungspunkt 2 auf:

**2 Annahme von Schenkungen / Vermächtnissen / Erbschaften**

Zu Tagesordnungspunkt 2.1:

**2.1 Annahme einer Geldspende an das Gürzenich-Orchester Köln 1451/2011**

Schenkerin ist die Lufthansa AG. Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen gegen die Annahme dieser Spende? - Enthaltungen? - Nicht. Damit ist sie so angenommen. Ich bedanke mich im Namen des Rates ganz herzlich bei der Schenkerin.

(Beifall)

Zu Tagesordnungspunkt 2.2:

**2.2 Annahme des Vermächtnisses von Frau Professorin Dr. h. c. mult. Irene Ludwig zugunsten der Stadt Köln, Museum Ludwig und Museum Schnütgen 1315/2011**

Wie Sie wissen, ist unsere Ehrenbürgerin Frau Professorin Dr. Irene Ludwig letztes Jahr verstorben und hat in ihrem Nachlass die Stadt Köln großzügig bedacht. Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen? - Ebenfalls nicht. Enthaltungen? - Auch nicht. Dann ist diese besonders großzügige und bemerkenswerte Schenkung hier einvernehmlich angenommen worden. Ich will noch einmal mit aller Deutlichkeit unterstreichen, wie dankbar wir der Verstorbenen sind, dass sie die Stadt Köln und ihre wichtigen Museen mit dieser Schenkung versehen hat. Als kleines Dankeschön habe ich veranlasst, dass heute ein Blumengesteck auf ihr Grab an der Mosel gestellt worden ist.

(Beifall)

Wir kommen nun zu Tagesordnungspunkt 3:

**3 Anträge des Rates / Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen**

**3.1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

Zu Tagesordnungspunkt 3.1.1:

**3.1.1 Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "KVB-Nachtverkehr"**
**AN/0990/2011**

**Änderungs- bzw. Zusatzantrag der Fraktion pro Köln**
**AN/1083/2011**

**Änderungs- bzw. Zusatzantrag der FDP-Fraktion**
**AN/1094/2011**

Frau dos Santos Herrmann, bitte.

**Susana dos Santos Herrmann** (SPD): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit dem Antrag zum KVB-Nachtverkehr setzen SPD und Grüne einen wichtigen Punkt aus ihrem verkehrspolitischen Arbeitsprogramm des Koalitionsvertrages um.

Die Lebensgewohnheiten insbesondere der jüngeren Menschen, aber nicht nur dieser haben sich in den vergangenen Jahren doch deutlich geändert. Das betrifft bei weitem nicht nur den Freizeitbereich, sondern durchaus auch den Bereich der Arbeitswelt. Sie alle wissen, dass sich die Verkaufszeiten verlängert haben. Insbesondere im Handel gehen die Arbeitszeiten immer stärker in Richtung Abend, manchmal bis in die Nacht hinein. Wir sind der Auffassung, dass das Angebot im Nahverkehr den gewachsenen Bedürfnissen der Bevölkerung nicht mehr ganz gerecht wird und es deshalb verändert werden muss. Das möchten wir gerne tun.

Lassen Sie mich kurz die Entwicklung dieses Antrags darstellen. Vor circa sechs Wochen hat die SPD-Fraktion eine öffentliche Veranstaltung zu diesem Thema gehabt, bei der unter anderem Sprecher des Vorstands der KVB, der VCD und die Jusos vertreten waren, wobei gerade Letztere die Diskussion über dieses Thema zumindest bei uns in der SPD stark vorangebracht haben. Festgestellt wurden bei dieser Veranstaltung zwei Dinge, die für den Nachtverkehr absolut vordringlich sind:

Zum einen muss an Wochentagen das Angebot zwischen 23 Uhr und 1 Uhr verbessert werden. Da sollten wir versuchen, die Taktzeiten zu verbessern. Es gibt zwar das sogenannte VCD-Modell, das im Änderungsantrag der FDP angesprochen ist; aber wir möchten das gerne offener halten. Wir sind mit Ihnen einer Meinung, dass an den großen Umsteigehaltestellen die Wartezeiten möglichst gering gehalten werden müssen. Ob allerdings das Modell des VCD letztlich das Nonplusultra ist, wissen wir nicht. Es mag andere Konzepte geben. In jedem Fall sind wir sehr dafür, dass die Fahrpläne so angepasst werden, dass auf den langen Strecken, die gemeinsam gefahren werden, zum Beispiel auf den Linien 1 und 9 oder 3 und 4, die Fahrpläne so gestaltet werden, dass man im Wechsel in die Außenbezirke kommt und an Stellen, wo sich diese Linien trennen, möglichst kurze Wartezeiten hat.

Zum anderen halten wir eine engere Taktung am Wochenende für vordringlich. Der Stundentakt, der bisher zwischen 1 Uhr und 3 Uhr nachts existiert, ist nicht mehr zeitgemäß. Die Bahnen sind übervoll. Wir wollen den Menschen ein besseres Angebot machen, indem wir den Stundentakt auf einen Halbstundentakt verengen, und hoffen, den Bedürfnissen der Menschen dadurch ein Stück weit entgegenzukommen.

Meine Damen und Herren, eine solche Ausweitung des Verkehrsangebotes kostet natürlich Geld. Zu einem Konzept gehört unseres Erachtens sowohl die Benennung der Kosten als auch die Darstellung, wie und in welcher Form diese Kosten refinanziert werden können. Sie können dem Antrag, den wir eingebracht haben, entnehmen: Andere Städte und Verbünde haben diese Erfahrung bereits gemacht, dort gibt es Nachtzuschläge, Sponsoringmodelle und Preisanpassungen bei Zeittickets, auch bei Semestertickets. Wir finden, dass all das auch in Köln gründlich geprüft werden sollte. Wir sollten nichts ausschließen, auch nicht das Semesterticket.

Wir sind der Auffassung, dass eine solche Vorgehensweise, nämlich zu prüfen und dann zu entscheiden, was richtig ist und was unseren Bedürfnissen am besten gerecht wird, absolut legitim ist. Damit wird auch niemand benachteiligt. Deswegen möchten wir gerne bei der Fassung unseres Antrags bleiben und in diese Prüfung das Semesterticket mit einbeziehen.

Ich möchte hier noch einmal ausdrücklich sagen: Wir verstehen unseren Antrag nicht so, dass die Veränderungen zum 1. Januar 2012 - wir hoffen, dass die ersten Veränderungen im Nachtverkehr dann in Kraft treten können - mit einer sofortigen Preiserhöhung einhergehen. Wir möchten wissen: Was kostet es, und wie machen wir es am besten? Eine Umsetzung der Nachtverkehrsmodule - so will ich sie hier bezeichnen - wird Zeit brauchen. Wir werden schrittweise umsetzen. Dann werden wir sehen, welche Refinanzierung wir brauchen.

Ich bin, wahrscheinlich ebenso wie die anderen Fraktionen auch, vom AStA angeschrieben worden, insbesondere mit Blick auf den Punkt Semesterticket. Wir haben gestern über eine Person, die zwar nicht selbst Mitglied im AStA ist, aber doch engen Kontakt dorthin hat, vereinbart, dass wir noch vor Ende des laufenden Semesters ein klärendes Gespräch führen werden.

Ich bin sicher: Wir alle wollen das Gleiche. Ich würde mich freuen, wenn wir für unseren Antrag hier heute eine breite Mehrheit bekommen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Vielen Dank, Frau dos Santos. - Frau Tull, bitte.

**Bettina Tull** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! In Köln ist nachts der Bär los. Ich selbst bin zwar nicht so der Nachtmensch; aber wenn ich schon mal nachts unterwegs bin,

(Henk van Benthem [CDU]: Dann ist der Bär los!)

bin ich doch ziemlich erstaunt, welche Menschenmassen sich da auf den Straßen tummeln. Leider hält unser ÖPNV-Angebot mit dieser Entwicklung nicht Schritt. In der Woche fährt die letzte Bahn noch vor 1 Uhr. Am Wochenende gibt es zwar einen durchgehenden Fahrplan, aber die Bahnen fahren nur einmal pro Stunde. Dies ist einer Großstadt wie Köln nicht angemessen.

Mit unserem Antrag wollen wir hier Abhilfe schaffen. Durch die Einführung eines Halbstundentaktes würde nicht nur auf vielen Linien ein durchgehender Viertelstundentakt möglich; auch die Wartezeiten auf der Strecke durch das Rendezvous-System und die unproduktiven Standzeiten an den Endhaltestellen könnten entfallen.

An dieser Stelle ein Wort zum FDP-Antrag: Ich weiß nicht, was Sie unter „VCD-Konzept“ verstanden haben. Das, was Sie beantragen, steht dort definitiv nicht drin. Der VCD ist für die Abschaffung des Rendezvous-Systems und eine Taktabstimmung bei einem Halbstundentakt. Daher schlage ich vor, dass Sie Ihren Antrag entweder zurückziehen oder diesen noch einmal präzisieren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die schon heute in den Nachtstunden proppevollen Bahnen rechtfertigen eine Ausweitung des Nachtfahrplans allemal. Wir erwarten, dadurch in Zukunft neue KVB-Kundinnen und -Kunden zu gewinnen. Die stetig wachsende Zahl von Fahrgästen wird nur dann weiterhin diese erfreuliche Entwicklung nehmen, wenn das Angebot entsprechend ausgeweitet und attraktiver wird. Aufgrund der weiter wachsenden Anzahl von Pendlerinnen und Pendlern ist bei der vorhandenen Infrastruktur die Belastungsgrenze bereits weitgehend erreicht. Für die dringend benötigten neuen Linienwege und -weiterführungen fehlt nicht nur in Köln das Geld. Aber im Freizeitverkehr liegt noch entsprechendes Potenzial. Es sind eben nicht nur die Studenten, die nachts unterwegs sind.

Durch die anhaltenden Veränderungen in der Lebens- und Arbeitswelt haben sich die bestehenden Zeitstrukturen weitreichend verändert. Deshalb ist es dringend notwendig, auch unter der Woche den Takt zwischen 23 Uhr und 1 Uhr nachts zu verdichten. Der gesellschaftlichen Entwicklung müssen wir auch im ÖPNV Rechnung tragen. Sonst vergibt Köln im Wettbewerb der Städte um die jungen und gut ausgebildeten Menschen einen wichtigen Standortvorteil.

Dies ist natürlich nicht umsonst zu haben. Aber angesichts der seit Jahren steigenden Fahrgelderlöse wurden auch Spielräume gewonnen, die für diese Angebotserweiterung sinnvoll eingesetzt werden sollten. Über Finanzierungsmodelle unterhalten wir uns dann, wenn das Konzept samt Kostenkalkulation vorliegt. Wir fänden es am sinnvollsten und unbürokratischsten, wenn der zukünftige Nachtverkehr im Rahmen einer Ausweitung der

sogenannten Betrauungsregel finanziert werden könnte.

(Jörg Detjen [Die Linke.Köln]: Aha! Hört! Hört!)

Uns ist es auch wichtig, dass der neue Nachtfahrplan noch in diesem Jahr, und zwar zum Fahrplanwechsel im Dezember, in Kraft tritt. Wir bitten deshalb KVB und Verwaltung, uns sobald wie möglich, am besten noch vor der Sommerpause, eine entsprechende Vorlage vorzulegen. - Danke schön.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Danke schön, Frau Tull. - Wir kommen zu Herrn van Benthem.

**Henk van Benthem** (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Nach diesem brillanten Vortrag gerade fällt es mir doch sehr schwer, noch etwas zu diesem Thema zu sagen. Zunächst: SPD und Grüne, seien Sie beruhigt, die CDU wird dafür sorgen, dass Ihr Antrag durchkommt.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Wir wollen zustimmen.

Frau Tull, Sie hatten gesagt: Nachts brummt der Bär. Das mag gut sein.

(Zuruf von Peter Kron [SPD])

- Nein, in Porz nicht. Da brummt etwas anderes. Ich zeige es dir gerne mal, Peter.

(Martin Börschel [SPD]: Aber im nichtöffentlichen Teil, bitte!)

Wenn, wie Sie sagen, der Bär brummt, dann hoffe ich, dass dieses Konzept nicht nur darauf gemünzt ist, die Menschen, die sich nachts lange und laut auf dem Brüsseler Platz aufhalten, zügig nach Hause zu bringen.

Ich hoffe wirklich, dass wir alle gemeinsam für diesen Antrag stimmen; denn er ist vernünftig. Die CDU hat bereits im Wahlkampf gesagt, dass auch wir für eine Verkürzung des Taktes sind. Von daher werden wir das jetzt unterstützen.

(Martin Börschel [SPD]: Sehr beeindruckend!)

- Tja, ob das beeindruckend ist. Ich habe hier schon so manches von diesem Pult aus gehört. Deswegen kann ich damit leben, dass Sie meiner Rede nicht hören mögen. Damit habe ich überhaupt kein Problem.

(Martin Börschel [SPD]: Das haben Sie jetzt aber falsch verstanden!)

Ihrem Antrag fehlt es allerdings ein kleines bisschen an Substanz. Es geht um die Prüfungen, die Sie nur ganz allgemein erwähnt haben. In diesem Zusammenhang denke ich an das Thema Sicherheit. Das haben Sie wahrscheinlich vergessen. Wenn die Fahrgäste nachts länger unterwegs sind, ist auch eine höhere Sicherheit zu gewährleisten. Es wäre also gut, wenn Sie in Ihren Antrag auch die Videoüberwachung an den KVB-Haltestellen aufnähmen. Dieses Versäumnis Ihrerseits haben wir aber mit unserem Dringlichkeitsantrag unter Tagesordnungspunkt 3.1.12 wieder gutgemacht. Es wäre schön, wenn Sie diesem Antrag nachher zustimmen könnten, also umgekehrt dann uns darin unterstützen würden, diesen Antrag durchzubringen.

Frau dos Santos Herrmann, Sie haben mich mit Ihrer Rede ein bisschen irritiert. Erst sagten Sie, dass Sie nicht wüssten, ob das Konzept des VCD, das im FDP-Antrag favorisiert wird, das Nonplusultra ist und Sie das deshalb noch offen halten wollen, dann aber haben Sie sich in Ihrem Redebeitrag dafür ausgesprochen, obwohl in Ihrem Antrag etwas anderes drinsteht. Die Frage ist nun: Wie verbleiben wir denn nun? Ich gehe davon aus, dass die Grünen durchaus auch dem FDP-Antrag nahe stehen und diesem zustimmen können.

Kurzum: Wir haben ganz viel geredet über eine sehr sinnvolle Geschichte. Die CDU-Fraktion wird dem Änderungsantrag der FDP zustimmen. Sollte dieser keine Mehrheit finden, werden wir dem Antrag von SPD und Grünen nicht im Wege stehen und diesen unterstützen. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU - Götz Bacher [SPD]: Auf die Holländer kann man sich verlassen!)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Wir kommen zu Herrn Sterck.

**Ralph Sterck** (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Köln braucht mehr

Angebote im KVB-Nachttakt. Über diese inhaltliche Frage sind wir uns, glaube ich, sehr breit einig. Das derzeit vorhandene Angebot ist einer Millionenstadt sicherlich nicht angemessen. Die steigenden Fahrgastzahlen zeigen: Hier gibt es Nachholbedarf, aber auch Wünsche und Anpassungsbedarf aufgrund des veränderten Ausgehverhaltens der Kölnerinnen und Kölner. Eben sind schon einige Beispiele genannt worden.

Ich empfinde die Debatte, die vom VCD angestoßen worden ist, sehr hilfreich. Das ist jetzt von Rot-Grün aufgenommen worden. Leider kommt der eigentliche Urheber nur in der Begründung Ihres Antrags vor. Wir dagegen haben schon im ersten Teil unseres Änderungsantrages deutlich gemacht, wer der Urheber dieser Initiative ist. Das finde ich durchaus angemessen.

Deswegen kann ich auch Ihre Belehrung, Frau Kollegin Tull, die auf das Konzept des VCD abhob, getrost zurückweisen. Ich gebe Ihnen gleich das Papier des VCD.

(Bettina Tull [Bündnis 90/Die Grünen]: Ich habe es!)

- Sie haben es. Dann schlagen Sie doch einmal auf Seite 15 nach. - Dort finden Sie nämlich die Forderungen des VCD. Unter der Überschrift „Weiterentwicklung des Rendezvous-Verkehrs“ steht da zum Beispiel: Durch die Einführung eines durchgängigen 30-Minuten-Taktes am Wochenende und eine mögliche Bündelung von zwei parallelen Linien zum 15-Minuten-Takt - das habe ich eben von Ihnen auch gehört - ergibt sich ein attraktives Angebot auf den Hauptverkehrsstrecken. Vorgeschlagen wird auch die Schaffung dringend nötiger Kapazitäten im Nachtverkehr, wenn möglich weniger Standzeiten an den Knotenpunkten sowie die Weiterentwicklung - das hatten Sie bestritten - des Rendezvous-Systems. Wie gesagt, wem das Papier des VCD nicht vorliegt, kann gerne bei mir reingucken, Seite 15. Deswegen ist unser Änderungsantrag in diesem Punkt durchaus gerechtfertigt.

Nun zum zweiten Änderungsantrag: Ich hatte gedacht, wir würden gerade den Kollegen von der SPD hier eine goldene Brücke bauen, indem wir das Semesterticket herausstreichen.

(Martin Börschel [SPD]: Was ihr immer glaubt!)

- Ja, Herr Börschel, ich wundere mich. Ich habe nämlich von den Studierenden nicht nur diesen Brief, den Frau Kollegin dos Santos Herrmann hier erwähnt hat, erhalten, sondern auch eine Mail, in der es hieß, dass sich der rot-grün-dunkelrote AStA in seiner wöchentlich stattfindenden Sitzung stundenlang über dieses Thema aufgeregt hat,

(Jörg Detjen [Die Linke.Köln]: Zitieren Sie mal richtig, Herr Sterck!)

weil die Jusos beim letzten SPD-Kreisparteitag einen Änderungsantrag „Keine Änderung der Semesterticketkosten“ durchgesetzt haben, den die SPD-Fraktion anscheinend nicht mitbekommen hat. Jetzt sind wir so nett und streichen das raus, damit Sie mit Ihren Jusos keine Probleme bekommen, und nicht einmal dafür bekommen wir hier eine Mehrheit.

(Beifall bei der FDP - Martin Börschel [SPD]: Machen Sie sich darüber mal keine Sorgen!)

Herr Börschel, Sie haben offenbar ein verklärtes Bild Ihrer Studierendenzeit.

(Martin Börschel [SPD]: Sie sind ein gnadenloser Populist, Herr Sterck! Mit 3 Prozent! Das wird Sie auch nicht retten!)

Der AStA schreibt zu Recht, nicht die feierwütigen und die ganze Nacht durch Köln tigernden Studierenden seien die Nutznießer dieser Angebotserweiterung der KVB. Ich finde es geradezu unanständig, gerade diese Gruppe in dieser Form in die Pflicht nehmen zu wollen. Wenn Sie nachher sagen, wir können das nicht finanzieren - wir sehen das anders; wir meinen, das ist finanzierbar -, und meinen, Sie müssten eine Nachtgebühr einführen, dann können Sie sie doch nicht nur für eine bestimmte Gruppen von Menschen vorsehen. Bei anderen Gebührenerhöhungen sagen Sie ja auch nicht: Alle Rentner dürfen nur noch ab 10 Uhr mit der KVB fahren, ansonsten müssen sie mehr bezahlen. So kann man keine Preisgestaltung machen. So können Sie mit den Studierenden dieser Stadt nicht umgehen. Denn sie sind gezwungen, dieses Semesterticket zu kaufen,

(Beifall bei der FDP)

ob sie - wie anscheinend der eine oder andere von Rot-Grün in seiner Studierendenzeit - nachts durch die Klubs ziehen oder ob sie es machen wie Frau Tull, die es nachts etwas ruhiger angehen lässt.

Wir hatten gehofft, Ihnen, meine Damen und Herren von der SPD, mit unserem Änderungsantrag eine goldene Brücke gebaut zu haben. Sie wollen sie leider nicht beschreiten. Ich freue mich schon auf die Antwortmail, in der ich morgen dem AStA aus der Debatte im Kölner Rat berichten werde.

Das ist keine gute Stunde für die Studentenstadt Köln. Da braucht man sich keine Gedanken über die Studiengebühren zu machen, wenn man in dieser Form mit den Gästen, die in dieser Stadt studieren, umgeht. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Wir kommen nun zu einer weiteren Wortmeldung, nämlich der von Herrn Uckermann.

**Jörg Uckermann** (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Das, was hier gefordert wird, hört sich sehr gut an. Sie wollen den Nachtverkehr ausbauen. Aber das Ganze hat einen kleinen Haken: Sie erwähnen nicht, wie das finanziert werden soll. Einen Finanzierungsvorschlag haben Sie nämlich nicht vorgelegt.

Sie selbst haben in Ihrem Antrag geschrieben, Sie wollen das über das Semesterticket mitfinanzieren. Das heißt, alle Studenten, egal, ob sie nachts die KVB nutzen oder nicht, müssen das bezahlen, weil das so auf die Studentenschaft umgelegt wird. Es ist hier eben schon gesagt worden, dass man mit den Studenten so nicht umgehen kann. Auch wir haben in unserem Änderungsantrag geschrieben, dass man dafür nicht einfach alle Studenten in Mithaftung nehmen kann. Das geht so nicht.

Interessant ist auch der Schweinsgalopp, den Sie hier vorhaben. Sie wollen, dass schon zur nächsten Sitzung in fünf Wochen eine entsprechende Verwaltungsvorlage vorgelegt wird.

Ich vermisse noch einen weiteren Punkt in Ihrem Antrag. Die Kölner Verkehrs-Betriebe sind ja Teil des Verkehrsverbunds VRS, der entsprechend finanziert wird. Man weiß ja, dass der öffentliche Personennahverkehr ein Defizitbetrieb ist, der mit Steuergeldern gestützt werden muss. Man muss natürlich zuerst einmal die Verbundpartner fragen, ob sie es akzeptieren würden, dass wir hier in Köln den Nachtverkehr weiter ausbauen. Wir sind für einen Ausbau. Aber dafür muss man natürlich mit allen Akteuren sprechen, auch mit den Taxi-Unternehmen, die ja für ihre Konzessionen eine enorm hohe Gebühr entrichten müssen, die der Stadt zugute kommt. Die Taxen werden einen Teil ihres Umsatzes verlieren. Da es immer mehr Bustaxis gibt, stellt sich die Frage: Warum werden diese Bustaxis nicht gegebenenfalls miteinbezogen? Ich kann mir nicht vorstellen, dass man nachts um 3 Uhr wirklich eine zweizügige Straßenbahn braucht. Wäre es nicht sinnvoller, wenn das die Bustaxis übernähmen, vielleicht zu einem etwas erhöhten VRS-Tarif? Mit Sicherheit. Das haben wir in unserem Änderungsantrag gefordert. Wir hoffen, dass das hier eine Mehrheit findet. - Danke schön.

(Beifall bei pro Köln)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Dann kommen wir zu Herrn Detjen.

**Jörg Detjen** (Die Linke.Köln): Meine Damen und Herren! Herr Oberbürgermeister! Zu dem Antrag von SPD und Grünen möchte ich Folgendes sagen: Ich begrüße insbesondere die Interpretation dieses Antrags. Diese lautet nämlich: Wir führen den Nachttarif ein, wir analysieren - das ist jetzt meine Interpretation - das Fahrgastaufkommen und prüfen dann, wie die Kosten verteilt werden sollen, oder verteilt werden können, oder verteilt werden müssen oder vielleicht auch gar nicht verteilt werden. So könnte man den dritten Absatz Ihres Antrags, meine Damen und Herren von SPD und Grünen, interpretieren; denn dieser ist im Prinzip völlig missverständlich.

Das hat natürlich den AStA auf den Plan gerufen, weil das nichts anderes heißt als: Wir sind uns einig, dass wir jetzt mit dem Nachttarif loslegen,

(Martin Börschel [SPD]: Ja, klar! Steht doch drin!)

und dann schauen wir mal, wie sich das entwickelt und wie hoch die Kosten dafür sind. Herr Fenske wird uns sagen, dass das soundso viel kostet. Daraufhin werden wir sagen: Aber Moment mal, Herr Fenske! Sie haben doch soundso viel Tausend Fahrgäste mehr. Dann werden wir darüber reden und zu der Erkenntnis kommen: Unterm Strich sind es soundso viele Millionen Euro an Zusatzkosten; ich vermute einmal, es werden Zusatzkosten sein. Dann muss man darüber diskutieren, wie sie aufgeteilt

werden. Dafür müssen alle Maßnahmen in Betracht gezogen werden. So interpretiere ich Ihren Beschlussvorschlag.

Wenn *diese* Interpretation zutrifft - Herr Oberbürgermeister, ich bitte das im Protokoll noch einmal deutlich hervorzuheben -, würden wir Ihrem Antrag zustimmen, weil das unseres Erachtens auch dazu führen wird, dass neue Kunden gewonnen werden können.

Die zweite Interpretation wurde von Frau Tull vorgetragen, nämlich die Frage der Betrauung. Das interpretiere ich folgendermaßen: Wenn uns Herr Fenske mitteilt, dass zusätzliche Kosten entstehen, denken wir über eine Veränderung der Betrauung nach. Das könnte allerdings zur Folge haben, dass die Stadt Köln bzw. der Stadtwerke-Konzern im Rahmen des Betrauungsvertrages mehr zahlen muss.

(Martin Börschel [SPD]: Wer denn: der liebe Gott?)

Es kann nicht angehen, dass wir sagen: Die KVB muss das kostenneutral umsetzen. Das will ich hier noch einmal ganz klar und deutlich zum Ausdruck bringen. Das ist unsere zweite Position in dieser Diskussion. Es geht nicht, dass die KVB die zusätzlichen Kosten dafür übernimmt. Wir alle wissen, dass sich die Löhne bei der KVB an unterster Stelle innerhalb des Stadtwerke-Konzerns bewegen. Wir alle wissen auch, dass der Personalschlüssel der KVB sehr eng bemessen ist. Wir müssten eigentlich den einen oder anderen Beschäftigten mehr haben. Das ist meine Interpretation bezüglich der von Ihnen, Frau Tull, angesprochenen Änderung des Betrauungsvertrages. Diese Interpretation heißt eben genau nicht, dass die KVB das kostenneutral machen soll. - So weit unsere Position in dieser Diskussion. Vielleicht kann man den Antrag von SPD und Grünen jetzt erst richtig verstehen.

Lassen Sie mich noch ein paar Gedanken zum Schluss entwickeln. Es gibt Städte, meine Damen und Herren von SPD und Grünen, die den Nachttarif über den normalen Tarif abdecken. In Hamburg zum Beispiel wird das durch das Land Hamburg subventioniert. Warum soll man nicht auch diese Variante in die Überlegungen miteinbeziehen? Ich bin der Meinung, das ist auch eine Variante, die diskutiert werden muss. Dafür werden wir kämpfen.

Wir werden einer Preiserhöhung des Semestertickets nicht zustimmen. Im Übrigen, meine Damen und Herren, von SPD und Grünen, hätten Sie sich diese Bemerkung in Ihrem Antrag sparen können. Eigentlich müssten Sie doch wissen, dass der Vertrag mit dem VRS gerade erst abgeschlossen worden ist. Das heißt, Sie können erst im Jahre 2012 in einem neuen Vertrag aushandeln, dass der Preis für das Semesterticket ab 2013 erhöht wird. Das hätten Ihnen eigentlich bei der Recherche auffallen müssen; denn das ist im Prinzip bekannt.

(Martin Börschel [SPD]: Aber deswegen stimmt der Text doch auch!)

- Nein. Sie haben hier gesagt, der Preis könne kurzfristig erhöht werden. Aber das ist gar nicht möglich, nicht einmal mittelfristig. Das geht nur langfristig.

Noch einmal: Wir von der Linken werden einer Preiserhöhung des Semestertickets nicht zustimmen. Im Übrigen wäre das auch sehr kompliziert, weil das Semesterticket natürlich auch für die Studentinnen und Studenten gilt, die im Umland wohnen. Das wäre so gut wie nicht durchführbar. Insofern würde ich dem AStA empfehlen, diesem neuen Projekt mit Gelassenheit entgegenzusehen, aber auch energisch zu sagen: Jawohl, wir kämpfen weiterhin dafür, dass das Semesterticket nicht zur Finanzierung des KVB-Nachttaktes herangezogen wird, sondern eine Lösung gefunden wird, mit der alle Beteiligten gut leben können. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der Linken.Köln - Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Vielleicht kann Herr Fenske Ihnen etwas dazu sagen! Herr Fenske ist ja da!)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Herr Fenske, wenn Sie dazu einen Vorschlag machen wollen, wird er sicherlich aufgegriffen. Bitte schön.

**Jürgen Fenske** (Kölner Verkehrs-Betriebe): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Zu einigen Aspekten, die hier ausgeführt worden sind, möchte ich etwas sagen. Zunächst einmal ist es erfreulich, dass die Nachfrage so ist, dass ein Nachtverkehr in Köln am Wochenende - ich betone: am Wochenende; das haben die Nachfragedaten ergeben; ich bin auch selbst unterwegs gewesen - eine wirklich sinnvolle Maßnahme ist. Wir vonseiten der Kölner Verkehrs-Betriebe können uns einen

Halbstundentakt am Wochenende sehr gut vorstellen. Ich betone noch einmal sehr deutlich: Am Wochenende ist die Nachfrage stark, insbesondere in der Innenstadt und auf den Ringlinien, während es in der Woche aus Sicht der KVB diesen Bedarf nicht gibt. Wir werden ja gemeinsam mit der Verwaltung einen Prüfauftrag erhalten, in dem wir das aufarbeiten können. Also: Am Wochenende sehen wir diesen Bedarf auch. Insofern bettet sich Köln in die allgemeine Nachfrage großer deutscher Städte ein. - Das zum inhaltlichen Aspekt, wie die Nachfragesituation ist.

Zum finanziellen Aspekt, der hier angesprochen worden ist und in der Diskussion hier breiten Raum eingenommen hat: Es ist nun einmal so, dass in sehr vielen Städten, die dieses Angebot vorhalten, ein Baustein Finanzierung das Semesterticket ist. Ich habe jetzt nicht mehr recherchieren können, ob es woanders auch sehr aufgeregte Debatten darüber gegeben hat oder ob von den ASten anderer Städte akzeptiert worden ist, dass für die Finanzierung der Bereitstellung dieser Dienstleistung ein Stück weit das Semesterticket als ein Baustein herangezogen wird. Es gibt andere Städte wie Ulm oder Bremen, die darüber hinaus einen Nachtzuschlag erheben, und zwar neben dem Semesterticket. Es gibt unterschiedliche Möglichkeiten. Herr Detjen hatte das Beispiel Hamburg angeführt. Dort ist es so, dass der Besteller, in dem Fall das Land Hamburg, diese Leistung im ersten Jahr finanziert hat, sie aber dann degressiv gestaltet hat, weil man sich in der Tat auch die Einnahmeentwicklung angesehen hat. All das werden wir uns im Einzelnen in Abarbeitung dieses Prüfauftrages ansehen.

Abschließend noch eine Klarstellung zum Thema Betrauung. Im Grunde wird durch die Verwaltung, durch den Aufgabenträger und durch die Politik akzeptiert, dass wenn die Kölner Verkehrs-Betriebe mit einer sogenannten weiteren gemeinwirtschaftlichen Leistung betraut werden, auch das Defizit der KVB steigt. Das ist kein Zuschuss, den die Stadt bezahlt. Wenn diese Aufgabe mit einer Kostensteigerung einhergeht, wird das zu einer Erhöhung des Defizits der KVB führen.

(Jörg Detjen [Die Linke.Köln]: Herr Steinkamp sitzt ja da! Der zuckt ja schon!)

- Ja, ich wollte ihn schon in die Debatte einführen, habe aber davon abgesehen.

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Vielen Dank, Herr Fenske. - Gibt es weitere Wortmeldungen? - Frau Tull will noch eine kurze Erklärung vom Platz aus abgeben.

**Bettina Tull** (Bündnis 90/Die Grünen): Ich will noch etwas zum FDP-Antrag sagen. Nur zur Klarstellung: Wir sehen es nach wie vor als Problem an, dass in Ihrem Antrag ein Satz steht, der eigentlich redundant ist. Im VCD-Konzept läuft das zwar unter der Überschrift „Weiterentwicklung des Rendezvous-Systems“, aber wissen Sie eigentlich, was damit gemeint ist? Wir haben gemeinsam mit dem VCD eine Veranstaltung gemacht. Uns wurde dieses Konzept schon mehrfach vorgestellt. Deshalb habe ich es, glaube ich, schon ziemlich gut verinnerlicht, sodass ich Ihnen sagen kann: Damit ist gemeint, dass das Rendezvous-System abgeschafft wird, weil die Standzeiten an den Haltestellen für die Fahrgäste völlig unsinnig sind. Wenn die Bahnen im Viertelstundentakt fahren, ist es aufgrund der dann vorgesehenen Umsteigezeiten einfach nicht mehr notwendig, dass sie aufeinander warten. Deshalb ist der Satz in Ihrem Antrag redundant. Ich weiß nicht, warum Sie darauf bestehen wollen.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Weil er es nicht verstanden hat!)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Herr Sterck, bitte.

**Ralph Sterck** (FDP): Ich kann ja verstehen, dass es Frau Tull unangenehm ist, dass ich sie so eiskalt erwischt habe, als ich aus dem VCD-Papier zitiert habe. Aber lassen Sie uns das doch einmal darauf reduzieren, was Rendezvous-System im eigentlichen Sinne bedeutet, nämlich: Wenn man die Ost-West-Linien wie die 1 und die 9 oder die 3 und die 4 benutzt und am Neumarkt den Bahnsteig wechseln muss, um von der 3 oder 4 in die 1 oder 9 umzusteigen, soll vermieden werden, dass man, weil die andere Bahn in dem Moment unten wegfährt, wenn die andere einfährt, eine Viertelstunde oder eine halbe Stunde - je nachdem, wann Sie fahren - warten muss, bis die nächste Bahn kommt. Rendezvous bedeutet hier: Die Bahnen warten aufeinander.

Es ist doch klar, dass, wenn mehr Bahnen in diesem System fahren, also wenn die 1 und die

9 oder die 3 und die 4 versetzt fahren, sie dann nicht mehr so lange aufeinander warten müssen. Aber sie haben weiterhin ein Rendezvous zum Beispiel am Neumarkt und warten dort aufeinander. Und das soll noch fortentwickelt werden.

Meine Damen und Herren, wenn ich mit der KVB fahre, dann vom Ebertplatz. Durch den Umbau der Haltestellen können beide Bahnen nun auf demselben Bahnsteig aufeinander warten, bis die Fahrgäste umgestiegen sind. Dass nicht die eine wegfährt, während die andere gerade einfährt, ist doch ein Gewinn, der durch Anwendung dieses Systems erreicht wurde. Und das soll nun weiterentwickelt werden.

(Beifall bei der FDP)

Es macht doch keinen Sinn, hier jetzt Wortklauberei zu betreiben. Gemeint ist, dass Straßenbahnen nachts aufeinander warten. Und das soll noch verbessert und nicht abgeschafft werden.

(Beifall bei der FDP)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Okay. Vielen Dank. - Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Antrag sowie die beiden Änderungsanträge.

Wir stimmen zunächst ab über den Änderungsantrag der Fraktion pro Köln. Wer für den Antrag von pro Köln ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Änderungsantrag der FDP-Fraktion. Wer ist für den Antrag der FDP-Fraktion? - Das sind die FDP, die CDU, Herr Hoffmann und Herr Zimmermann. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit ist er ebenfalls abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Antrag von SPD und Grünen. Wer für diesen Antrag ist, bitte ich um das Handzeichen. - Die SPD, die Grünen, die CDU, pro Köln, Herr Zimmermann, Herr Hoffmann und die Linke. Damit ist der Antrag so angenommen.

(Manfred Wolf [FDP]: Herr Oberbürgermeister, ich bitte, unsere Enthaltung zu notieren!)

- Ich ergänze: bei Enthaltung der FDP.

(Ralph Sterck [FDP]: Wegen des Semestertickets haben wir uns enthalten!)

Das wird entsprechend zu Protokoll genommen.

Nun zu Tagesordnungspunkt 3.1.2:

**3.1.2 Antrag der CDU-Fraktion betreffend "Förderung der Elektromobilität in Köln und der Region"**
**AN/0987/2011**

**Änderungs- bzw. Zusatzantrag der Fraktion pro Köln**
**AN/1084/2011**

**Änderungs- bzw. Zusatzantrag der FDP-Fraktion**
**AN/1119/2011**

**Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**
**AN/1119/2011**

Zunächst spricht vonseiten des Antragstellers Herr Kienitz. Bitte schön.

**Niklas Kienitz** (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Nachdem wir in der letzten Sitzung unseren Antrag „Konzept für Nachhaltigkeit in Köln“ gemeinsam verabschiedet haben, war es wohl etwas kühn, zu denken, dass wir fortan gemeinsam an einer zukunftsfähigen Stadt bauen und diese weiterentwickeln. Zum Ersetzungs- bzw. Ergänzungsantrag von Rot-Grün, der uns eben kurzfristig erreicht hat, kann ich zunächst nur sagen: Eine Ablehnung grundsätzlicher Art hätte vielleicht gereicht, um Ihre Meinung deutlich zu machen. Dadurch, dass Sie hier so kurzfristig aufschlagen, machen Sie eigentlich deutlich, dass Sie entweder in Ihrer Koalition noch dringenden Abstimmungsbedarf hatten - das wirft natürlich ein entsprechendes Bild auf Ihre Koalition -

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Wir reden miteinander! Das kostet Zeit!)

oder dass Sie gar keine Idee von Elektromobilität in dieser Stadt hatten.

(Beifall bei der CDU und der FDP - Martin Börschel [SPD]: Wir könnten Ihre Anträge ja mal bei GuttenPlag Wiki einstellen! Das ist ja alles abgeschrieben!)

- Danke, Herr Börschel.

Insofern bin ich dankbar, dass sich die FDP diesem Thema konstruktiv angenommen hat. Wir alle wissen - bisher bin ich davon ausgegangen, dass Sie das auch wissen; wir haben ja gerade einmütig den Antrag zur Veränderung der Taktung des KVB-Nachtverkehrs beschlossen -, dass Mobilität in unseren Ballungsräumen und somit auch in der Großstadt Köln einer stetigen Überprüfung und Weiterentwicklung bedarf. Dabei spielen natürlich Aspekte wie die Verminderung von $CO_2$-Emissionen, Feinstaubbelastungen und Lärm eine wichtige Rolle. Auch da bin ich bisher davon ausgegangen, meine lieben Kollegen von Rot-Grün, dass wir darin einer Meinung sind; Stichwort: Umweltzone in Köln. Dadurch kommt der Elektromobilität eine wichtige Rolle bei der Weiterentwicklung der urbanen Fortbewegung zu. Diese Funktion ist zu definieren und eine entsprechende Strategie für den Individualverkehr sowie für den Massenverkehr zu implementieren.

Unser Antrag greift sehr zielgerichtet umfassende Aspekte der Unterstützung von Elektromobilität auf.

(Martin Börschel [SPD]: Alles abgeschrieben!)

Es geht um eine entsprechende Ladeinfrastruktur, Parkmöglichkeiten und eventuelle Carsharing-Standorte für Elektroautos. Relevante Akteure wie der Energieversorger, die KVB und andere sollen in ein Konzept eingebunden werden. Bei der zukünftigen Beschaffung von Fahrzeugen für die Stadt und stadteigene Unternehmen sollen Fahrzeuge mit Elektroantrieb oder zumindest Hybridfahrzeuge bevorzugt werden.

Die von uns formulierten Punkte, die in dieses Konzept einfließen sollen, werden im Übrigen durch die Ergebnisse einer Expertenbefragung im Rahmen des Projektes „colognE-Mobil“, die bereits seit Oktober 2010 vorliegen, bestätigt.

(Martin Börschel [SPD]: Ja, eben! Daraus habt ihr abgeschrieben!)

- Ja, und? Das sind doch wichtige Punkte, Herr Börschel.

(Martin Börschel [SPD]: Ja, aber nicht bei eurem Antrag!)

Wir sind bereits mit diesem Projekt bereits Vorreiter im Bereich Elektromobilität,

(Peter Kron [SPD]: Abschreiben ist keine Vorreiterei!)

und diese Vorreiterposition gilt es zu halten bzw. weiter auszubauen.

(Martin Börschel [SPD]: Dafür müsst ihr aber nicht abschreiben! Das ist wirklich ein Plagiat!)

Auch wenn dieses Projekt noch nicht zu Ende gebracht ist, wissen wir bereits heute, worauf es im Kern ankommt. Wenn Sie es gelesen hätten, wüssten Sie das. Es kommt nämlich darauf an, die entsprechende Infrastruktur aufzubauen.

Es ist aber auch klar, dass es nicht allein auf das Auto ankommt. Für den Stadtverkehr sind ebenso E-Bikes und Pedalics eine Alternative und gewinnen an Bedeutung. Projekte in anderen Städten zeigen das. Allerdings halte ich den Ansatz des VCD - wahrscheinlich werden Sie daraus auch zitieren -, nämlich „Die E-Zukunft hat Pedale“, für zu einseitig. Denn es geht hier um eine Gesamtstrategie für die Mobilitätsbedürfnisse aller Bevölkerungsgruppen und nicht um einzelne Punkte, wie Sie sie in Ihrem Ersetzungsantrag ansprechen. Auch die Vorbehalte gegen E-Mobilität aufgrund des aktuellen Energiemixes halte ich für zu kurz gesprungen; denn es geht um eine langfristige Weiterentwicklung.

Neben den Aspekten, die ich hier gerade angesprochen habe, ist die E-Mobilität als bedeutende Zukunftstechnologie mit ihren vielen Komponenten natürlich auch eine Chance für Köln und ein wichtiger Faktor für den hiesigen Automobil- und Wirtschaftsstandort. Man erwartet in diesem Bereich 30 000 Arbeitsplätze. Die Industrie wird in den nächsten Jahren 17 Milliarden Euro investieren. Die Förderung nachhaltiger und innovativer Technologien ist daher nach unserer Ansicht ganz bedeutend für den Industriestandort Köln. Deshalb sollten wir alles unternehmen, was dazu beitragen kann, die E-Mobilität in Köln zu unterstützen.

Ich möchte abschließend noch kurz auf Ihren Ersetzungsantrag eingehen. Sie erwähnen darin die Bundesregierung. Die Bundesregierung hat ausdrücklich gesagt, dass der Kauf von Elektroautos nicht direkt unterstützt bzw. subventioniert werden soll, sondern dass das Geld in die Forschung fließt. Sie konzentrieren sich im zweiten Punkt Ihres Antrags primär auf den ÖPNV. Das zeigt, dass Sie auch hier wieder zu kurz denken. Es geht um den Bedarf aller Beteiligten, also auch um den Bedarf im

Individualverkehr. Auch dieser muss natürlich ökologisch ausgerichtet werden. Die Forderung im dritten Punkt Ihres Antrags hatten auch wir aufgestellt. Es hätte vielleicht ein eigener Antrag gereicht, aber Sie haben sich einfach auf unseren Antrag draufgesetzt,

(Martin Börschel [SPD]: Das sagen die Richtigen!)

um damit unseren guten Antrag zu verhindern.

Wir, die CDU-Fraktion, sind davon überzeugt, dass jetzt der richtige Zeitpunkt ist, um den nötigen Impuls für die Implementierung einer Gesamtstrategie Elektromobilität zu geben. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Herr van Geffen, bitte.

**Jörg van Geffen** (SPD): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Wir begrüßen, dass sich auch die CDU-Fraktion des Themas E-Mobilität angenommen hat. Leider gewinnt man beim Lesen Ihres Antrags den Eindruck, dass Sie das, was Köln in dieser Hinsicht im Rahmen des Projekts „colognE-mobil“ bereits leistet, nicht zur Kenntnis genommen haben; zumindest erwähnen Sie es nicht.

(Martin Börschel [SPD]: Das ist abgeschrieben!)

- Genau.

Die Sinnhaftigkeit des Ausbaus der Elektromobilität steht außer Frage. Er ist Teil des notwendigen Bemühens um Verminderung der Schadstoff- und Lärmbelastung in Köln. Aktuell ist die Infrastruktur bzw. deren Entwicklung aber nicht das Problem. Da sind wir dezidiert anderer Meinung als die CDU-Fraktion. Die derzeitigen Schwierigkeiten bei der Forcierung von Elektromobilität liegen primär in der Fahrzeugentwicklung. Hier werden und müssen sich die Automobilindustrien engagieren, wenn Deutschland auf diesem Markt mithalten will. Dass sich dies nicht im Einflussbereich des Rates der Stadt Köln befindet, liegt auf der Hand.

Köln ist Modellkommune im Projekt „colognE-mobil“. Wir sind damit führend in der Diskussion um die Einführung und Stärkung der E-Mobilität. Auch aus diesem Forschungsprojekt ist zu hören, dass es keinen Bedarf an Elektroinfrastruktur gibt. Laut einer Studie der Universität Duisburg-Essen lassen sich Elektroautos bereits heute ohne zusätzliche kostspielige Infrastrukturmaßnahmen in den Großstadtverkehr integrieren. Damit steht fest: Selbst wenn die Marktfähigkeit dieser Technik hergestellt ist, ist Köln startklar. Unsere Infrastruktur ist der verstärkten Einführung von Elektroautos bereits heute gewachsen.

Auch das Vorzeigeprojekt beim Logistikunternehmen UPS zeigt, dass sich bereits heute Elektromobilität im Unternehmensbereich grundsätzlich realisieren lässt. Allerdings sind Elektroautos im Moment noch viel zu teuer, um für private Nutzung interessant zu sein. Deshalb käme eine Umstellung des gesamten Fuhrparks auch für die Stadt Köln im Moment viel zu früh.

Perspektivisch wird es sicherlich auch im ÖPNV zu Veränderungen kommen. Aber lassen Sie uns zunächst die Ergebnisse aus dem Testeinsatz von zwei Hybridbussen bei der KVB sowie aus dem Pilotprojekt mit Wasserstoffbussen im Rhein-Erft-Kreis abwarten.

Derzeit bemüht sich die Regierung Merkel in ihrer tiefen Verzweiflung sehr vordergründig darum, grüner als die Grünen zu sein.

(Heiterkeit und Beifall bei pro Köln)

Deshalb hoffen wir, dass die Bundesregierung unsere Aufforderung verstehen und ihr folgen wird, also die ohnehin knappen Mittel von der Subventionierung privater Elektrofahrzeuge in den Ausbau und Erhalt vorhandener E-Mobilität, insbesondere auf der Schiene, und in die Entwicklung emissionsfreier Antriebe für den Einsatz im öffentlichen Sektor umleitet.

Es ist festzuhalten: Die Frage nach dem Ausbau der Infrastruktur für Elektroautos stellt sich in Köln derzeit nicht. Köln ist Modellkommune im Projekt „colognE-mobil“. Aus diesem Projekt wird für den 7. Juli 2011 ein weiterer Zwischenbericht erwartet. Wir gehen davon aus, dass das Projekt fortgeführt wird. Damit sind wir führend und bestens eingebunden in die Diskussion um Elektromobilität in Großstädten.

Selbstverständlich werden wir uns als Stadt Köln weiterhin dort, wo es nötig ist, in den Ausbau dieser alternativen Verkehrsform einbringen. Köln steht zu seiner Vorbildfunktion und wird diese auch ausfüllen, wenn es darauf ankommt.

Wir werden dabei natürlich auch über die Stadtgrenze hinausschauen. Bereits heute gibt es hervorragende Beispiele dafür, wie man Bürgerinnen und Bürger dazu animieren kann, das Auto stehen zu lassen und auf Alternativen wie E-Bikes oder traditionelle Fahrräder umzusteigen. Wien und Paris haben hier bereits erste Konzepte mit beachtlichem Erfolg umgesetzt. Wir werden die Entwicklungen mit großem Interesse verfolgen und zu gegebener Zeit Schlüsse für unsere Stadt ziehen.

Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, einstweilen betrachten wir im Gesamtkontext unseren Ersetzungsantrag als deutlich zielführender. Ich bitte deshalb um Ihre Zustimmung. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Vielen Dank, Herr van Geffen. - Frau Dr. Müller, bitte.

**Dr. Sabine Müller** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Es wurde gerade schon das Projekt “colognE-mobil“ angesprochen. Wir wurden in mehreren Ausschüssen, unter anderem auch im Umweltausschuss, gerade erst von der Projektverlängerung in Kenntnis gesetzt. Weil das vielleicht nicht jedem hier bekannt ist, will ich daraus zitieren:

> Die Stadt Köln begleitet das Projekt administrativ und untersucht unter anderem die Auswirkungen des Einsatzes von Elektrofahrzeugen auf Lärm- und Klimaschutzziele der Stadt sowie Sicherheitsaspekte für alle Verkehrsteilnehmer beim vermehrten Einsatz von geräuscharmen Fahrzeugen.

Meine Damen und Herren, aus unserer Sicht besteht zum jetzigen Zeitpunkt kein akuter Bedarf, parallel hierzu ein weiteres Konzept zu erarbeiten. Insofern hätten wir es uns tatsächlich leicht machen können und mit dieser Begründung sowohl den Antrag der CDU als auch den Änderungsantrag der FDP, der ja auch auf diesem Konzept abhebt, ablehnen können. Aber das Thema Großstadtmobilität in Verbindung mit Klimaschutz und Luftreinhaltung ist zu wichtig, um es auf diese Weise zu versenken. Deshalb versuchen wir nun, etwas Besseres dagegenzusetzen.

(Niklas Kienitz [CDU]: Das ist doch nicht besser!)

Der Verband Deutscher Verkehrsunternehmen hat kürzlich in einer Pressemitteilung die Inhalte des Zweiten Zwischenberichts der Nationalen Plattform Elektromobilität deutlich kritisiert und auf den kaum beachteten akuten Finanzierungsbedarf hingewiesen, der zur Erhaltung und zur Verbesserung der kommunalen Verkehrsinfrastruktur notwendig ist. Das können die Kommunen allein nicht bewerkstelligen. Deshalb fordern wir in unserem Ersetzungsantrag unter Punkt 1 Frau Merkel und ihr Kabinett auf, die Mittel für den Erhalt und Ausbau des schienengebundenen Verkehrs einzusetzen, statt die Lobbyisten der Automobilindustrie und der großen Stromversorger damit prioritär zu bedienen.

Ich zitiere aus der obengenannten Pressemitteilung - der Präsident des VDV sitzt ja unter uns -:

> Wer … die Energieeffizienz im Verkehrssektor verbessern möchte, der sollte mehr Anreize für den Umstieg vom Pkw auf Bus und Bahn schaffen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Was uns in Köln nicht weiterhilft, ist das, was uns die Automobilindustrie im Schulterschluss mit der schwarz-gelben Bundesregierung und den großen Stromkonzernen momentan schmackhaft machen will: Wir ersetzen einfach den herkömmlichen Verbrennungsmotor durch eine Batterie, bauen ein paar Stromtankstellen, und sonst bleibt alles, wie es ist. Aus unserer Sicht ist nur ein umfassender Ansatz hin zu einer nachhaltigen Mobilität - da sind wir uns ja gar nicht so fern, Herr Kienitz - unter Einbeziehung aller Verkehrsträger und verschiedener innovativer Antriebskonzepte notwendig. Das kann uns tatsächlich bei der Lösung von Umwelt- und Verkehrsproblemen in Köln weiterhelfen.

Die vor einiger Zeit im Verkehrsausschuss beschlossene Fortschreibung des Gesamtverkehrskonzeptes - übrigens gegen die Stimmen der CDU - soll nun prioritär umgesetzt werden. Das wird zu einer signifikanten Verringerung des verkehrsbedingten Schadstoffausstoßes führen. Die beabsichtigte Veränderung des sogenannten Modal Split zugunsten des ÖPNV, des Rad- und des Fußverkehrs kann ja noch um den Aspekt E-Mobilität erweitert werden. Wichtig ist dabei aber

das gesamte Konzept und nicht das Beackern eines einzelnen Moduls daraus.

(Karsten Möring [CDU]: Das macht aber der Ersetzungsantrag!)

Als Vertreterin des Oberbürgermeisters durfte ich im November vergangenen Jahres hier in Köln zahlreiche Gäste aus europäischen Städten wie London, Mailand und Oslo zu einer Kick-off-Veranstaltung des EU-Projektes CHIC - das ist die Abkürzung für Clean Hydrogen in European Cities - begrüßen. Dabei sollen insgesamt 26 Wasserstoffbusse im Alltagsbetrieb auf regulären Busstrecken in sieben europäischen Städten eingesetzt werden. Auch bei uns in der Region sind seit kurzem zwei Wasserstoffbusse im Einsatz. Ein Bus des Regionalverkehrs Köln wird auf der Linie 978 auch in Köln eingesetzt.

Schließlich halten wir eine Umstellung des städtischen Fuhrparks auf E- und Hybridfahrzeuge für eine gute Idee; das haben wir ja auch in einem Punkt angeführt. Der kommunale Handlungsbedarf besteht in erster Linie darin, gewisse Vorbereitungen bei den Werkstätten, Betriebshöfen und anderen öffentlichen Einrichtungen vorzunehmen, um vermehrt E-Fahrzeuge einsetzen zu können. Die Stadtverwaltung kann hier eine Vorbildfunktion wahrnehmen und gleichzeitig einen Beitrag zur Luftreinhaltung und zum Lärmschutz leisten.

Meine Damen und Herren, Elektromobilität ist ein Zukunftsthema. Wir stellen fest, dass auch die CDU erkennt, dass sie ihrer Großstadtklientel irgendetwas anbieten muss, damit gerade die jüngeren Wählerinnen und Wähler nicht weiter in Scharen zu den Grünen abwandern.

(Lachen von Niklas Kienitz [CDU])

Aber wenn Sie E-Mobilität in erster Linie mit „Motor raus, Batterie rein“ gleichsetzen und alles andere nur am Rande betrachten, dann wird das wahrscheinlich nichts. Dann sollten Sie das lieber denen überlassen, die das Thema Mobilität in der gesamten Komplexität schon länger beackern und nachhaltige Lösungen anstreben,

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen - Lachen bei der CDU)

die nicht darauf abzielen, die alten Strukturen möglichst lange bewahren zu wollen und lediglich den verzweifelten Schulterschluss der großen Stromkonzerne mit der Automobilindustrie zu unterstützen.

Ein letzter Satz noch: Die eigentliche Herausforderung für uns ist, den mutigen Schritt weg von der Auto- und der Ölabhängigkeit in die Unabhängigkeit zu wagen: weg vom Besitz eines Autos hin zur flexiblen Nutzung von kleinen oder auch mal großen Autos, von Taxis, Fahrrädern, Bussen und Bahnen in der Stadt und in der Region. Das ist die postfossile Zukunft der Mobilität. Ob das Verkehrsmittel dann elektrisch oder mit einer Brennstoffzelle oder als Hybrid angetrieben wird,

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Das ist aber ein sehr langer Satz, Herr Oberbürgermeister!)

ist für uns dann zweitrangig. Das hängt von vielen Einzelfaktoren ab. In diesem Sinne freuen wir uns über eine breite Unterstützung unseres rot-grünen Ersetzungsantrags. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Vielen Dank, Frau Dr. Müller. - Jetzt Herr Bürgermeister Wolf.

**Manfred Wolf** (FDP): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! „Einmal aufladen, bitte!“ - In Zukunft werden wir das wohl öfter zu hören bekommen; denn Elektromobilität ist seit geraumer Zeit in aller Munde. 1 500 Fahrzeuge sind heutzutage schon in Deutschland unterwegs. Aber das soll erst der Anfang sein. Ziel der Bundesregierung ist, dass bis zum Jahr 2020 1 Million Elektroautos auf unseren Straßen fahren. Sie sind leise und stoßen kein $CO_2$ aus. Außerdem sind die fossilen Brennstoffe auf unserer Erde endlich. Auch deshalb müssen wir Alternativen finden für Antriebsmittel wie Benzin oder Diesel, die aus diesen fossilen Rohstoffen gewonnen werden.

Elektrische Antriebe im Verkehr sind eigentlich nichts Neues. Straßenbahnen und Züge fahren schon seit langem mit Strom. Ich erinnere mich, dass auch die KVB schon Elektrobusse hatte. In meiner Kindheit fuhr ein solcher Bus auf der Linie 32 vom Heumarkt nach Hohenlind. Das Comeback dieses Antriebs lässt sich insbesondere mit der Diskussion über die Endlichkeit der Ressourcen sowie der Klimadebatte begründen.

Inzwischen gibt es zahlreiche Überlegungen, wie die E-Mobile geladen werden oder wie

Geschäftsmodelle aussehen könnten, wie sich also unser Mobilitätsverhalten ändern ließe, aber auch ändern muss. Inzwischen wurde der Nationale Entwicklungsplan Elektromobilität der Bundesregierung erstellt, dessen Ziel es ist, Deutschland zum Leitmarkt für Elektromobilität zu machen. Wie eben gesagt: Bis zum Jahr 2020 sollen 1 Million Elektrofahrzeuge auf unseren Straßen rollen. Zum Vergleich: Heute gibt es in diesem Land 49 Millionen Kraftfahrzeuge, davon etwa 41 Millionen Pkw.

Im Rahmen des Konjunkturpakets II wurden einigen Ministerien Fördermittel in Höhe von insgesamt 500 Millionen Euro bis Ende 2011 für Projekte in 15 Themengebieten bereitgestellt. Davon erhalten allein die acht ausgewählten Modellregionen Hamburg, Bremen/Oldenburg, Rhein-Ruhr, Rhein-Main, Sachsen, Stuttgart, München und Berlin/Potsdam bereits 115 Millionen Euro.

Wo ordnet sich Köln hier ein? Welche Potentiale hat die Elektromobilität für unsere hiesigen Energieversorger? Wie sieht die Zukunft der öffentlichen Mobilität in Köln aus?

Wir als FDP können den Antrag der CDU nur unterstützen, möchten ihn aber um einige uns wichtige Punkte ergänzen. Es ist wichtig, dass Köln als Wirtschaftsstandort auch für Neuerungen und alternative Mobilitätskonzepte steht. Aus diesem Grund, aber auch weil Köln seit Jahrzehnten eine der Automobilhauptstädte Deutschlands ist, sollten wir uns beim Thema Elektromobilität ebenfalls an die Spitze setzen. Diese, unsere Stadt ist seit über 2 000 Jahren immer offen für Neues, und sie hat immer von Neuerungen profitiert.

Wir halten es für besonders wichtig, den privaten Nutzern Anreize zu setzen. Diese könnten unterschiedlich aussehen. Ein Anreiz - wir haben es in unserem Ergänzungsantrag erwähnt - könnte zum Beispiel zwei Stunden kostenloses Parken sein. Es gibt viele Möglichkeiten und Anregungen, wie private oder in Köln ansässige Unternehmen für die Attraktivität der Elektromobilität gewonnen werden können. Jetzt ist es wichtig, den ersten Schritt zu gehen und einen Meilenstein ins Rollen zu bringen. Wir von der FDP-Fraktion sehen dies durch unseren Antrag gegeben und bitten daher, diesem Antrag zuzustimmen.

Zum Ersetzungsantrag von SPD und Grünen kann man nur sagen: Das hat mit dem ursprünglichen Antrag überhaupt nichts zu tun. Ich will Ihren Antrag jetzt nicht als groben Unfug bezeichnen, er ist vielleicht eher Ausdruck der Zerstrittenheit in der Koalition. Dieser Antrag setzt wieder allein auf den öffentlichen Sektor, nicht aber, wie im CDU-Antrag vorgeschlagen, auf die privaten Nutzer, die wir gewinnen müssen. Nicht die Ideen, aber diese Staatsversessenheit ist das, was einfach das Schlimme an Ihrer Politik ist: dass man den Leuten bis ins Letzte vorschreiben will, wo sie hinzugehen haben, was sie zu essen haben und was nicht. Ich denke heute an Bremen,

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Bremen? Gutes Stichwort!)

wo ja heute wieder Vegetariertag ist und es in Altenheimen und in Kindergärten keine Wurst zu essen gibt. Jetzt dürfen sie noch nicht einmal mehr das Grünzeug essen, weil sie sich dann vielleicht mit EHEC infizieren könnten. Also: Vorschriften bis ins Letzte! Das ist das, was wir Liberale nicht wollen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP sowie bei Teilen der CDU)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Danke schön, Herr Wolf. - Wir kommen dann zu Herrn Uckermann.

**Jörg Uckermann** (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich darf wie immer die Debatte hier wieder einmal zusammenfassen.

(Zurufe: Nein!)

- Doch, das mache ich. - Man ist immer wieder erschrocken, welches triviale Niveau hier herrscht. Besonders erschrocken ist man natürlich über eine CDU, die total verunsichert ist. Nach den Klatschen von Bremen und von Baden-Württemberg versuchen Sie, die Grünen zu kopieren.

(Beifall bei pro Köln)

In jede Stadtratssitzung bringen Sie einen Öko-Antrag ein. Das ist zwar nicht grundsätzlich verkehrt, aber Ihre Anträge sind einfach nur schlecht.

(Beifall bei pro Köln)

Sie fordern in Ihrem Antrag von der Stadtverwaltung den Aufbau von Ladeinfrastruktur für Elektroautos. Da frage ich mich: Welche Elektroautos wollen Sie aufladen?

Heutzutage kann man noch nicht einmal ein Handy mit dem Ladegerät einer anderen Marke aufladen, weil diese Geräte nicht kompatibel sind. Das muss doch erst einmal geklärt werden. Sie können doch hier nicht die Stadtverwaltung auffordern, Ladestationen aufzubauen, wenn überhaupt noch nicht klar ist, welche Norm zugrunde gelegt wird. Diese Norm muss die Bundesregierung doch erst einmal festlegen.

Des Weiteren fordern Sie, dass in diese Ladestationen erneuerbare Energien eingespeist werden sollen. Heißt das, dass Sie neben dieser Ladestation eine Windmühle aufstellen wollen, oder wie soll das funktionieren? Jeder, der heute ein Ökostrompaket kauft, erhält doch genau den Strom, der gerade im Netz eingespeist ist, und das ist nicht immer der aus einem norwegischen Wasserfall. Das dürfte doch jedem hier klar sein, nur Ihnen anscheinend nicht.

(Beifall bei pro Köln)

Das Thema ist wichtig. Natürlich muss eine Millionenstadt wie Köln vorbereitet sein, wenn die Bundesregierung entsprechende Normen festlegt, wobei darüber sicherlich nicht allein auf Bundesebene entschieden werden kann, sondern mit Sicherheit auf europäischer Ebene. Das ist doch wie beim Tanken. Da muss ich mir auch sicher sein, dass ich mit meinem Auto auch in den Niederlanden oder in Italien tanken kann. Diese Normen müssen also erst einmal festgelegt werden, und zwar nicht nur bundesweit.

Wir haben in unserem Änderungsantrag gefordert, dass die Stadtverwaltung zunächst einmal eine Instanz schafft, die beobachtet, in welche Richtung das Ganze geht. Erst wenn es feste Normen gibt, können wir die Verkehrstechnik ändern. Wir wissen doch heute noch nicht einmal, ob das Aufladen der Elektromobile über Induktionsschleifen funktionieren soll. All diese Sachen muss man aber vorher wissen. Man kann hier nicht fordern, die Stadtverwaltung möge Ladestationen aufbauen, wenn man noch nicht einmal weiß, wie das Aufladen eines Elektroautos später funktionieren wird. Ich bitte Sie also, unserem Änderungsantrag zuzustimmen. - Danke.

(Beifall bei pro Köln)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Herr Detjen, bitte.

(Götz Bacher [SPD]: Jetzt darfst du zusammenfassen, Jörg!)

**Jörg Detjen** (Die Linke.Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, Ihr Antrag ist meines Erachtens nichts anderes als eine versteckte Hofierung des Individualverkehrs.

(Beifall bei der Linken.Köln)

Wegen eines solchen Antrags werden die Grünen im Kölner Rat sicher nicht die Koalition mit der SPD aufkündigen, ganz im Gegenteil.

Meine Damen und Herren von der CDU, Sie haben sich meines Erachtens ins ökologische Abseits gestellt. Frage: Sieht so die Strategie der Kauder'schen Großstadtpartei aus? Vielleicht können Sie das bei Gelegenheit beantworten.

(Beifall bei der Linken.Köln)

Für die 184 Elektroautos mit den 25 Autos des Projekts „colognE-mobil" brauchen wir meines Erachtens diese Vorschläge überhaupt nicht. In der Sendung *Lokalzeit* hat Professor Dudenhöfer von der Universität Duisburg-Essen auf eine Studie hingewiesen, die belegt, dass die bestehenden Infrastrukturen völlig ausreichen. Ein weiterer Ausbau ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt völlig unnötig.

Die Technologie des Elektroautos muss weiterentwickelt werden, gar keine Frage. Aber wir alle wissen: Die Technologie des Elektromobils ist 170 Jahre alt. In dem Bereich wirklich deutliche Veränderungen herbeizuführen, ist nicht so einfach. Das muss man einfach einmal feststellen.

Elektroautos würden zweifellos zur Verbesserung der Luftqualität in den Städten beitragen. Aber die vielen anderen Probleme, die der Individualverkehr verursacht, bleiben auch durch das Elektroauto bestehen. Staus, Parkplatzprobleme, verstopfte Innenstädte, Gefährdung anderer Verkehrsteilnehmer - mit alledem werden wir weiterhin zu tun haben.

Meine Damen und Herren von der CDU, Sie sollten meines Erachtens eher überlegen, wie wir den Fuhrpark der KVB intensiver nutzen und ausbauen können. Die 368 Bahnen sind nämlich auch Elektrofahrzeuge, nichts anderes. Statt hier im vorauseilenden Gehorsam Anträge einzubringen, sprechen Sie erst einmal mit Ihrer Kanzlerin darüber, wie sie für mehr

Elektromobilität im öffentlichen Nahverkehr sorgen will.

Ich muss aber auch noch etwas an die Adresse der Grünen sagen: Den Vorschlag Ihres Bundestagsfraktionsvorsitzenden, Jürgen Trittin, batteriebetriebene Fahrzeuge mit 5.000 Euro zu fördern, halten wir für falsch; denn auch das wäre eine Förderung des Individualverkehrs. Das können wir nicht unterstützen.

(Beifall bei der Linken.Köln)

Die KVB wird bald einen Hybridbus bekommen. In anderen Städten wie zum Beispiel in Bochum fahren solche Hybridbusse schon seit langer Zeit mit Erfolg. Bei den Hybridbussen müssten wir klären und prüfen, ob und, wenn ja, wie die beim Bremsen frei werdende Energie genutzt werden kann. Es wäre eine neue interessante Technologie für Hybridbusse, wenn das möglich wäre.

(Zuruf von Karl-Jürgen Klipper [CDU])

Man kann bei den Hybridbussen Fahrpläne entwickeln. Man kann das computergestützt steuern. Herr Klipper, all das ist möglich.

Also, meine Damen und Herren, von der CDU: Reden Sie mit Frau Merkel! Vielleicht tut sie ja auch einmal etwas für den öffentlichen Nahverkehr. Ich glaube zwar nicht so richtig daran, aber vielleicht überrascht sie uns ja alle.

Herr Oberbürgermeister, ich finde es schon von Interesse, dass die FDP Rot-Grün vorwirft, sie seien staatsverdrossen.

(Manfred Wolf [FDP]: Staatsversessen!)

- Staatsversessen? Das ist ja noch schlimmer. Das wird ja normalerweise nur uns vorgeworfen. Insofern gibt es jetzt also noch andere Parteien, die staatsversessen sind. - Danke schön.

(Beifall bei der Linken.Köln)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Danke schön, Herr Detjen. - Es gibt noch eine Zusatzbemerkung von Herrn Sterck. Bitte schön.

**Ralph Sterck** (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Herr Bürgermeister Wolf muss natürlich immer etwas gesetztere Worte finden. Das brauche ich als Fraktionsvorsitzender eher nicht.

Herr Börschel ist zwar jetzt nicht im Saal - jedenfalls sehe ich ihn im Moment nicht -, aber ich will noch etwas zum Ersetzungsantrag von Rot-Grün sagen. Ich möchte hier meine Enttäuschung und auch mein Entsetzen über die Ignoranz zum Ausdruck bringen, die dadurch zum Vorschein kommt.

(Beifall bei der FDP)

Ich habe nämlich das Gefühl - diese Befürchtung hätte ich gerne an Kollegen Börschel persönlich gerichtet -,

(Peter Kron [SPD]: Ich erzähle es ihm!)

dass die Grünen die SPD in dieser Frage auf einen Holzweg geführt haben. Die Rede von Frau Müller hat gezeigt, dass Sie doch sehr individualverkehrsfeindlich eingestellt ist.

(Zurufe vom Bündnis 90/Die Grünen: Oh!)

- Ja, das lässt sich auch anhand Ihres Antrags beweisen. - Wie will Herr Börschel zum Beispiel Herrn Matthes nachher erklären, dass wir als Autostadt Köln einen solchen Antrag verabschieden? Das ist anscheinend bei der SPD unten durchgerutscht.

Im ersten Punkt Ihres Antrags geht es insbesondere um die E-Mobilität auf der Schiene. So haben Sie es ja in der Klammer vermerkt. Vielen Dank, Herr Detjen, dass Sie darauf hingewiesen haben. Natürlich gibt es schon E-Mobilität bei der Straßenbahn, bei der KVB und bei der Deutschen Bahn. Aber das ist doch nicht die Innovation, die wir hier beackern wollen. Im zweiten Punkt Ihres Antrags ist nur vom ÖPNV und den Hybrid- und Wasserstoffbusse die Rede. Im dritten Punkt geht es nur um den Fuhrpark der Stadt und der stadtnahen Gesellschaften.

Das heißt, der private Verbraucher

(Bettina Tull [Bündnis 90/Die Grünen]: Individualverkehr ist keine öffentliche Aufgabe!)

und die Wirtschaft sind überhaupt nicht vorgesehen. Da muss ich sagen: Es ist wirklich ein schwarzer Tag für die Stadt von Nicolaus August Otto, wenn sich die Stadt Köln, deren Oberbürgermeister gerade in dieser Woche den „Nicolaus August Otto Preis der Stadt Köln für Innovation“ ausgelobt hat, gerade in dieser innovativen Frage abkoppelt.

Wir haben in Punkt 8 unseres Antrag deutlich gemacht, dass die Stadt Köln sich darum bewerben sollte, im Rahmen der Nationalen Plattform Elektromobilität von einer Modellregion in ein sogenanntes „Schaufenster“ überführt zu werden. Außer uns werden sich auch die Städte Berlin, Hamburg, München und Stuttgart darum bewerben. Das heißt, wir müssen uns schon darum bemühen, dieses Ziel zu erreichen. Die Städte Aachen und Düsseldorf haben schon bei uns angefragt, ob sie bei uns in Köln mitmachen können, weil sie wissen, dass sie alleine keine Chance haben, sondern das Zentrum Köln brauchen.

Von dieser Entwicklung koppeln Sie sich mit Ihrem dämlichen Änderungsantrag ab. Das haben Sie, meine Damen und Herren von der SPD, hier verschlafen. Das ist einer Partei, die diese Wirtschaftsstadt eigentlich führen will, wirklich unwürdig.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Wir machen jetzt Folgendes: Zunächst folgt eine direkte Erwiderung von Herrn Frank. Wir wollen jetzt aber keine weitere Runde aufmachen. Danach möchte ich gerne Herrn Dr. Steinkamp das Wort geben. - Herr Frank, bitte.

**Jörg Frank** (Bündnis 90/Die Grünen): Ich finde, das, was Kollege Sterck hier gesagt hat, ist schon ein starkes Stück. Warum? Die FDP war die Partei, die immer dann, wenn es um Subventionen ging, gesagt hat: bloß nicht zu viele Subventionen.

(Ralph Sterck [FDP]: Zwei Stunden kostenloses Parken ist doch keine Subvention!)

Wenn man sich die E-Mobilitätsstrategie der Bundesregierung anschaut, der die FDP ja noch angehört, dann stellt man fest, dass das nichts anderes ist als ein gigantisches Subventionsprogramm für die Autoindustrie.

(Zuruf von Ralph Sterck [FDP])

Innovation muss in der Privatwirtschaft aber durch die privaten Akteure selbst kommen.

(Beifall bei der FDP)

Was Sie machen, ist doch eine Art von FDP-Realsozialismus.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Ach du Schreck!)

- Herr Klipper, Sie können sich melden, wenn Sie etwas sagen wollen.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Nein, für den Unfug nicht!

Statt in Zusammenhang mit Mobilität über Subventionen des Staates zu sprechen, wäre es eher einmal angebracht, sich anzuschauen, wie es um die Infrastruktur des öffentlichen Nahverkehrs und der Bundesbahn bestellt ist. Da kommen wir nämlich langsam auf Schwellenlandniveau an.

(Ralph Sterck [FDP]: Keinen Cent geben Sie aus!)

Das wäre eine Aufgabe für die Bundesregierung und nicht, den Automobilkonzernen das Geld reinzublasen.

(Henk van Benthem [CDU]: Zur Sache!)

Es ist Aufgabe der privaten Wirtschaft und damit auch der Autokonzerne, innovativ zu sein. Sonst gehen sie im Wettbewerb unter.

Eines ist doch deutlich: Viele haben das verstanden, insbesondere auch japanische Konzerne. Ich hoffe, dass das Signal auch bei den deutschen Autokonzernen ankommt. Aber das wird nicht über Ratsbeschlüsse laufen. Da sind Sie auf dem Holzweg. Das ist nicht unsere Aufgabe.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen sowie bei Teilen der SPD)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Vielen Dank, Herr Frank. - Wir halten die von mir vorgeschlagene Reihenfolge ein. Herr Dr. Steinkamp, bitte.

**Dr. Dieter Steinkamp** (RheinEnergie): Sehr geehrte Damen und Herren! Es ist sicherlich nicht meine Rolle, hier in die intensive politische Debatte einzugreifen. Nur, ich möchte ganz gern zur Objektivierung an der einen oder anderen Stelle beitragen.

Das Projekt „colognE-mobil“ ist kein Projekt, das irgendwo vor sich hin dümpelt. Maßgeblicher Partner ist neben der RheinEnergie und der Stadt natürlich Ford. Wir arbeiten mit Ford eng zusammen und sind im Ballungsraum Köln das

Projekt, das Modellcharakter für ganz Deutschland hat. Wir sind Teil des Förderprogramms „Elektromobilität in Modellregionen“ des Bundesverkehrsministeriums. Insbesondere das Zusammenspiel von Infrastruktur einerseits und den Verkehrsträgern andererseits einschließlich des Nutzerverhaltens sind Schwerpunkte unseres Projektes. Es geht nicht in erster Linie um Teilaspekte wie Batterieladekapazität oder Effizienz von Elektromotoren, sondern um die integrierte Mobilität.

Insofern ist die Region Köln mitnichten abgekoppelt oder irgendein Sonderling. In der Tat - Sie haben recht, Herr Sterck - sind die Teilprojekte Aachen oder Ruhrgebiet eng mit uns vertaktet, sie haben aber andere Schwerpunkte. Wir arbeiten hier in Nordrhein-Westfalen auch übergreifend eng zusammen, sodass im Moment die deutsche Innovation an der Stelle entwickelt wird und wir mit Sicherheit hier nichts verschlafen. Das war mir wichtig, hier noch einmal zu sagen.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Danke schön. - Ich gebe das Wort an Herrn Möring.

**Karsten Möring** (CDU): Herr Oberbürgermeister! Lieber Herr Frank, an der Reaktion, die Sie eben gezeigt haben, ließ sich ablesen, dass Herr Sterck voll ins Schwarze getroffen hat.

(Beifall bei der CDU - Ralph Sterck [FDP]: Das muss richtig wehgetan haben!)

Es ist doch nicht zu bestreiten, dass Ihr Ersetzungsantrag die Thematik inhaltlich völlig verschiebt. Sowohl der Antrag, den die CDU gestellt hat, als auch der Änderungsantrag, der von der FDP eingebracht worden ist, verfolgen eine bestimmte Intention und Zielrichtung. Und die passt Ihnen nicht. Normalerweise macht man das dadurch deutlich, dass man den Antrag ablehnt. Sie aber veranstalten hier eine Show. Sie reden plötzlich über einen ganz anderen Themenbereich und tun so, als würden wir von Elektromobilität bei Straßenbahnen und DB keine Ahnung haben. Das ist aberwitzig. Das ist ein völlig anderes Feld.

Richtig verrückt - Herr Frank, das wissen Sie genauso gut wie die meisten hier, die sich mit Finanzen beschäftigen - ist, zu sagen, dass wir das Geld lieber in den Ausbau der Infrastruktur für den ÖPNV stecken sollten. Ja, bitte, das ist doch Klippschulenniveau! Das wissen wir doch ganz genau. An diesem Thema sind wir doch auch dran. Das haben wir hier alle Tage auf der Tagesordnung.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein, das hat die Bundesregierung abgeschrieben!)

Bringen Sie doch einen eigenen Antrag ein. Dafür könnten Sie vielleicht sogar unsere Zustimmung bekommen. Aber hier so zu tun, als wäre das der Ersatz für die Intention, die wir mit diesem E-Mobility-Antrag verfolgen, ist nun wirklich absolut hirnrissig.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Es ist auch unehrlich. So kann man eine ernsthafte politische Diskussion nicht führen. Dann muss man Ihnen nämlich im Ernst vorwerfen, dass Sie hier nichts anderes machen wollen, als Dinge abzubügeln, aus welchen Gründen auch immer.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Dann kommen wir jetzt zur Abstimmung. Es gibt zwei Möglichkeiten: entweder über die einzelnen Anträge in den jeweiligen Formen der Änderungsanträge abstimmen zu lassen oder direkt über den Ersetzungsantrag. Ich schlage Folgendes vor: Wir werden über alle vier Anträge abstimmen.

Als Erstes stimmen wir über den Antrag von SPD und Grünen ab. Wer für diesen Antrag ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD, die Grünen, die Linke. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Wer ist dagegen? - Das sind die CDU, die FDP, pro Köln, Herr Zimmermann und Herr Hoffmann.

Als Nächstes stimmen wir über den Antrag der Fraktion pro Köln ab. Wer ist für den Antrag der Fraktion pro Köln? - Das ist die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? - Niemand. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Antrag der FDP. Wer für den Antrag der FDP ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die

FDP und die CDU. Wer enthält sich? - Bei Enthaltung von Herrn Zimmermann ist auch dieser Antrag abgelehnt.

Damit kommen wir zur Abstimmung über den Ursprungsantrag in der Form des Änderungs- und Ersetzungsantrags von SPD und Grünen. Wer für diesen Antrag ist, bitte ich um das Handzeichen. -

(Unruhe)

- Also: Wir stimmen über den Antrag der CDU ab in der bereits beschlossenen Fassung des Änderungsantrags von SPD und Grünen.

(Lachen bei der CDU)

- Herr Möring, bitte.

**Karsten Möring** (CDU): Herr Oberbürgermeister, Sie haben doch in der allerersten Abstimmung über den Antragstext von SPD und Grünen abstimmen lassen - als wäre dies ein Änderungsantrag. Er hatte eine Mehrheit. Streng genommen wäre die Abstimmung über die anderen Anträge damit überflüssig. Sie hatten aber gesagt, dass Sie über alle Anträge abstimmen lassen. Dann müssten Sie bitte auch über unseren Antrag abstimmen lassen; denn ansonsten wäre das der einzige Antrag, über den Sie jetzt nicht abstimmen lassen.

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Okay, da gebe ich Ihnen recht. Das ist richtig.

Wir stimmen jetzt über den Ursprungsantrag der CDU ab. Wer für den Antrag der CDU ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die CDU, die FDP und Herr Hoffmann. Wer enthält sich? - Bei Enthaltung von Herrn Zimmermann ist dieser Antrag abgelehnt.

Jetzt kommen wir zur endgültigen Abstimmung.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Nein, das ist erledigt!)

- Ja, aber das machen wir noch der Form halber. So hatte ich es eben angekündigt. - Wer für den Ursprungsantrag in der Form der Veränderung, die durch die SPD und die Grünen vorgenommen wurde, ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD, die Grünen, die Linke. Wer enthält sich? - Damit ist dieser Antrag angenommen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 3.1.3:

**3.1.3 Antrag der FDP-Fraktion betreffend "Neue Perspektiven für Jungen und Männer"**
**AN/0930/2011**

Frau Laufenberg, bitte.

**Sylvia Laufenberg** (FDP): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Moderne Gleichstellungspolitik muss gezielt die Besonderheiten in den Lebensentwürfen von Mädchen und Jungen, von Frauen und Männern berücksichtigen. Familie, Partnerschaft und soziale Kontakte gewinnen in unserer schnelllebigen Zeit immer mehr an Bedeutung. Dadurch haben sich die traditionellen Geschlechterrollen in den letzten Jahren stark gewandelt. Daher gilt es, auf die Bedürfnisse der neuen Lebensentwürfe jedes Einzelnen so gut wie möglich einzugehen. Hierzu sind entsprechende Rahmenbedingungen zu schaffen, um nachhaltig Fortschritte hinsichtlich eines partnerschaftlichen Miteinanders von Frauen und Männern zu erzielen. Ziel moderner Gleichstellungspolitik ist es dabei aber nicht, bestimmte Lebensmodelle vorzuschreiben. Es geht vielmehr darum, neue Optionen zu eröffnen und tatsächliche Wahlfreiheit zu gewährleisten.

Um die Zukunftsperspektiven von Jungen und Männern im Rahmen einer modernen Gleichstellungspolitik nachhaltig zu verbessern, bedarf es neuer Denkmuster. Immer häufiger werden Jungen als Bildungsverlierer wahrgenommen. Sie schneiden in Schulen und in der Ausbildung deutlich schlechter ab als wir Mädchen.

(Angela Spizig [Bündnis 90/Die Grünen]: „Wir Mädchen“?)

Jedoch gibt es auch überdurchschnittlich viele Jungen, die zu den Klassenbesten gehören. Dies bedeutet, dass wir ganz individuell auf die Fähigkeiten unserer Kinder und insbesondere auf die der Jungen eingehen müssen. Jungen und heranwachsende Männer brauchen Vorbilder, männliche Vorbilder. Heute sind diese Vorbilder aber nicht in jeder Familie gegeben. Daher ist es wichtig, dass sich unsere Kinder in den Bildungsstätten sowohl an Männervorbildern als auch an Frauenvorbildern orientieren können.

Die FDP sensibilisiert daher für weitere Maßnahmen zur Jungenförderung und betrachtet

die erst vor kurzem stattgefundene Fachtagung „Kölner Wege für Jungs“ als ersten Schritt.

(Beifall bei der FDP)

Weitergehend regen wir Liberale einen Boys’ Day an. Als Vorbild gilt sicherlich der in Köln seit Jahren erfolgreich durchgeführte Girls’ Day.

Junge Männer müssen gezielt für soziale Berufe begeistert werden.

(Beifall bei der FDP)

Daher muss in den Schulen, in den Berufsschulen und in der Universität vermehrt um Männer für diesen Bereich geworben werden. Ziel muss es sein, die EU-Zielmarke „20 Prozent Männer unter den Erziehern“ bis zum Jahr 2015 zu erreichen.

Bei allen Anstrengungen gilt es, auch die Öffentlichkeit und die Kölner Unternehmen für die verschiedenen Lebensentwürfe und individuellen Fähigkeiten von Jungen und Männern zu sensibilisieren, um diese zu unterstützen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, um Jungen und jungen Männern in Köln langfristig neue Perspektiven zu geben, werben wir um Zustimmung für unseren FDP-Antrag. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Herr Heinen, bitte.

**Dr. Ralf Heinen** (SPD): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Jetzt steht ein Junge am Rednerpult. Liebe Frau Laufenberg, dem Inhalt Ihrer Rede kann ich voll zustimmen.

(Marion Lüttig [Bündnis 90/Die Grünen]: Was?)

Deswegen finde ich es besonders schwierig, diesen Antrag abzulehnen. Ich will gerne begründen, warum.

Noch vor zehn Jahren hat dieses Thema im politischen Umfeld nur ein müdes Lächeln entlockt. Herr Breite, Sie wissen das auch. Doch bei genauer Betrachtung hätte uns schon damals das Lachen vergehen müssen. Damals, liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP-Fraktion, wäre die Forderungen, die Sie heute stellen, sicherlich innovativ gewesen.

Wie sieht es heute aus? Vor zwei Wochen haben Stadt und Fachöffentlichkeit auf dem „ForumFamilie 2011: Kölner Wege für Jungs“ eine erste Bilanz gezogen. „Erste Bilanz“ heißt: Das Thema ist schon vor langer Zeit gestartet worden. Die Themen sind Mädchenarbeit und Jungenarbeit, Boys’ Day und Girls’ Day. Übrigens gibt es den Boys’ Day schon, Frau Laufenberg.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Stimmt!)

Projekte wie „Startklar“, „Kompass“, „checkPraxis“ und viele mehr sind Maßnahmen und Programme, die von der Stadt unterstützt bzw. gefördert werden. Die Forderungen, die die FDP-Fraktion in ihrem Antrag aufstellt, sind also längst gelebte Praxis in Köln.

Durch die Bund-Länder-Initiative - darauf sind Sie gar nicht eingegangen; ich halte sie für sehr wichtig - „MEHR Männer in Kitas“ soll die Zielmarke der Europäischen Union von 20 Prozent Männern in Erziehungsberufen bis 2015 erreicht werden. Dieses zentrale Ziel wird von Personalverwaltung und Personalführung der Stadt Köln unterstützt und gefördert. So werden bei der Stadt Köln im Rahmen der Personalnachwuchsgewinnung männliche Berufspraktikanten sogar bevorzugt eingestellt. Man greift hier personalpolitisch schon aktiv ein. Das heißt, wir tun all das, was Sie als innovative Forderungen betrachten, bereits jetzt schon. 2004 wäre das noch innovativ gewesen, heute dagegen nicht.

Ein zentrales Problem unter all diesen Punkten ist noch zu lösen: Wenn wir mehr Männer und mehr Jungs fördern wollen, müssen wir ihnen schon im frühkindlichen Bereich - da geht es nämlich los - männliche Vorbilder an die Seite stellen. Männer als Erzieher in Kitas sind aber schwer zu gewinnen. Mit Männern meine ich Männer aller Couleur. Aufgrund der geringen Entlohnung wollen das die meisten nicht. Das ist die Schwierigkeit.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Besonders von der FDP!)

- Auch die von der FDP nicht. Sie haben recht, Herr Klipper. - Das bleibt nach wie vor ein großes Problem.

Dem Auftrag Ihres Antrags, liebe Frau Laufenberg, geeignete Projekte zu finden sowie bereits bestehende Projekte und Projekte im

Übergang von Schule zu Beruf zu fördern, kommen wir seit Jahren nach.

(Sylvia Laufenberg [FDP]: Dann können Sie ja zustimmen!)

Ich mache Ihnen aber einen konstruktiven Vorschlag, auch weil das für die praktische Umsetzung solcher Projekte wichtig ist. Sie von der FDP haben jetzt im Bund Mittelkürzungen für die Kompetenzzentren beschlossen. Ich will hier nur diesen einen Bereich herausgreifen, weil genau dieser auf die Förderung von Jungs beim Übergang von Schule zu Beruf abzielt. Dafür haben Sie Abermillionen gestrichen. Die Arbeit der Kompetenzzentren in Köln steht damit auf der Kippe. Das heißt, wenn Sie dafür sorgen könnten, dass diese Kürzungen zurückgenommen werden, wären wir schon einen großen Schritt weiter.

Ihr Antrag bringt uns dagegen nicht weiter. Aus diesen Gründen lehnen wir diesen Antrag ab. Vielleicht ist es möglich, unseren konstruktiven Vorschlag nach Berlin weiterzugeben. Damit wäre uns schon ein Stück weit geholfen. - Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Herr Dr. Schlieben.

**Dr. Nils Helge Schlieben** (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wie wir gerade schon gehört haben, hat unser Oberbürgermeister am 13. Mai 2011, also vor zwei Wochen, hier im Historischen Rathaus das „ForumFamilie 2011“ des Kölner Bündnisses für Familien eröffnet. Zu Recht hat sich unser Oberbürgermeister unter der Überschrift „Kölner Wege für Jungs“mit der Situation von Jungen und jungen Männern beschäftigt.

In seiner Eröffnungsrede erklärt unser Oberbürgermeister, dass das ForumFamilie insbesondere „Akteure aus Schulen, beruflicher Bildung, Jugendhilfe, jugendspezifischen Themen vernetzen“ möchte, also nicht etwa vernetzt hat, sondern vernetzen möchte. Zudem sollen die Akteure „bedarfsgerechte und ansprechende Angebote entwickeln für die berufliche und persönliche Entwicklung von Jungen“.

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Hört! Hört!)

Unser Oberbürgermeister sagt zu Recht:

> Zielgruppe des Projekts sind rund 26.000 Kölner Jungen und junge Männer im Alter von 13 bis 18 Jahren. Von diesen sind 4 000 ausländischer Herkunft.

Das entspricht einem Anteil von 15,2 Prozent.

Unser Oberbürgermeister hat zu Recht erkannt, dass sich in den letzten Jahrzehnten die Rollenbilder von Frauen und Männern und damit auch die von Mädchen und Jungen deutlich gewandelt haben. Der Oberbürgermeister zitiert wissenschaftliche Studien, deren Auffassungen auch ich teile, die belegen, dass von diesem Prozess hauptsächlich die Mädchen profitiert haben. Der Oberbürgermeister führt aus, dass uns „die Mädchen als Bildungsgewinnerinnen“ begegnen.

Ich zitiere Sie jetzt einmal direkt, Herr Oberbürgermeister:

> Gemäß einer Erhebung des Statistischen Bundesamtes für das Jahr 2008 schlossen 32,57 Prozent der Mädchen in Westdeutschland ihre Schullaufbahn mit der allgemeinen Hochschulreife ab. Im Vergleich dazu konnten dies nur 24,89 Prozent der jungen Männer erreichen.

Diese Zahlen stimmen den Oberbürgermeister, auch mich und sicherlich auch die FDP nachdenklich. Deshalb beendet der Oberbürgermeister zu Recht seine kurze Einführungsrede damit, dass es unser Ziel sein muss, „die pädagogischen Bedingungen in den Entwicklungsräumen Arbeitswelt, Schule, Freizeit und Partnerschaft“ so zu ändern, dass „Jungen und junge Männer Sozialkompetenzen erwerben können“.

Der Oberbürgermeister hofft zu Recht, dass man der Beantwortung dieser Frage heute und in Zukunft näherkommt und dass „konstruktive Gespräche, kreative Ideen und neue Impulse für die Jungenarbeit in Köln“ entstehen können.

Herr Oberbürgermeister, da stehen wir neben Ihnen und auch hinter Ihnen. Das gilt sicherlich auch für die FDP. So verstehe ich auch den Antrag der FDP, nämlich dass wir von der FDP und der CDU uns neben Ihre berechtigten Forderungen stellen und heute hier sagen: Wir wollen, dass das nicht nur der Oberbürgermeister dieser Stadt fordert. Wir wollen auch vonseiten des Rates erklären, dass

wir die Jungenarbeit ernst nehmen und dies durch einen Ratsbeschluss festlegen, wodurch wir dann auch die Aktionen und Reden des Oberbürgermeisters legitimieren. Denn das ist nach meinem Verständnis sicherlich auch die Aufgabe des Rates der Stadt Köln.

In den zwei Minuten Redezeit, die mir noch verbleiben, will ich nun nicht weiter auf die Aussagen des Oberbürgermeisters oder auf die Ausführungen der FDP eingehen, sondern noch an die Ergebnisse der uns allen bekannten Schulleistungsstudien PISA und IGLU erinnern. Denn diese Studien - Sie werden es nicht glauben - haben geschlechtsspezifische Leistungsunterschiede gezeigt.

Man hat erkannt: Lesen ist die klare Domäne der Mädchen. Das sieht man ja auch hier im Rat.

(Heiterkeit bei der CDU)

Der Lernfortschritt macht ein gutes Jahr aus, und das nicht nur in Deutschland, sondern leider in vielen europäischen Staaten. In Mathe schneiden die Jungen besser ab, aber ihr Vorsprung ist nicht mehr besonders stark ausgeprägt.

(Martin Börschel [SPD]: Sieht man auch im Rat!)

In den Naturwissenschaften ist das Bild relativ ausgeglichen. Nur auf dieses eine Beispiel bezogen heißt das: Wir brauchen eine gezielte Leseförderung für Jungen. Das ist nicht nur eine Aufgabe für Köln, sondern sicherlich auch für das Land.

Bei den Jungs hat man festgestellt: Spiel und Sport - lieber Henk - sind sicherlich die häufigsten Aktivitäten von Jungen. Gerade das wäre ein Ansatzpunkt für eine spezifische Jungenförderung, in die auch die geschlechtersensible Gestaltung des Sportunterrichts eingehen müsste.

Ich will noch einen letzten Punkt nennen, der belegt, dass das noch nicht erledigt ist, sondern die kreativen Impulse, die unser Oberbürgermeister fordert, auch hier in Köln weitergetrieben werden müssen, und zwar den Umgang mit neuen Medien. Untersuchungen zeigen, dass Mädchen eher nach dem kommunikativen, persönlichen und sozialen Nutzen der neuen Medien fragen, während Jugend ein stärker explorativ es Verhalten zeigen. Das heißt, sie wollen wissen, wie Geräte funktionieren und welche Möglichkeiten sie im praktischen Gebrauch bieten.

Diese drei Beispiele sollen zeigen, wie sinnvoll die Auftaktveranstaltung von unserem Oberbürgermeister war und wie sinnvoll der Antrag der FDP war und ist, weil er zeigt, dass wir in Köln - das soll gar kein Vorwurf, sondern nur eine Feststellung sein - natürlich noch nicht am Ziel sind, was die geschlechtersensible Erziehung und geschlechtersensible Förderung betrifft. Daher, meine Damen und Herren von SPD und Grünen, stellen Sie sich mit uns neben unseren Oberbürgermeister und stimmen Sie zu. - Danke.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Danke, Herr Dr. Schlieben. Ich kann Ihnen zustimmen, dass dies eine wichtige Veranstaltung war. Wenn ich mich recht entsinne, habe ich Sie persönlich dort aber nicht wahrgenommen. Sie haben eben aus meinem Redemanuskript zitiert; dazu stehe ich auch. Wenn Sie da gewesen wäre, hätten Sie allerdings gemerkt, dass ich frei gesprochen und den einen oder anderen Akzent ein bisschen anders gesetzt habe.

(Dr. Nils Helge Schlieben [CDU]: Richtig! Dort steht: Es gilt das gesprochene Wort! Sie können Ihre Rede im Internet runterladen!)

Dann kommen wir zu Frau Jahn.

**Kirsten Jahn** (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, wir sind uns hier einig, dass Mädchen und Jungen, Frauen und Männer nicht gleich sind und dass es eine geschlechterneutrale Wirklichkeit nicht gibt. Alle haben unterschiedliche Bedürfnisse. Deshalb ist das Ziel, das wir Grüne verfolgen, nämlich alle mit gleichen Chancen an Bildung und Teilhabe zu versehen, auch nur dann zu erreichen, wenn es uns gelingt, diese Unterschiede zu erkennen und zum Ausgangspunkt unseres politischen Handelns zu machen.

Der hier heute vorgelegte Antrag der FDP-Fraktion fordert die Geschlechterdifferenzierung. Das ist grundsätzlich löblich. Allerdings muss auch hier genau hingeschaut werden, was gefordert wird und an welchen Adressaten diese Forderung geht. Auch muss die Frage gestellt werden: Sind die Forderungen zielführend? Da die Grünen hier große Unklarheiten sehen und uns hier leider meist ziellose statt zielführender

Forderungen vorgelegt wurden, werden wir - das kann ich schon vorwegnehmen - dem Antrag heute nicht zustimmen.

Liebe FDP-Fraktion, in Ihrem Antrag fordern Sie relativ wild und auch relativ willkürlich alles Mögliche. Wir Grüne vermissen hier Klarheit und Eindeutigkeit, wohin Sie eigentlich wollen.

(Ulrich Breite [FDP]: Jungs fördern!)

Zudem baut Ihr Antrag nicht auf den in der Stadt bereits vorhandenen Strukturen und Methoden auf. Sie tun gerade so, als würden wir hier bei null anfangen müssen. Wir haben in Köln schon vor Jahren ein Fachforum Jungenarbeit im Jugendamt eingerichtet. Ein Erfolg dieses Fachforums ist zum Beispiel, dass das Thema Mädchen- und Jungenarbeit heute ein Bestandteil im Wirksamkeitsdialog - das ist eine Art von Controllinginstrument der Jugendhilfe - ist und auch regelmäßig bei den Trägern abgefragt wird. Zwar muss wahrlich auch einmal eruiert werden, ob die Abfrage selbst und die Form der Abfrage heute noch zielführend ist, aber das kann ich Ihrem Antrag nicht entnehmen, weil Sie darauf überhaupt nicht Bezug nehmen.

Auch fordern Sie nicht, dass dieses Fachforum seine Arbeit fortsetzen soll oder dass etwa ein Mitarbeiter der Stadt sich ausschließlich um dieses Fachforum Jungenarbeit kümmert. Auch davon steht nichts in Ihrem Antrag.

Vor einigen Jahren wurde von ebendiesem Fachforum eine Bedarfsanalyse zur Jungenarbeit erarbeitet und im Jugendhilfeausschuss diskutiert. Auch hierauf nehmen Sie nicht Bezug.

Der von Ihnen beschriebene Wunsch, mehr Männer für pädagogische Berufe zu gewinnen, ist ja berechtigt. Denn Jungs und Mädchen brauchen durchaus auch männliche Bezugspersonen, ganz klar, vor allem vor dem Hintergrund, dass immer mehr Kinder ohne diese männlichen Bezugspersonen in den Familien aufwachsen.

(Ulrich Breite [FDP]: Das haben wir gesagt!)

- Hören Sie mir doch bitte zu. Ich mache weiter, okay? - Leider sind Männer an den Grundschulen und Kitas immer noch selten, und dies bestimmt nicht nur allein wegen der geringen finanziellen Anreize, sondern auch wegen der gesellschaftlicher Stereotypien und Vorurteile. Deswegen halten wir das Projekt, das vom Bund im Frühjahr 2011 initiiert worden ist, worauf Sie auch Bezug nehmen, „MEHR Männer in Kitas“, für durchaus richtig und wichtig. Allerdings ist es ein Bund-Länder-Projekt. Es wird dafür sehr viel Geld in die Öffentlichkeitsarbeit investiert, selbstverständlich vor allem an den Schulen und Universitäten. Deswegen ist Ihre Forderung, dies nun auch noch vonseiten der Kommunen zu machen, obsolet.

Abschließend möchte ich noch einen Punkt aufgreifen, nämlich die Forderung, dass die Kölner Unternehmen flexiblere Arbeitszeitmodelle anbieten sollen. Es ist doch so: Im Lebensentwurf - hierbei meine ich sowohl den von Männern als auch den von Frauen - hat sich immer mehr die Vereinbarkeit von Familie und Beruf durchgesetzt.

(Zurufe von der FDP)

- Das steht aber so in Ihrem Antrag. - Deswegen fordern immer mehr Frauen und Männer flexiblere Arbeitszeitmodelle. Flexiblere Arbeitszeitmodelle sind aber nur ein Teil einer umfangreichen Unternehmensstrukturreform, die die Überschrift „Familienfreundlichkeit“ tragen muss. Allein flexiblere Arbeitszeitmodelle anzubieten, reicht da nicht aus. Ich weiß, dass zahlreiche Kölner Unternehmen auch ohne die Aufforderung der FDP glücklicherweise mittlerweile darauf gekommen sind, dass Familienvereinbarkeit und somit auch flexiblere Arbeitszeitmodelle wichtig sind. Deshalb sind viele Unternehmen Mitglied im lokalen Bündnis für Familie, einem Netzwerk, das schwerpunktmäßig Unternehmen auf dem Weg in die Familienvereinbarkeit unterstützt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Weg zu mehr Geschlechtergerechtigkeit und auch das Ziel, Angebote an den unterschiedlichen Bedürfnissen von Mädchen und Frauen sowie Jungs und Männern auszurichten, dieser Weg muss gegangen werden. Aber dieser Antrag führt leider nicht zum Ziel.

Zum Schluss noch etwas zum Boys’ Day und Girls’ Day. In Köln gab es mehrere Jahre lang einen Boys’ Day. Dieser Boys’ Day ist leider nicht angenommen worden. Dieser Boys’ Day ist nämlich genau nach dem Vorbild des Girls’ Day gemacht worden. Wenn wir hier wieder einen Boys’ Day einführen, wie Sie in Ihrem Antrag fordern, sollte dieser nach einem Konzept laufen, das die Jungs auch wirklich anspricht, statt einfach das Konzept des Girls’ Day platt abzuschreiben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Danke schön, Frau Jahn. - Bitte schön, Frau Manderla.

**Gisela Manderla** (CDU): Herr Oberbürgermeister! Ich habe eine Frage an Frau Jahn: In diesem Antrag wird ja auch gefordert, die 20-Prozent-Zielmarke für Männer als Erzieher zu erreichen. Sind Sie dagegen oder könnten Sie damit leben? Wenn ja, könnten Sie ja einen Ersetzungsantrag einbringen.

**Kirsten Jahn** (Bündnis 90/Die Grünen): Ich habe doch gar nicht gesagt, dass ich gegen Erzieher in Kitas und Grundschulen bin, überhaupt nicht. Das ist eine Bundesinitiative, die vom Bund gestartet worden ist. Die unterstützen wir. Wir finden sie wichtig und richtig. Aber hier auf kommunaler Ebene noch ein Parallelprogramm laufen zu lassen, das tut, glaube ich, nicht not. Das ist auch gar nicht nötig. Deswegen sagen wir: Bleiben wir bei der Bundesinitiative; denn die ist gut.

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Wenn es keine weiteren Wortmeldungen gibt, kommen wir jetzt zur Abstimmung über diesen Antrag der FDP-Fraktion. Wer für diesen Antrag ist, bitte ich um das Handzeichen. - Die FDP, die CDU, Herr Hoffmann und die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 3.1.4 auf:

**3.1.4 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend "Nutzungskonzept / Nutzungsverordnung für den Brüsseler Platz" AN/0855/2011**

Dazu zunächst Herr Stadtdirektor Kahlen.

**Stadtdirektor Guido Kahlen:** Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Bezirksvertretung Innenstadt und der Ausschuss Allgemeine Verwaltung haben ein umfangreiches Maßnahmenpaket jetzt im Frühjahr beschlossen, um die Situation am Brüsseler Platz zu verbessern. Das Maßnahmenprogramm beinhaltet im Ergebnis 18 Empfehlungen, und zwar zur Lösung und Minderung der Lärm- und Müllproblematik am Brüsseler Platz. Der AVR hat sich somit für das vom Moderator empfohlene Vorgehen entschieden und damit auf limitierende und ordnungsrechtliche Eingriffe verzichtet. Dieses war eine ausführliche Erörterung auch in dem Abschlussbericht von Herrn Dr. Wiener vom Dezember 2010. Die Empfehlungen sind zum großen Teil umgesetzt. Die Bezirksvertretung Innenstadt und der AVR werden zur nächsten Sitzung einen entsprechenden Sachstand über die Umsetzung bekommen. Vor dem Hintergrund ist eine öffentlich-rechtliche Nutzungsvereinbarung oder auch -verordnung aus unserer Sicht nicht notwendig. - Danke.

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Wir kommen zum Antragsteller. Herr Uckermann.

**Jörg Uckermann** (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Lieber Stadtdirektor Kahlen! Unser Antrag scheint ja heute der einzige mit Substanz für die Kommunalpolitik zu sein, sodass sich die Verwaltung hier jetzt einschaltet. Ich bin Ihnen sehr dankbar, dass Sie sich zu unserem Antrag geäußert haben. All das, was wir bisher gehört haben, war ja auch so belanglos, dass sich die Verwaltung dazu nicht äußern konnte.

(Beifall bei pro Köln)

Nichtsdestotrotz: Lieber Herr Kahlen, laut Ihrer Aktenlage scheint die Welt in Ordnung zu sein; Sie haben die Beschlüsse gefasst. Das ist wie hier im Rat: Wir treffen auch immer wieder Beschlüsse wie „Köln soll schöner werden“, „Köln soll besser werden“, und nichts tut sich. Sie müssen einfach unterscheiden zwischen Ihrer Parallelwelt, den Akten, und den tatsächlichen Verhältnissen auf dem Brüsseler Platz.

(Beifall bei pro Köln)

Wir haben diesen Antrag nicht gestellt, weil uns langweilig ist, sondern weil die Zustände dort unhaltbar sind. Selbstverständlich haben wir auch mit den Anwohnern kommuniziert. Sie haben uns berichtet, dass es nachts einfach unmöglich ist, zur Ruhe zu kommen. Statt auf Beschwerden zu warten, muss doch die Stadt von sich aus tätig werden. Ihr untersteht die Ordnungsbehörde. Es gilt in der Kommune das Gesetz der gegenseitigen Rücksichtnahme, und diese wird dort elementar verletzt.

Wie kann es zum Beispiel sein, dass sich niemand darum kümmert, wenn dort jemand

abends um 22 Uhr in einem Körbchen 20 Bierflaschen transportiert und hinfällt, was natürlich einen Heidenlärm macht? Wo ist dann Ihr Ordnungsamt, Herr Kahlen? Ihnen als Dezernatsleiter untersteht doch das Ordnungsamt. Nichts tun Sie!

Auf dem Böll-Platz zum Beispiel geben wir einen Heidengeld aus. Wenn jemand auch nur ein Füßchen auf den Böll-Platz setzt, kommt gleich ein städtischer Mitarbeiter oder eine von Ihnen eingesetzte Person und scheucht ihn vom Platz. Warum ist das auf dem Brüsseler Platz in den späten Abendstunden nicht möglich?

Wir wollen nicht den Menschen das Feiern verbieten. Wir sind sehr wohl der Meinung, dass Köln eine lebensfrohe Stadt ist. Wir freuen uns, dass sich die Menschen wohlfühlen und dass sie sich gerne im Freien aufhalten. Aber das muss doch mit dem Wohnumfeld in Einklang gebracht werden. Da muss es doch ein Maß und eine Mitte geben. Langsam gibt es ein Ende der Geduld.

(Beifall bei pro Köln)

Herr Kahlen, ich sage Ihnen ganz ehrlich: Moderator hin, Moderator her. Mit wem moderiert dieser Moderator eigentlich: mit Ihnen und den Akten oder mit der Lebenswirklichkeit? Die Lebenswirklichkeit sieht anders aus. Das hat nichts gebracht. Hier muss es eine Nutzungsverordnung geben. Hier muss im Stadtrecht festgelegt werden, dass dort spätestens ab 23 Uhr Ruhe ist. Das ist doch nicht zu viel verlangt. Wie kann es eigentlich sein, dass dort ein Supermarkt mittlerweile bis 24 Uhr geöffnet hat und den Leuten Bierflaschen verkauft, die später leer oder zerbrochen einfach liegen gelassen werden? Sie haben doch damals auch das Flaschenverbot im Karneval durchgesetzt. Okay, wir brauchen auch ein Flaschenverbot für die Kölner Politik; das wäre auch wichtig.

(Beifall bei pro Köln)

Sie können sehr wohl etwas tun. Sie können sich hier nicht in der Stadtratssitzung hinstellen und sagen: Laut Ihrer Akten habe man auf Empfehlung eines Moderators etwas beschlossen, und jetzt sei alles in Ordnung. Ich weiß, was der Moderator empfohlen hat, nämlich: Es müsse mehr Licht auf den Platz, dann würden die Leute schon weggehen, oder: man müsse einen lauten Kehrwagen fahren lassen, dann würden die Leute weichen. Das bringt alles nichts. Sie müssen in angemessener Weise durchgreifen. Auf dem Böll-Platz haben Sie es doch auch geschafft. Warum hier nicht? Das ist doch grotesk.

Die Bürgerbewegung pro Köln hat in ihrem Antrag vier Forderungen aufgestellt.

Als Erstes fordern wir die Verwaltung auf, eine öffentlich-rechtliche Nutzungsverordnung festzulegen. Es hat auch den Vorschlag gegeben, den Platz so zu widmen, dass ein generelles Platzverbot durchgeführt wird. Es ist Sache von Experten, zu entscheiden, ob man diesen Weg gehen sollte. Aber Sie können das; denn Sie haben alle Mittel in der Hand. Sie können heute einen Ratsbeschluss dafür bekommen, dass künftig die Zustände dort wieder ein vernünftiges Maß annehmen.

Wir fordern als Zweites selbstverständlich - es ist schon lange genug abgewartet worden -, dass der Oberbürgermeister diese vom Rat beschlossene Verordnung durch eine Dringlichkeitsentscheidung dann auch umsetzt. Jetzt ist die Zeit, wo es abends länger hell bleibt, wo es wärmer ist und die Leute länger draußen sind. Es ist unhaltbar dort. Ich weiß nicht, wie oft Sie schon dieses Jahr vor Ort waren. Das hätte ich gerne gewusst. Darauf können Sie ja gleich noch antworten.

Wie gesagt: Auf dem Böll-Platz leistet man sich das. Aber am Brüsseler Platz wohnen auch Menschen, Steuerzahler. Das muss auch auf diesem Platz durchgesetzt werden. Ich bin mir sicher, das hätte nach kurzer Zeit einen gewissen Effekt auf die Szene, die sich dort gebildet hat. Sie würde nämlich woanders hinziehen. Das heißt nicht, dass wir ein Sankt-Florians-Prinzip wollen. Aber es gibt sicherlich noch Grünflächen, wo sich diese Leute aufhalten können. Im Bereich der Uni, mit den AStA-Leuten, kann man ja auch feiern. Das wird doch wohl möglich sein.

Des Weiteren fordern wir selbstverständlich auch, dass hier zügig gehandelt wird. Herr Stadtdirektor, die Menschen können nicht mehr. Tun Sie endlich etwas! - Danke.

(Beifall bei pro Köln - Beifall auf der Zuschauertribüne)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Wir kommen zur Abstimmung über diesen Antrag. Wer für den Antrag der Fraktion pro Köln ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion

pro Köln. Wer enthält sich? - Niemand. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 3.1.5:

**3.1.5 Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Förderung der Medienkompetenz an Kölner Schulen"**
**AN/0993/2011**

**Änderungs- bzw. Zusatzantrag der Fraktion pro Köln**
**AN/1086/2011**

**Änderungs- bzw. Zusatzantrag der CDU-Fraktion**
**AN/1103/2011**

Herr Philippi, bitte.

**Franz Philippi** (SPD): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der vorliegende Antrag von SPD und Grünen zur Förderung der Medienkompetenz an Kölner Schulen ist die notwendige und logische Konsequenz aus unserer bereits im vorigen Jahr beschlossenen Antragsinitiative zur Internetstadt Köln. Unser Anliegen gliedert sich in zwei Kernelemente.

Wir benötigen zunächst eine Istanalyse der vorhandenen IT-Ausstattung an unseren Kölner Schulen, und zwar über alle Schulformen hinweg. Diese Bestandsaufnahme soll Grundlage für ein Handlungskonzept bilden, das sich dann zum einen an den methodisch-didaktischen Erfordernissen und Überlegungen orientiert und zum anderen selbstverständlich die Verbesserung des IT-Services zum Ziel hat.

Meine Damen und Herren, wir brauchen zukunftsorientierte und einheitliche Standards für die Hard- und Softwareausstattung in unseren Schulen. Diese soll nicht von oben herab, sondern gemeinsam mit den Kompetenzteams vor Ort in den einzelnen Schulen erarbeitet und entwickelt werden. Wer tiefer in die Problematik der EDV-Ausstattung einsteigt, sei es in Schulen oder in einem Industriebetrieb, wird sehr schnell erkennen, dass fehlende einheitliche Standards für die Abläufe in der Informatik meistens tödlich sind.

Wir brauchen eine effiziente Verwaltungs- und Servicestruktur, die sich an den mit dem Land vereinbarten Leitlinien über den sogenannten First and Second Level Support an den Schulen orientiert.

Wir brauchen die Unterstützung für ein modernes, weborientiertes Lernen und Lehren unter Bereitstellung von zentral betriebenen Lernplattformen und Portalangeboten.

Meine Damen und Herren, wir befinden uns im Hinblick auf die Informatik zweifellos einmal wieder in einer Umbruchsituation. Gerade an den Schulen wird sehr schnell erkennbar, dass immer mehr Schülerinnen und Schüler im Sekundarstufe-II-Bereich mit ihren Smartphones, Tablets oder Netbooks zur Schule kommen. Darauf müssen wir als Schulträger reagieren und eine vernünftige Antwort finden.

Dies muss auch zwingend zu der Überlegung führen, inwieweit die Vergabepraxis bezüglich der EDV-Ausstattung veränderungs- und verbesserungswürdig ist. Es kann nicht sein, dass durch die Regularien der Angebotserstellung der Beschaffung so viel Zeit verloren geht, dass Geräte und Programme zum Zeitpunkt der Inbetriebnahme und Einstellung im Prinzip schon wieder veraltet sind.

Noch ein Satz zum Antrag zum Ergänzungs- und Änderungsantrag der CDU: Zwar sehen wir es so, dass Punkt 7 unseres Antrags natürlich auch die Integration der Interessen der Erziehungsberechtigten bzw. der Eltern miteinschließt. Es verschlägt aber überhaupt nichts, das noch einmal dezidiert in den Antrag reinzuschreiben. Deshalb sind wir mit der CDU-Fraktion übereingekommen, die vier Zeilen des zweiten Absatzes im Beschlusstext der CDU zu übernehmen, also: „Für die Eltern bzw. Erziehungsberechtigten ...“ bis auf die Formulierung in der zweiten Zeile: „... auf schulischen Informationsveranstaltungen ...“, die gestrichen wird. Der Nebensatz lautet dann wie folgt: „... dass diese regelmäßig über die aktuellen Anforderungen an ihre Kinder in der Mediengesellschaft informiert werden, ...“

Meine Damen und Herren, ich denke, wir müssen nicht weiter über die Bedeutung der Medienkompetenz in den Kölner Schulen diskutieren und streiten. Wir wollen mit dem heute beantragten Handlungskonzept die Kölner Schülerinnen und Schüler zukunftsfähig machen, und zwar unabhängig von den persönlichen und beruflichen Perspektiven der jungen Menschen hier in unserer Stadt. Deshalb bitten wir ganz herzlich um Zustimmung zu unserem Antrag in der jetzt geänderten bzw. ergänzten Fassung. - Danke schön für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Vielen Dank, Herr Philippi. - Wir kommen dann zu Herrn Thelen.

**Horst Thelen** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Der vorliegende Antrag von Rot-Grün hat grundsätzlich zwei Zielrichtungen: Das geforderte Konzept soll erstens den Service und die Kommunikation zwischen der Schulverwaltung und den Schulen bezüglich der äußeren Schulangelegenheiten grundlegend verbessern, und es soll zweitens die Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass die Medienkompetenz der Schüler und Schülerinnen bestmöglich gefördert wird.

Dazu ist es notwendig, zukunftsorientierte einheitliche Standards, wie Franz Philippi schon ausgeführt hat, für alle Aspekte der Ausstattung zu schaffen. Jeder, der mit dem Bereich Schule zu tun, weiß, dass der momentane Zustand in einem erheblichen Ausmaß von Wildwuchs individueller Lösungen geprägt ist. Das soll aber nun kein Vorwurf sein. Die einzelnen Schulen sind verständlicherweise bei dem rasanten Entwicklungstempo im IT-Bereich zur Selbsthilfe geschritten und haben die verschiedensten Modelle entwickelt, selbstverständlich auch mithilfe der Verwaltung, von NetCologne und weiterer Institutionen.

Ich denke, es ist jetzt an der Zeit, einen entscheidenden Schritt im Blick auf die angesprochenen Verbesserungen sowohl auf der Verwaltungsseite wie auch auf der pädagogischen Seite zu tun. Auf der Verwaltungsseite kann das Konzept an das erfolgversprechende Projekt „TIPS“ anknüpfen. - Wenn später noch Zeit ist, werde ich Ihnen verraten, was sich hinter der Abkürzung „TIPS“ verbirgt.

Letztlich entscheidend für die Qualität des Konzepts ist jedoch, ob es der Verbesserung der Lernvoraussetzungen dient. Medien in jeglicher Form sind nur Mittel und Mittler, aber nicht Zwecke. Der Zweck sind die Kompetenz und die Wissenserweiterung der Schüler und Schülerinnen und damit eng zusammenhängend natürlich auch der Lehrer und Lehrerinnen sowie der Verwaltungsangestellten in den Schulen. Mit dieser Zwecksetzung ist hauptsächlich das Gebiet der pädagogischen Arbeit angesprochen. Dieser Bereich fällt nicht originär in den Kompetenzbereich der Stadt; aber es ist ihre Pflicht, dafür die besten Rahmenbedingungen zu schaffen.

Diese Unterstützung kann und muss der Schulträger auf zweifache Weise leisten: Erstens muss er die materielle Unterstützung durch eine nachhaltige Ausstattung mit Hard- und Software und entsprechende Plattformen und einen kompetenten und flexiblen Service sicherstellen. Zweitens kann die Stadt auch hilfreich sein in der Fortbildung vor allem der Lehrer und Lehrerinnen, was die Nutzung der IT-Medien angeht.

Bei Letzterem geht es auch um die Zusammenarbeit mit der Bezirksregierung und dem Land, vor allem aber auch mit den einzelnen Lehrern und Lehrerinnen bzw. Schulen. Fortbildung, die bei den Kompetenzen der Genannten anknüpft, ist ein erfolgversprechender Weg. Der in Köln bewährte Weg ist das Instrument der Fachtagung. Solche Tagungen ermöglichen die Zusammenfügung des vorhandenen Wissens und der entsprechenden Kompetenzen. Durch die Teilnahme der Betroffenen bzw. der Multiplikatoren ergibt sich eine realistische Chance im Blick auf den entscheidenden Knackpunkt für alle Reformen, nämlich die Umsetzung.

Rot und Grün sind sich bewusst, dass wir mit der Forderung nach Erstellung eines solchen Konzepts der Verwaltung eine komplexe und umfangreiche Aufgabe übertragen. Wir halten dies jedoch aus den genannten Gründen für einen notwendigen Schritt zur Verbesserung der Bildungschancen unserer Schüler und Schülerinnen. Selbstverständlich ergänzen wir unseren Antrag um den Vorschlag der CDU, der die Einbeziehung von Eltern und Erziehungsberechtigten vorsieht.

Jetzt noch die versprochene Erklärung von „TIPS“: Technikgestützte Informationsplattform Schule. - Danke schön.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Vielen Dank, Herr Thelen. - Wir kommen dann zu Frau Manderla.

**Gisela Manderla** (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kollegen und Kolleginnen! Als ich mich eben umgeschaut

habe, habe ich gemerkt, dass dieses Thema nur einige Ratsmitglieder interessiert. Das ist auch richtig so. Denn dieser Antrag gehört eigentlich in den Schulausschuss. Sie verweisen auch die Informationen in den Schulausschuss. Sie machen hier das, was Sie heute schon den ganzen Tag in der Ratssitzung machen: Sie lehnen grundsätzlich vernünftige Vorschläge Ihrer Oppositionspartei ab, und Sie stellen sehr, sehr populistische Anträge. Ich fordere Sie auf, jetzt endlich zu vernünftiger politischer Sacharbeit zurückzukehren.

(Beifall bei der CDU)

Der vorliegende Antrag beinhaltet viele Elemente, die längst bearbeitet werden und mit denen wir uns schon seit langem befassen. Das Thema „Moderne Medien an den Schulen“ begleitet uns schon seit Jahren und wird, wie Sie zu Recht sagen, oft sehr unbefriedigend behandelt. Wenn man mit Vertretern von Schulen spricht, erfährt man von den Problemen, die sie haben. Ihre Forderung, die Medienkompetenz der Kölner Schüler und Schülerinnen nachhaltig und bestmöglich zu fördern, ist richtig. Das wollen wir selbstverständlich auch.

Bevor ich auf unseren Ergänzungsantrag eingehe, lassen Sie mich noch zwei Bemerkungen machen.

Ihre Forderung nach zukunftsorientierten einheitlichen Standards ist richtig. Sie sollten aber auch die Haushaltsstelle nennen, mit der Sie das finanzieren wollen:

Noch wichtiger ist allerdings, dass das Konzept, das Sie erarbeiten wollen, flexibel sein muss. Herr Thelen hat eben von einem Wildwuchs verschiedener Lösungsmöglichkeiten gesprochen. Aber gerade die Vielfalt ist wichtig. Ebenso wichtig ist, dass ein solches Konzept möglichst schnell verändert werden kann. Den Schulen nützt es überhaupt nichts, wenn ihnen aufgrund der langwierigen Vergabepraxis nach ein oder zwei Jahren ein System genehmigt wird, das vollkommen veraltet ist. Ich nenne ein Beispiel: CAS, Verkabelung von Klassenzimmern. Das macht heute kein Mensch mehr. Das geht inzwischen alles wireless.

Nun zu unserem Ergänzungsantrag. Uns ist es ganz wichtig, dass die Eltern und Erziehungsberechtigten mit in die Medienkompetenz einbezogen werden. Ich will Ihnen hierfür ein Beispiel nennen: Es gibt im Internet unter *Youtube* Videoclip. Es klingelt an der Haustür und eine Mutter öffnet. Nacheinander wird sie von mehreren Personen gefragt, ob Klaus, ihr Sohn, da sei. Sie lässt all diese Personen widerspruchslos einfach ins Haus. Erst kommen kahlköpfige Schlägertypen mit scharfen Hunden, dann Prostitutierte, dann kommt ein Typ wie Darth Vader, der wild durch die Gegend schießt, und schließlich kommt ein sogenannter Kinderschänder und nimmt ohne nennenswerten Widerstand ihre kleine Tochter Anna mit. Danach sagt der Kommentator - ich zitiere -: „Im wirklichen Leben, liebe Eltern, würden Sie Ihre Kinder schützen. Dann machen Sie es doch auch im Internet.“

Und damit unsere Eltern ihre Kinder schützen können, haben wir ihre Einbeziehung in unserem Ergänzungsantrag explizit formuliert. Ich freue mich, dass Sie bereit sind, das mitzutragen. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Dann kommen wir zu Frau Gebauer.

**Yvonne Gebauer** (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vorab möchte ich sagen, dass wir als FDP-Fraktion kein Problem damit haben, Gutes von anderen demokratischen Fraktionen anzuerkennen.

(Beifall bei der FDP)

Im Gegensatz zu den antragstellenden Fraktionen von SPD und Grünen sind wir nicht davon getrieben, Gutes durch vermeintlich Besseres in Form von Ersetzungsanträgen zu torpedieren.

(Beifall bei der FDP)

Das heißt im Klartext: Wir werden hier heute diesem Antrag von Rot-Grün mit den Ergänzungen der CDU-Fraktion in dieser Form zustimmen. Ich hoffe, dass das ein Signal an die anderen Fraktionen ist, dies in Zukunft anders zu handhaben.

(Beifall bei der FDP)

Wir sehen in diesem Antrag einen ersten Schritt. Er ist richtig, und er ist wichtig. Wir müssen eine Bestandsaufnahme tätigen. Das ist der erste Schritt für die Kölner Schulen ins Kölner Medienzeitalter. Diesem Schritt müssen natürlich weitere Schritte aber auch Taten folgen, das

heißt, die entsprechende Ausstattung muss den Schulen dann tatsächlich auch zur Verfügung gestellt werden.

Es obliegt dann wieder den einzelnen Fraktionen, in welcher Form sie das handhaben möchten. In diesem Zusammenhang ist es wichtig, auch einmal über den Tellerrand Kölns hinauszuschauen, und zwar gar nicht so weit: nämlich nach Leverkusen. Dort sind die Schulen vorbildlich ausgestattet; sie werden natürlich auch von einem großen Träger unterstützt. Gleichwohl denke ich, dass auch wir entsprechend tätig werden können.

Im Zusammenhang mit der Bestandsaufnahme möchte ich gerne noch einen Hinweis an die Verwaltung geben. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung hat im Jahr 2005 - das ist die letzte Information, die ich im Internet gefunden habe - eine Studie in Auftrag gegeben, die eine Bestandsaufnahme der IT-Ausstattung an deutschen Grundschulen, an weiterführenden Schulen, aber auch an berufsbildenden Schulen vorgenommen hat.

Diese Studie wurde in Zusammenarbeit mit dem in Köln ansässigen büro für kommunikation erstellt. Ich denke, es muss hier nicht wieder das Rad neu erfunden werden. Vielleicht kann man sich mit diesem Büro - man kann das auf der Internetseite auch nachlesen - in Verbindung setzen, um die schon vorhandenen Strukturen für die Fragestellungen dieses Auftrags, den wir an die Verwaltung geben, zu nutzen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Vielen Dank, Frau Gebauer. - Wir kommen jetzt zu Herrn Wiener.

**Markus Wiener** (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich möchte mich meiner Vorrednerin anschließen. Die Fraktion pro Köln hat natürlich auch kein Problem damit, gute Anträge anderer demokratischer Fraktionen zu unterstützen.

(Beifall bei pro Köln)

Wir helfen sogar gerne aktiv mit, diesen Antrag noch besser zu machen.

Rot-Grün fordert in ihrem umfangreichen Antrag die Verwaltung auf, die Medienkompetenz der Kölner Schülerinnen und Schüler zu verbessern. In der Tat ist dies ein wichtiges Thema in Zeiten von Internet, Youtube, Facebook und anderer sozialer Netzwerke. All diese Dinge haben schon ganz real in die Kinderzimmer Einzug gehalten. In dem umfangreichen Papier von Rot-Grün zu den verschiedensten Facetten dieses Themas findet sich aber leider kein einziges Wort zum Problem des sogenannten Cyber-Mobbings, einer modernen Form des Mobbens und des Terrorisierens von Jugendlichen - und übrigens auch von Lehrern - mittels Internet und vor allem sozialer Netzwerke im Internet.

Deshalb hat pro Köln einen Ergänzungsantrag gestellt, mit dem der an sich schon gute Antrag weiter optimiert werden könnte, wenn sich denn eine Mehrheit für unseren Ergänzungsantrag finden würde.

Cyber-Mobbing ist keinesfalls ein Problem, das sich auf das Privatleben beschränkt. Immer häufiger wird auch die Schule zum Schauplatz von Cyber-Mobbing. Sowohl Lehrer als auch Schüler werden öffentlich an den Pranger gestellt. Die Opfer von Cyber-Mobbing empfinden zunächst hauptsächlich Wut und Verunsicherung, in einigen Fällen auch Angst. Das geht so weit, dass es deswegen schon Selbstmorde gegeben hat. Häufig ist zunächst nicht klar, wer der Angreifer aus dem Hinterhalt eigentlich ist. Stellt sich heraus, wer hinter der Schikane steckt, so hat das meist keine gravierenden Folgen für die Täter.

Was also tun gegen Cyber-Mobbing? Jugendliche wissen häufig nicht, welchen Schaden sie mit einem veröffentlichten Bild oder Videomontagen im Internet anrichten können oder welche Empfindungen verletzende oder bedrohliche Nachrichten bei Betroffenen auslösen können. Für sie ist das oft nur ein Spaß, um sich an Lehrern oder an Mitschülern, beispielsweise wegen einer schlechten Note oder wegen eines Streits, rächen zu können. Es ist sinnvoll, den Schülern von vornherein zu vermitteln, welche Folgen ihr Handeln haben kann und dass Cyber-Mobbing ganz und gar nicht angesagt ist.

Hierbei sind präventive Maßnahmen gefragt, mit denen sich die ganze Schule auseinandersetzen sollte. Dabei muss allen Lehrern und der Schulleitung klar werden, dass exzessive Mediennutzung heute selbstverständlich zum Lebensalltag der Jugendlichen gehört. Darum sollten sich auch Lehrer mit dem bei Jugendlichen so beliebten Medium Internet und seinen Anwendungsmöglichkeiten

auseinandersetzen, sich über Trends informieren lassen und möglichst up to date bleiben.

Hierfür hat die Schulverwaltung die notwendigen Rahmenbedingungen und Akzente zu setzen. Dafür sollte im Rahmen dieses Ergänzungsantrags die politische Grundlage geschaffen werden. Zum Wohl unserer Kinder bitte ich Sie deshalb um Zustimmung zu unserem Antrag, auch wenn ich die leise Vermutung hege, dass diese Worte hier nicht auf fruchtbaren Boden fallen wird und Ihnen das Wohl unserer Kinder anscheinend nicht am Herzen liegt. Trotzdem vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei pro Köln)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Wir kommen zu Frau Senol.

**Sengül Senol** (Die Linke.Köln): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Wir begrüßen den Antrag, den SPD und Grüne hier vorgelegt haben. Eine Erhebung der Ausstattung der Kölner Schulen mit IT-Technik ist sinnvoll. Sie wird Defizite aufdecken und Planungen ermöglichen.

Es ist kein Geheimnis: Ein Umgang mit elektronischen Medien gehört inzwischen zu den zentralen Kompetenzen im Berufsleben. Aber auch im privaten Bereich spielen die Möglichkeiten, die diese Medien bieten, inzwischen eine große Rolle.

Die Beschaffung von Informationen über das Internet, die Bewertung ihrer Verlässlichkeit sowie individuelles und kooperatives Arbeiten am PC sind Fähigkeiten, die Kinder und Jugendliche erwerben müssen. Wichtig ist aber auch, zu lernen, über elektronische Medien zu kommunizieren. Damit meine ich nicht den technischen Aspekt, sondern neue soziale Kompetenzen. Wer sich in sozialen Netzwerken bewegt, der muss lernen, mit seinen eigenen Daten sensibel umzugehen.

Ein Handlungskonzept der Verwaltung kann dazu beitragen, dass in den Schulen solche Kompetenzen erworben werden können. Insoweit unterstützen wir den vorliegenden Antrag. Bemängeln müssen wir allerdings zwei Punkte:

Erstens. Aus Ihrem Antrag spricht eine gewisse Verwirrung. Sie sprechen von Medienkompetenz. Es geht in Ihrem Antrag allerdings nicht um alle Medien, sondern um neue elektronische Medien. Neue Medien ersetzen aber nicht die herkömmlichen Medien wie Zeitungen, Bücher usw., sondern sie ergänzen sie. Medienkompetenz bedeutet, alte und neue Medien einschätzen und nutzen zu können.

Zweitens. Die Stadtbibliothek sollte bei einem Konzept zur Förderung der Medienkompetenz unbedingt einbezogen werden. Es ist schon sonderbar, dass die Stadtbibliothek im vorliegenden Antrag nicht erwähnt wird. Die Stadtbibliothek ist eine bedeutende Vermittlerin von Medienkompetenz in Köln. Über Partnerschaften mit Schulen und Veranstaltungen für Kinder und Jugendliche trägt die Stadtbibliothek zur Medienerziehung bei. Der Umgang mit neuen Informationstechnologien und mit sozialen Netzwerken im Internet sind dabei zentrale Lerninhalte.

Deshalb möchten wir die Verwaltung darum bitten, bei der Erarbeitung des Konzepts die Stadtbibliothek mit ihren besonderen Kompetenzen einzubeziehen. Insbesondere möchte ich hierbei die beiden zuständigen Dezernenten Herrn Professor Quander und Frau Dr. Klein ansprechen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der Linken.Köln)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Vielen Dank, Frau Senol. - Da ich keine weiteren Wortmeldungen sehe, kommen wir jetzt zur Abstimmung.

Zunächst stimmen wir über den Änderungsantrag der Fraktion pro Köln ab. Wer für diesen Antrag ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit so abgelehnt.

Dann kommen wir zur Abstimmung über den Antrag von SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Ich gehe davon aus - so habe ich es eben verstanden -, dass wir den Ergänzungsantrag der CDU dort einbeziehen mit der Maßgabe der Modifikation, die von Herrn Philippi vorgetragen worden ist, sodass wir insgesamt über diesen Antrag abstimmen können.

(Martin Börschel [SPD]: Ja!)

- Ja. - Dann stimmen wir über diesen Antrag ab. Wer gegen diesen Antrag ist, bitte ich um das

Handzeichen. - Wer enthält sich? - Damit ist er einstimmig angenommen.

(Beifall bei der SPD)

Wir kommen zu:

**3.1.6 Antrag der CDU-Fraktion betreffend „Sanierung der Orangerie“ AN/0989/2011**

**Änderungs- bzw. Zusatzantrag der FDP-Fraktion AN/1071/2011**

**Änderungs- bzw. Zusatzantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen AN/1121/2011**

Frau Welcker, bitte.

**Katharina Welcker** (CDU): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren des Rates der Stadt Köln! Ich freue mich sehr darüber, dass SPD und Grüne auch während der Ratssitzung noch fleißig Anträge produzieren. Davon haben wir heute eine Menge gesehen. Bedauerlich finde ich in diesem Fall allerdings, dass es zu diesem Antrag keinen Ersetzungs- oder Änderungsantrag gibt, der in irgendeiner Form ein klares Ja zur freien Szene erkennen ließe.

(Beifall bei der CDU und der FDP - Martin Börschel [SPD]: Dann haben Sie aber etwas nicht verstanden, Frau Kollegin!)

- Herr Börschel, vielleicht lesen Sie sich Ihren Änderungsantrag erst einmal durch.

(Martin Börschel [SPD]: Ich habe ihn mit geschrieben!)

Ich möchte Ihnen hier einmal eine kleine Gedächtnisstütze geben. Seit 1980 stehen das Festungsbauwerk der Lünette und das Theatergebäude unter Denkmalschutz. Hat dies indessen irgendetwas bewirkt? Das Dach des Theatergebäudes ist undicht und baufällig. Durch die Fenster kann man lüften, ohne sie zu öffnen. Das Kellergewölbe ist notdürftig abgestützt. Von Haustechnik, Schallschutz oder Wärmeisolierung wollen wir erst gar nicht sprechen. - Das ist das Ergebnis nach 31 Jahren Denkmalschutz.

Ich glaube nicht, dass man sagen könnte, der 2004 abgeschlossene Mietvertrag verpflichte den Orangerie e. V., diese Mängel in irgendeiner Form zu beheben. Das kann wohl nicht Ihr Ernst gewesen sein, als Sie diesen Antrag formuliert haben.

Trotz dieser keinesfalls als günstig zu bezeichnenden äußeren Umstände hat sich hier seit 1991 eine aktive Theaterszene entwickelt. Mit hoher Qualität und enormer Begeisterung werden Theaterstücke und Tanzaufführungen inszeniert und dem Publikum dargeboten.

Obwohl im Winter der Betrieb eingestellt werden muss, da die Heizung nicht ausreicht, um das Gebäude zu heizen, und die Gebäudemängel die Arbeit erschweren, ist es dem Orangerie-Theater wiederum gelungen, bis 2013 Konzeptionsförderungsmittel zu bekommen. Mit diesen Konzeptionsförderungsmitteln in Höhe von 75 000 Euro soll der Spielbetrieb gefördert werden. Dies zeigt, welches hohe Engagement trotz der enormen Mängel hier vorhanden ist.

Aus unserer Sicht ist es daher an der Zeit, vonseiten des Rates endlich ein Zeichen zu setzen - ein Zeichen, dass wir das denkmalgeschützte Erbe erhalten wollen und die Geschichte als Teil unserer Zukunft begreifen; ein Zeichen der Anerkennung der geleisteten künstlerischen Arbeit vor Ort, die trotz der widrigen Umstände so erfolgreich ist; ein Zeichen für alle, die in dieser Stadt in der freien Szene aktiv sind, dass wir sie ernst nehmen und den Wert ihrer Arbeit in der und für die Stadt zu schätzen wissen.

Uns geht es nicht darum, schnell einmal Städtebaufördermittel abzugreifen. Uns ist sehr wohl bewusst, dass es nicht bei einer einmaligen Investition bleiben wird und über die Jahre hinweg höhere Kosten auf die Stadt zukommen werden, selbst wenn wir Landesmittel erhalten sollten. Uns geht es darum, nicht schon wieder eine Möglichkeit verstreichen zu lassen, die denkmalgeschützten Gebäude und diesen wichtigen Spielort der freien Szene zu erhalten.

Da der Antrag auf Landesmittel bis Ende Juni dieses Jahres gestellt sein muss und bis zu diesem Zeitpunkt auch die Eigenmittel der Stadt nachgewiesen werden müssen, haben wir heute diesen Antrag gestellt.

Dies hindert uns alle natürlich nicht daran, weiterhin nach anderen innerstädtischen Finanzierungsmöglichkeiten zu suchen, die eine Beteiligung des Landes überflüssig machen. Auch über eine solche kleinere flexible Lösung sind wir gerne zu Gesprächen bereit.

Es macht aber keinen Sinn, wieder einmal das Heil in der vagen Zukunft zu suchen, nicht konkret zu sagen, was man will, und auf die Möglichkeit zu verzichten, hier wenigstens den Antrag fristgerecht zu stellen. Sollten wir dann andere Möglichkeiten haben, können wir diese immer noch ausschöpfen. Im Übrigen ist noch nicht einmal gesagt, dass wir diese Fördermittel überhaupt bekommen. Es ist nur bedauerlich, dass es sich wieder einmal zeigt, dass wir nicht bereit sind, hier irgendetwas sowohl für den Denkmalschutz als auch für die freie Szene zu tun, wenn wir diese Chance ungenutzt verstreichen lassen.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, die Zeit drängt. Weitere 30 Jahre kann die Orangerie nicht auf eine Sanierung warten. Das, was Sie vorhaben, ist eine Verschiebung auf den Sankt-Nimmerleins-Tag - mit einer vagen Aussicht, irgendwann einmal irgendwelche Gelder einzustellen, die wir zurzeit noch nicht haben. Dafür lassen Sie eine tatsächliche Chance verstreichen. Das ist sehr bedauerlich.

(Martin Börschel [SPD]: Bis 2012 sind es 30 Jahre?)

Wir werden das wahrscheinlich nicht ändern können; denn Sie werden es durchsetzen. Das ist aber genau das, was dieser Stadt wirklich schadet; denn wir wollen doch nicht am Ende als eine Stadt dastehen, die letztendlich nur einen Bushalt hat und sonst gar nichts - keine Kultur, nichts mehr.

Vielmehr wollen wir uns gerade dadurch auszeichnen, dass wir an vielen Stellen zahlreiche gute Projekte fördern. Es wäre an der Zeit, das hier auch zu tun. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP - Martin Börschel [SPD]: Wo leben Sie denn, Frau Kollegin?)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Wir kommen zu Frau Dr. Bürgermeister.

**Dr. Eva Bürgermeister** (SPD): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren auf der Tribüne! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Frau Welcker, ich hatte gehofft, dass Sie wenigstens in Ihrem Redebeitrag etwas konkreter werden und sagen, was Sie sich vorstellen. Sie verbleiben aber tatsächlich im Nebulösen. Sie reden von Zeichen der Anerkennung und von der Suche nach Finanzierungsmöglichkeiten.

Vor allem aber verschweigen Sie, was eine Bewilligung von Städtebaufördermitteln in der Konsequenz für den gesamten Topf der Mittel für die freie Szene bedeutet, die Sie ja so in den Mittelpunkt stellen - das natürlich zu Recht; denn dort wird Großes geleistet.

Mit unserem Ersetzungsantrag wollen wir im Unterschied dazu ermöglichen, dass wir transparent und offen über die Perspektiven für diesen Ort diskutieren und entscheiden können.

Das Thema Orangerie berührt in zweierlei Hinsicht den Bereich Kultur.

Zum einen ist die Orangerie ein denkmalgeschützter Ort. Das ist bereits gesagt worden. Sie liegt in sehr exponierter Lage im Volksgarten, gehört zur ehemaligen Stadtbefestigung aus preußischer Zeit, war Wohnhaus des Kölner Gartendirektors und wurde nach dem Krieg als eine Art Orangerie genutzt. Sie ist also ein Denkmal im Besitz der Stadt und, wenn man so will, ein Juwel im Volksgarten.

Zum anderen ist die Orangerie - das ist für die heutige Nutzung fast noch entscheidender - ein ganz ausgefallener und sehr anerkannter Theaterort in einem relativen Zentrum Kölns, nämlich in der Südstadt, in unmittelbarer Nähe zu Comedia Colonia und anderen Theatern. Sie findet also dort ihr Publikum. Seit mehr als zehn Jahren hat sie sich zu einer wirklich bedeutenden Spielstätte für freie Gruppen entwickelt. Viele der von der Kulturverwaltung geförderten Projekte hatten in der Orangerie Premiere. Man arbeitet dort mit zurzeit zwölf Residenzgruppen und Einzelgastspielen sehr erfolgreich.

Der Theaterbeirat - das hat Frau Welcker angesprochen - hat daher die Konzeptionsförderung für fünf Jahre empfohlen, weil hier an einem wunderbaren Ort wunderbare Kulturleistungen erbracht werden.

Mit anderen Worten: Die Orangerie ist in zweierlei Hinsicht ein förderungswürdiger Kulturort. Vor diesem Hintergrund müssen wir Lösungen für den zugegebenermaßen schlechten Zustand dieses Gebäudes finden.

Ich bin mir nicht sicher, ob sich die CDU und auch die FDP, die sich mit ihrem Ergänzungsantrag auf eine ähnliche Schiene

begibt, darüber im Klaren sind, wie sehr wir bei einer erfolgreichen Beantragung von Städtebaufördermitteln den Etat für die freie Theaterszene in einen eisernen Griff nehmen und den Spielraum bei der Förderung einschränken. Auf jeden Fall lassen Sie uns hierüber im Unklaren.

Da sollten wir schon ehrlich und transparent in unserer Argumentation sein. Städtebaufördermittel sind nämlich hoch komplizierte Vorgänge. Die finanziellen Risiken liegen alle beim Träger. Die Stadt haftet für zweckentsprechende Verwendung. Diese Haftung gilt je nach Höhe der Förderung 15 bis 20 Jahre.

Außerdem muss die Stadt sich finanziell beteiligen. Auch darüber, woher das Geld für diese Beteiligung kommen soll, lassen Sie uns ziemlich im Unklaren.

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Das kommt aus dem Haushalt, Frau Dr. Bürgermeister! - Gegenruf von Martin Börschel [SPD]: Bessere Haushaltspolitik macht die Linke auch nicht!)

- Herr Dr. Elster, deswegen wollen wir das ja genau in den Haushaltsplanberatungen besprechen.

Es gibt natürlich auch viele Details im Zusammenhang mit einer Förderung aus dem Topf der Städtebaufördermittel, die Fallstricke bedeuten können, auch für die zukünftige Führung eines solchen Betriebes. Ich erwähne beispielhaft nur das Verhältnis von kommerzieller und kultureller Nutzung. Aus anderen Einrichtungen wissen wir, dass kommerzielle Nutzung als Ergänzung zur kulturellen Nutzung bei der Inanspruchnahme von Städtebaufördermitteln sehr problematisch ist.

Entscheidend ist aber - ich habe es schon gesagt -, dass die Stadt für 15 Jahre die kulturelle Nutzung sicherstellen muss. Dies wird zu einer zu erwartenden Zuschusszahlung von ungefähr 100 000 Euro führen. Dieses Geld muss aus dem Topf der Theatermittel genommen werden, obwohl eigentlich der Theaterbeirat darüber beraten muss. Über 15 Jahre verringert sich dadurch unverrückbar das Volumen der Mittel, über die der Theaterbeirat - und damit die Szene selbst - entscheiden kann.

(Winrich Granitzka [CDU]: Das kommt aus der Gebäudewirtschaft! Es kommt nicht mehr aus dem Topf der Theatermittel!)

Diese langfristige Zusage ist sowohl in finanziell schwierigen Zeiten als auch bezogen auf das Theaterförderkonzept aus unserer Sicht ein falsches Signal. Das wollen wir nicht.

Ich gehe mit Ihnen konform: Es fehlt in Köln an Aufführungsstätten. Das wissen wir. Deswegen ist es uns zum Beispiel wichtig gewesen - ich sage das jetzt einmal in Klammern -, im Zusammenhang mit der Sanierung der Bühnen festzuschreiben, dass eine sehr viel engere Zusammenarbeit mit der freien Szene stattfinden soll, als das bislang geschehen ist. Dafür werden wir uns auch weiterhin einsetzen, weil das ein wichtiger Ort werden kann, auch als Aufführungsort für die freie Szene.

Bezogen auf die Orangerie wollen wir klare Entscheidungsgrundlagen. Der Verfall des Denkmals muss gestoppt werden; das ist klar. Wir müssen wissen, was das inklusive der Mindestanforderungen des Denkmalschutzes kostet.

Das müssen wir in Bezug zu den weiteren Sanierungsvorhaben in unserer Stadt setzen. Es ist ja kein Geheimnis - das wissen sicher auch die Damen und Herren von der CDU und von der FDP -, dass wir weitere Bauten, auch Kulturbauten, in der Stadt haben, die dringend der Sanierung bedürfen. Das müssen wir auf klaren Grundlagen sorgfältig abwägen: - es muss entsprechende finanzielle Grundlagen geben, und wir müssen wissen, woher die Mittel kommen - sorgfältig abwägen. Wir müssen Prioritäten setzen und entscheiden.

Daher sind die Haushaltsplanberatungen die richtige Stelle, um über diesen Ort, an dem tatsächlich gute kulturelle Arbeit geleistet wird, weiter zu entscheiden. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Frau Dr. Bürgermeister, Herr Dr. Elster möchte Ihnen eine Frage stellen.

**Dr. Ralph Elster** (CDU): Es besteht noch ein bisschen Erklärungsbedarf. Sie haben gerade vorgetragen, dass der Verzicht auf etwa 1 Million Euro Landesförderung zur Konsolidierung unseres Haushalts beiträgt. Das verstehe ich

nicht ganz. Vielleicht können Sie es noch in zwei Sätzen kurz erläutern.

**Dr. Eva Bürgermeister** (SPD): Ich habe nicht gesagt, dass das zur Konsolidierung unseres - -

**Dr. Ralph Elster** (CDU): Das ist aber die Konsequenz Ihres Abstimmverhaltens.

(Martin Börschel [SPD]: Quatsch! Da macht die Linke ja sinnvollere Haushaltspolitik!)

**Dr. Eva Bürgermeister** (SPD): Nein, das ist nicht die Konsequenz. Wir wollen klare Grundlagen - -

(Zurufe von der CDU)

Ich habe nicht gesagt, dass der Verzicht auf Städtebaufördermittel zur Konsolidierung des Haushalts beiträgt, sondern ich habe gesagt, dass wir solide Grundlagen haben müssen und dass wir uns nicht festlegen wollen. Wir wollen in diesem Zusammenhang keine Städtebaufördermittel, weil sie uns binden und viele Unwägbarkeiten für die Realisierung eines Konzeptes bedeuten.

(Winrich Granitzka [CDU]: Das war jetzt aber sehr vage!)

Und wir möchten, dass das Denkmal saniert wird.

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Frau von Bülow.

**Brigitta von Bülow** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Kolleginnen und Kollegen! Vor uns liegt ein auf den ersten Blick charmanter Antrag der CDU zur Sanierung der Orangerie - wie gesagt, auf den ersten Blick.

(Winrich Granitzka [CDU]: Ja, da waren wir schneller als ihr!)

Des Weiteren haben wir es mit einem Änderungsantrag der FDP und mit unserem gemeinsamen Änderungs- bzw. Ersetzungsantrag von SPD und Grünen zu tun.

Der große Unterschied der Anträge - das ist schon deutlich geworden - besteht darin, ob die Stadt bis zum 30. Juni dieses Jahres einen Einplanungsantrag für Städtebaufördermittel beim Land stellt oder ob sie eine kommunale Lösung zum Erhalt des Kulturortes der Orangerie sucht.

Worum geht es? Es ist schon dargestellt worden. Wir haben ein denkmalgeschütztes Gebäude in einer der schönsten Kölner Lagen und einen Verein, der ein Kulturhaus führt - überwiegend für Theater und ein wenig für Tanz. Darüber hinaus erzielt der Verein Einnahmen durch Vermietung seiner Räumlichkeiten für private Feiern.

Das ist meiner Meinung nach eine sehr eigene und sympathische Konstruktion. Künstlerinnen und Künstler können sich einbringen und mitgestalten. Viel ehrenamtliches Engagement erhält den Verein am Leben.

Die eher ungewöhnliche Konstruktion des Vereins passt meines Erachtens gut zu dem ungewöhnlichen Ort der Orangerie. Das Gebäude mit seinem morbiden Charme und seinem Sitz im Volksgarten hat eine besondere Ausstrahlung.

Wir, die grüne Ratsfraktion, haben ein großes Interesse daran, diesen Ort mit seiner kulturellen Nutzung zu erhalten. Dafür steht unser Antrag.

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Morbid zu erhalten!)

- Nicht morbid zu erhalten. - Wir möchten die Verwaltung beauftragen, die Kosten für eine Sanierung des Gebäudebestandes der Orangerie darzustellen und zu den Haushaltsplanberatungen 2012 - nicht erst in 30 Jahren, Frau Welcker - Finanzierungsvorschläge vorzulegen.

(Zuruf von der CDU: Wenn die Million weg ist!)

Die Probleme sind schon angedeutet worden. Bis 2014 erhält die Orangerie einen Zuschuss im Rahmen des Theaterförderkonzepts. Bei einem Antrag auf Städtebaufördermittel, wie ihn CDU und FDP befürworten, müssten wir uns allerdings über 15 Jahre an die aktuelle Nutzung binden - und binden bedeutet, wirklich Verbindlichkeiten einzugehen. Unabhängig von der künftigen Wirtschaftlichkeit der Orangerie, unabhängig von der Haushaltssituation der Stadt und vor allem unabhängig vom Votum der Fachleute im Theaterbeirat müsste die Stadt sicherstellen, dass das derzeitige Nutzungskonzept mit dem Verein weiterhin umgesetzt würde.

Durch eine solche Bindung, die durch die Bezuschussung durch das Land gegeben wäre, würde unter Umständen das gesamte Theaterförderkonzept zur Diskussion stehen. In einem Worst Case müsste die Stadt die Orangerie zulasten der anderen Theater unterstützen, vorbei an allen Förder- und Beiratsentscheidungen. Das zu riskieren, ist meines Erachtens nicht verantwortbar.

Zu diesem Szenario gehört des Weiteren auch die Vorstellung, dass die derzeit angesetzten Baukosten von ungefähr 1,7 Millionen Euro höchstwahrscheinlich weit überschritten werden könnten. In diesem Fall würde die Stadt neben ihrem Eigenanteil sämtliche zusätzlichen Kosten tragen müssen, und zwar ohne Landesgeld und auf eigenes Risiko. Kostenexplosionen - das wissen wir alle; darüber haben wir uns hier schon häufig unterhalten - sind aus der Vergangenheit bestens bekannt. Wir wollen nicht riskieren und können es uns nicht leisten, an dieser Stelle die Kosten explodieren zu lassen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP, wir haben Verantwortung für den Haushalt, auch für den Kulturhaushalt, für alle Theater und alle Kulturschaffenden in dieser Stadt. Deshalb wollen wir dafür sorgen, dass wir nichts zusagen, was wir nicht finanzieren können oder was später zulasten anderer geht. Daher brauchen wir, wie in unserem Antrag gefordert, solide Zahlen, um solide entscheiden zu können.

Im CDU-Antrag wird kein Weg der langfristigen Finanzierung und Absicherung der Maßnahmen angedeutet.

Wir wollen einen anderen Weg gehen und zeitnah verlässliche Perspektiven entwickeln. Ich hoffe dabei auf eine zeitnahe Lösung zum Erhalt des Denkmals und zur Möglichkeit der ganzjährigen kulturellen Nutzung.

Dafür brauchen wir ein Sanierungskonzept, eine Kostenaufstellung und Finanzierungsvorschläge. Daher bitten wir um Zustimmung zu unserem Antrag. - Danke sehr.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Vielen Dank, Frau von Bülow. - Wir kommen zu Herrn Breite.

**Ulrich Breite** (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit Interesse habe ich die Aussage zur Kenntnis genommen, dass die Orangerie morbiden Charme habe. Wahrscheinlich waren die beiden Damen noch nie auf den Toiletten der Orangerie; denn dann hätten sie gesehen, was wir dort bei der Bausubstanz eines städtischen Grundstücks erleben.

Nach dieser Rede der grünen Ratskollegin kann ich nur Folgendes feststellen: Seit 2003 sind Sie hier an der Macht und haben Haushaltsverantwortung. So gehen Sie mit städtischen Grundstücken seit 2003 um.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Wenn Sie davon sprechen, dass Sie noch einmal zwei oder drei Jahre warten wollen, sage ich Ihnen: Sie hätten seit 2003 schon längst Zeit gehabt, hier etwas zu machen. Sie haben nichts getan. Die Menschen werden auch wissen, dass Sie die Verantwortung dafür tragen, dass die Orangerie heute so aussieht, wie sie aussieht.

(Beifall bei der FDP)

Die Orangerie am Volksgarten könnte ein Schmuckstück für die Kultur werden, wenn der Rat sich heute einen Ruck geben und die Sanierung dieses Kleinods für die freie Kulturszene beschließen würde.

Die Unterstützung und Förderung der freien Kulturszene haben alle demokratischen Parteien gerne auf ihren Lippen.

(Martin Börschel [SPD]: Auf die Herzen kommt es an!)

Mit der Sanierung der Orangerie könnten Sie beweisen, ob die Unterstützung und Förderung der freien Kulturszene nur leeres Geschwätz ist oder ob Sie es mit der Unterstützung und Förderung ernst meinen und heute damit beginnen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP)

Wir begrüßen darum ausdrücklich die Initiative der CDU-Fraktion, die die Sanierung der Orangerie auf die Tagesordnung des Rates gesetzt hat.

Als Liberale bringen wir uns mit einem eigenen Antrag in die Diskussion ein - und machen den Antrag der CDU nicht platt, wie es SPD und Grüne mit ihrem Antrag tun.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Die Sanierung der Orangerie ist dringend notwendig. Der beklagenswerte derzeitige Zustand ist ein weiteres trauriges Beispiel für den Umgang der Stadt Köln mit denkmalgeschützten Gebäuden. Auch unter dem Aspekt der Theater- und Spielstättenförderung ist es wichtig, diesen etablierten Ort für die freie Szene dauerhaft zu sichern.

Der Theaterbeirat - das wurde hier schon erwähnt - hat die bedeutende Kulturarbeit an diesem Ort längst erkannt und die Orangerie immer wieder auf seine Förderliste für Kölner Spielstätten gesetzt.

Der Rat hat der Präferenz für diesen Kulturtempel in der Kölner Südstadt nie widersprochen und der inhaltlichen Förderung zugestimmt.

Meine Damen und Herren, aber was sind diese Beschlüsse der inhaltlichen Wertschätzung der Kulturarbeit in der Orangerie wert, wenn wir das Gemäuer verrotten lassen?

(Beifall bei der FDP)

Hofft da jemand - diesen Eindruck gewinne ich, wenn ich die Damen von SPD und Grünen höre - auf die biologische Lösung? Wo kein Haus, da keine Kultur und auch keine Förderung!

Meine Damen und Herren, wir reden hier nicht von Summen wie den 100 Millionen Euro, die uns die Sanierung der städtischen Bühnen - zu Recht - wert ist. Wir reden noch nicht einmal von der 1 Million Euro für ein Bild, über dessen Ankauf wir bei der heutigen Ratssitzung entscheiden werden, welches wir uns zum Jubiläum des Wallraf-Richartz-Museums selber schenken - auf Pump.

(Zuruf von Martin Börschel [SPD])

Hier reden wir über 300 000 Euro Investitionskosten; denn das ist der Anteil, den die Stadt Köln für die Sanierung der denkmalgeschützten Orangerie aufbringen müsste. Welch ein Schnäppchenpreis im Vergleich zu dem, was die Stadt sonst für die Sanierung - wenn sie denn einmal saniert - städtischer Gebäude ausgibt!

Diesen Schnäppchenpreis haben wir den engagierten und überzeugenden Vorarbeiten des Orangerie e. V. zu verdanken.

Schon im Jahr 2009 sind die vom Orangerie e. V. vorgelegten Planungen vom Beirat des Landesprogramms „Initiative ergreifen“ zur Förderung empfohlen worden. Zu Recht greift die CDU das jetzt auf.

Der Förderantrag wurde nur deshalb nicht gestellt, weil die Stadt Köln sich nicht in der Lage sah, ihren Finanzierungsanteil beizusteuern. Wieder einmal wurde ein städtisches Gebäude dem Verfall überlassen.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Das sollte sich hier nicht wiederholen. Es besteht die Chance, dass circa 80 Prozent der Sanierungskosten durch Landesförderung zu decken sind.

Jetzt ist Handeln angesagt, meine sehr verehrten Damen und Herren. Stimmen Sie dem Antrag der CDU und dem Zusatzantrag der FDP zu, und halten Sie auf diese Weise gerade in der Südstadt den weiteren Verfall eines denkmalgeschützten städtischen Gebäudes und damit den Verlust einer Spielstätte der freien Kulturszene auf.

Mit der Ablehnung einer Sanierung oder der Vertagung auf spätere Jahre würde sich - erst recht bei den Konditionen, die wir im Augenblick haben - die Ratsmehrheit, die das mit ihrem Ersetzungsantrag machen will, als Kulturbanause und Denkmalfrevler blamieren. Stimmen Sie also zu. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. - Dann kommen wir zur Abstimmung. Zunächst stimmen wir über den Ersetzungsantrag von SPD und Grünen ab, danach über den Antrag der FDP und dann über den Antrag der CDU.

Wer für den Ersetzungsantrag von SPD und Grünen ist, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Das sind die SPD, die Grünen und die Linke. Wer enthält sich? - Damit ist er zunächst einmal angenommen.

Wir kommen zur Abstimmung über den Änderungsantrag der FDP. Wer für den Antrag der FDP ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die FDP und die CDU. Wer enthält sich? - Bei Enthaltung der Fraktion pro Köln und von Herrn Zimmermann ist er abgelehnt.

Dann kommen wir zum CDU-Antrag. Wer für den Antrag der CDU ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die CDU, die FDP, Herr Zimmermann und pro Köln. Wer enthält sich? -

Keine Enthaltungen. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Angenommen ist also der Antrag der SPD und der Grünen.

Dann kommen wir zu:

**3.1.7 Antrag der FDP-Fraktion betreffend „ICE-Verbindung nach London“ AN/0986/2011**

**Änderungs- bzw. Zusatzantrag der FDP-Fraktion AN/1067/2011**

**Änderungs- bzw. Zusatzantrag der Fraktion pro Köln AN/1085/2011**

**Änderungs- bzw. Zusatzantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion AN/1090/2011**

Es beginnt Herr Sterck.

**Ralph Sterck** (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Ausgangspunkt für diesen Antrag war ein Bericht des *Kölner Stadt-Anzeigers* vom 14. April dieses Jahres, in dem der Kollege „Berti“ Waddey mit einem kreativen Vorschlag zu der ICE-Verbindung nach London zitiert wurde. Dort heißt es wörtlich:

> Waddeys Vorschlag: Der ICE sollte nur bis Brüssel fahren, dort sollten alle Fahrgäste aussteigen, durch die dort bereits vorhandenen Sicherheitsschleusen gehen und einen zweiten, bereit stehenden ICE Richtung London besteigen.

Da haben wir uns gesagt: Das ist ja typisch grün. Beispielsweise tritt man auf der einen Seite für Windenergie ein, spricht sich auf der anderen Seite aber gegen die Kabeltrassen aus, die den Strom auch zu den Verbrauchern bringen. Hier ist man zwar für schnelle Verbindungen mit dem ICE nach London, aber nicht für die Sicherheitsschleusen am Kölner Hauptbahnhof. Dann müssen alle Passagiere in Brüssel umsteigen. Das ist doch ein Treppenwitz der Verkehrspolitik.

Daher bin ich froh, dass wir uns jetzt mit einer breiten Mehrheit auf die im gemeinsamen Änderungsantrag der vier Fraktionen festgehaltene Resolution verständigt haben.

(Martin Börschel [SPD]: Damit habt ihr euch gerettet!)

- Dazu sage ich gerne auch noch etwas. Wir hatten ja einen eigenen Änderungsantrag eingebracht, wie Sie gesehen haben.

Jetzt gibt es eine durchgehende Verbindung - der Vorschlag von Herrn Waddey wird also nicht Realität -, die entsprechenden Sicherheitsmaßnahmen am Kölner Hauptbahnhof und natürlich die Aufforderung an die DB, den Bahnknoten in Köln zu ertüchtigen, weil der Handlungsdruck hier steigt.

Die Verbindung nach London ist wichtig für das Verkehrskreuz des Westens, für die Kölner Wirtschaft und insbesondere auch für den Tourismus. Denken Sie einmal alleine daran, wie viele Touristen zum Beispiel im Weihnachtsgeschäft aus den Beneluxstaaten und aus Großbritannien nach Köln kommen. Daher glaube ich, dass diese Verbindung ein Renner werden wird.

Herr Kollege Börschel, wir hatten zunächst gedacht, dass wir mit der von uns ergriffenen Initiative die Fahrt nach London beschleunigen könnten. Es wird ja allerorten der Wunsch geäußert, der ICE möge dort halten. Diese Wünsche gibt es in Siegburg/Bonn, in Lüttich und in Aachen. In dieser Sache haben wir uns eines Besseren belehren lassen. Am Freitag der vergangenen Woche hat die Deutsche Bahn bei einer Anhörung im Deutschen Bundestag nämlich erklärt, dass in Aachen ohnehin gehalten werden muss. Ein Halt ohne Fahrgastwechsel würde natürlich keinen Sinn machen. Wir sind froh, dass wir mit dieser Lösung die Aachener Region jetzt mit in dieses Projekt einbringen können.

Die Forderungen, die wir in dieser Resolution stellen, sind klar. Wir möchten möglichst wenige Eingriffe in die Gleise und in die Abwicklung am Kölner Hauptbahnhof, weil er schon stark belastet ist.

In diesem Zusammenhang geht es auch um die optischen Eingriffe. Solche Sicherheitsmaßnahmen fallen schließlich nicht vom Himmel, sondern bedeuten Eingriffe in das denkmalgeschützte Bahnhofsgebäude. Die Deutsche Bahn will den Bereich des Bahnsteigs 1 mit einem Zaun abtrennen. Das kann man so oder so lösen. Wir hoffen natürlich,

dass für diese Sicherheitsmaßnahmen eine möglichst denkmalgerechte Lösung gefunden wird.

Außerdem geht es um möglichst geringe Eingriffe in den Bahnverkehr. Wenn die Züge sowohl bei der Einfahrt als auch bei der Ausfahrt das komplette Gleisfeld kreuzen müssen, um auf das Gleis 1 zu kommen, belastet das den Bahnknoten Köln natürlich weiter, wie die Fachleute zu bedenken geben.

Deswegen ist das, was Ihnen die vier demokratischen Fraktionen des Rates heute vorschlagen - ich hoffe, dass wir es auch mit einer breiten Mehrheit beschließen werden -, eigentlich ein Doppelbeschluss: erstens ein klares Bekenntnis zu einer durchgehenden Verbindung nach London und zweitens ein Hilferuf an die Deutsche Bahn, den Bahnknoten Köln endlich weiter zu ertüchtigen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP sowie bei Teilen der CDU)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Vielen Dank, Herr Sterck. - Dann kommen wir zu Herrn Noack.

**Horst Noack** (SPD): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! 2013 beabsichtigt die Deutsche Bahn, ein neues Produkt auf die Schiene zu bringen, nämlich einen ICE von Frankfurt nach London. Einerseits ist das eine gute Sache. Mit der Eisenbahn zu fahren, ist umweltfreundlicher, als zu fliegen. Eine City-zu-City-Verbindung nutzen zu können, ist auch besser, als lange Wege von den Flughäfen auf sich nehmen zu müssen. Andererseits hat dieses Produkt allerdings auch einige Aber.

Das erste Aber: Großbritannien gehört nicht dem Schengener Abkommen an. Deshalb muss ein Bahnsteig mit erheblichen Sicherheitsvorkehrungen versehen werden. Nach Aussage der Deutschen Bahn wird das der Bahnsteig 1 sein. Da drei Relationen vorgesehen sind, also hin und zurück insgesamt sechs Züge, die den Bahnsteig jeweils für eine halbe Stunde bis eine Stunde in Anspruch nehmen, kann dieser Bahnsteig ein Drittel des Tages nicht anderweitig genutzt werden. Und die Deutsche Bahn sagt selbst, dass der Hauptbahnhof Köln jetzt schon an seiner Kapazitätsgrenze angelangt ist.

Das zweite Aber - Herr Sterck hat es bereits angesprochen -: Der Bahnsteig 1 liegt im Westen, und das Ausfallgleis in Richtung Aachen liegt im Osten. Daher muss der Zug den gesamten Gleiskörper queren. Der Betrieb wird also unterbrochen.

Das dritte Aber - und jetzt sind wir beim wesentlichen Kern -: Der Zug kommt von Süden. Er braucht eine halbe Stunde von Frankfurt bis Köln. An der Stadtgrenze kommt er dann an dem Bahnknoten an. Von dort aus humpelt er eine Viertelstunde in die Stadt hinein. An dieser Stelle wird der Nahverkehr grundsätzlich an die Seite gedrängt.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Die alte Steinstraße!)

Das kann nicht sein. Der Nahverkehr ist das Rückgrat im Berufsverkehr.

(Beifall bei der SPD)

Hier fehlt insbesondere ein Überwerfungsbauwerk an der Steinstraße, wie es uns die Bahn schon seit Jahren versprochen hat.

Bevor diese ICE-Verbindung ihren Betrieb aufnimmt, sollten diese Engpässe und Probleme von der Bahn beseitigt oder zumindest in Angriff genommen werden.

Köln, die viertgrößte Stadt in dieser Republik, unternimmt alles, um die Eingangsportale der Bahnhöfe - Hauptbahnhof, Messe/Deutz und demnächst Mülheim - optimal zu gestalten, während die Bahn nur das Minimum macht.

Ich bitte Sie deshalb, dieser Resolution zuzustimmen und auf Ihre Landtags- und Bundestagsabgeordneten zuzugehen, damit diese ihre Verkehrsminister sensibilisieren, sich bei der Bahn dafür einzusetzen, dass der Bahnknoten Köln endlich ausgebaut wird.

Gestatten Sie mir zum Schluss noch eine Bemerkung. Sehr geehrter Herr Sterck, ich bin froh, dass Sie die gemeinsame Resolution mittragen, muss aber auch sagen: Mit Ihrem ersten Antrag haben Sie Köln und der Region einen Bärendienst erwiesen.

(Beifall bei der SPD und pro Köln)

Ich darf aus Ihrem Antrag zitieren:

> Ein zusätzlicher Halt in Aachen wird abgelehnt, weil die zusätzliche Fahrzeit

> die Verbindung im Vergleich zu anderen Verkehrsträgern unattraktiver macht.

Ich darf des Weiteren aus der *Aachener Zeitung* zitieren:

> Die Kölner Liberalen hatten gefordert, den ICE-Stopp in Aachen zu streichen, um auf der Strecke zwischen Frankfurt und Köln ab 2013 Zeit zu sparen.
>
> (Christtraut Kirchmeyer [FDP]: Das haben wir doch geändert!)

- Moment. Ich darf noch zu Ende zitieren:

> Damit zog sich der Kölner FDP-Mann Ralph Sterck, der auch Landesgeschäftsführer der Liberalen ist, den Zorn der hiesigen Region zu. Zumal der ICE in Aachen wegen des Wechsels auf das belgische Stromnetz ohnehin einen Stopp einlegen muss.

Dies fördert nicht gerade die kommunale Zusammenarbeit, vor allen Dingen nicht im Verkehrsverbund NVR. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Vielen Dank, Herr Noack. - Nächster Redner ist Herr Möring.

**Karsten Möring** (CDU): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Bedeutung dieser Verbindung hat Herr Sterck in seinem Eingangsstatement schon deutlich hervorgehoben. Die Probleme, die in der Tat mit diesem Projekt verbunden sind, hat Herr Noack bereits im Einzelnen dargestellt. Ich will das nicht alles wiederholen und möchte nur auf Folgendes hinweisen: Wir müssen uns vergegenwärtigen, dass die Entscheidungen über diese Verbindung nicht hier fallen, sondern in Berlin. Ergo ist für uns das Entscheidende, welche Möglichkeiten der Einflussnahme wir haben.

Dazu wollen wir Folgendes feststellen - und in der vorliegenden Resolution wird das im Wesentlichen getan -:

Erstens. Wir wollen die Verbindung. Sie ist nämlich eine Bereicherung. Das steht außer Frage.

Zweitens. Diese Verbindung darf nicht zu einer Gefährdung der Nahverkehrsmöglichkeiten - und übrigens auch nicht anderer Fernverkehrsmöglichkeiten - in unserem Bahnhof führen. Das ist zurzeit noch nicht gewährleistet.

Drittens. Wir haben die Aufgabe, einen überparteilichen regionalen Zusammenschluss, und zwar großräumig, zu schaffen. Auch dafür steht diese Resolution in der heute vorliegenden Form. Deswegen war die Replik eben meiner Ansicht nach auch völlig überflüssig. Wir müssen es in der Tat schaffen, alle politischen Einflussmöglichkeiten, die wir haben, im Bund, aber auch im Land zu nutzen, um unsere Interessen hierbei durchzusetzen. Das betrifft den Ausbau des Knotens Köln. Es ist eine hervorragende Gelegenheit, diese Verbindung zu nutzen, um „Liebe DB, jetzt musst du springen“ und „Lieber Bund, jetzt musst du finanzieren“ zu sagen.

Wir haben aber auch innerhalb des DB-Konzerns Verbündete für dieses Projekt. Diese Verbündeten gilt es zu nutzen. Sie sitzen im Land Nordrhein-Westfalen. Das ist die DB Regio. Die DB Regio wäre als Anbieter der Nahverkehrsleistungen ebenso ein Leidtragender wie die Kunden und wir als Vertreter der Kunden. Das sollten wir nutzen. Dasselbe gilt in Bezug auf die DB Netz AG, die natürlich ein großes Interesse daran hat, das Netz optimal zu nutzen - und von einer optimalen Nutzung sind wir bei dem bisherigen Konzept noch ziemlich weit entfernt.

Wenn wir zusätzlich zu unserer Resolution in der nächsten Zeit in diese Richtung weiterarbeiten - jeder mit den Möglichkeiten, die er politisch hat -, wird das Projekt nach meiner Einschätzung zu einem insgesamt guten Ende kommen und wirklich zu einer Bereicherung der Verkehrsverbindungen von und nach Köln sowie, großräumig gesehen, über Köln beitragen. Ebenso kann dann der Nahverkehr aufrechterhalten werden - verbunden mit der Chance, zusätzliche Kapazitäten zu nutzen, wenn es gelingt, den Ausbau des Bahnknotens in diesem Zusammenhang zu einem guten Ende zu bringen. Das will ich jedenfalls hoffen. Zumindest sind wir dann aber einen guten Schritt weiter. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Vielen Dank, Herr Möring. - Jetzt kommen wir zu Herrn Waddey.

**Manfred Waddey** (Bündnis 90/Die Grünen):Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Wie die DB ihre ICE-Verbindung von Frankfurt über Köln nach London abwickelt, entscheidet nicht der Waddey.

(Martin Börschel [SPD]: Der Urheber allen Übels, wie wir gerade gehört haben!)

Das entscheidet nicht der Sterck.

(Markus Wiener [pro Köln]: Gott sei Dank!)

Das entscheidet nicht einmal dieser Rat. Das entscheidet auch nicht die Politik in Berlin. Vielmehr entscheidet das ausschließlich die Unternehmenszentrale der DB - mit allen Konsequenzen, die das bedeutet.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Das ist aber eine tolle Erkenntnis!)

Unsere Aufgabe hier ist es - und dafür ist der gemeinsame Antrag eine gute Grundlage -, die Bedingungen zu formulieren, die wir brauchen, um unseren Knoten Köln einigermaßen vernünftig betreiben zu können

(Jörg Uckermann [pro Köln]: Ihr wollt einen Knoten betreiben?)

oder betreiben zu lassen.

Wir leiden seit Jahren darunter, dass die Schieneninfrastruktur nicht so ausgebaut ist, wie sie ausgebaut werden müsste. Zum Beispiel leiden wir immer noch darunter, dass die DB ihre Nord-Süd-ICEs nach wie vor zu einem großen Teil über den Hauptbahnhof führt und nicht über den Bahnhof Messe/Deutz (tief), wie wir es schon in den 90er-Jahren hier im Rat gefordert haben.

Wir haben in der Tat die Befürchtung, dass das an sich sehr positive Angebot, demnächst mit dem ICE direkt nach London fahren zu können, zu erheblichen Nachteilen an anderer Stelle führen könnte. Beispielsweise wissen wir bisher nicht, ob die DB diese drei Züge zusätzlich zu den drei ICE, die heute von Frankfurt über Köln nach Brüssel fahren, einsetzen wird oder einfach die Züge über Brüssel hinaus nach London verlängern will. Im letzteren Fall bedeutet das nämlich, dass wir die direkte Verbindung nach Lüttich verlieren und dass die Fahrzeit für die direkte Verbindung in die Hauptstadt Europas, Brüssel, sich verlängert, weil auch die Fahrgäste, die nur nach Brüssel wollen, sich den Sicherheitskontrollen für den Tunnel und den Passkontrollen für Großbritannien unterziehen müssen.

Wie gesagt, wissen wir noch nicht, wie das gemacht wird. Wir sollten aber schon unser Interesse daran bekunden, die bessere Anbindung nach London nicht dadurch zu erkaufen, dass unsere Verbindungen nach Brüssel verschlechtert werden. Zurzeit wird Brüssel siebenmal am Tag direkt angefahren - viermal vom Thalys, dreimal vom ICE. Es könnte gut noch ein zusätzlicher Zug fahren, damit wir den Tag über einen Stundentakt bekommen.

Zurzeit kann man London auch mit Umsteigen schon recht günstig erreichen. Im günstigsten Fall beträgt die Fahrzeit vier Stunden und 43 Minuten. Das ist dieselbe Größenordnung wie nach Berlin und nach München. Selbst mit Umsteigeverbindungen ließe sich das auf etwa vier Stunden und 20 Minuten verkürzen, wenn man nur wollte.

Sicherlich ist eine Fahrzeit von vier Stunden bei einer Direktverbindung günstiger. Hier muss man aber auf jeden Fall die Zeit hinzurechnen, die die Fahrgäste für den Check-in in Köln benötigen. Für diejenigen, die nicht direkt aus Köln kommen, sondern aus der Region, kann das zu einer Verlängerung der Gesamtreisezeit von bis einer Stunde führen - oder sogar mehr; denn sie sind auf die Takte der Zubringer aus der Region angewiesen.

Alles in allem ist festhalten: So schön und gut es ist, dass wir demnächst die britische Hauptstadt schnell mit dem Zug erreichen können, liegen die Nachteile, die damit verbunden sein können, auf der Hand. Der heutige Beschluss soll dazu dienen, unsere Position als Stadt Köln an die verantwortlichen Entscheidungsträger in der DB-Konzernzentrale heranzutragen.

Außerdem ist es unsere Aufgabe - da hat Herr Möring völlig recht -, über unsere politischen Vertreter entsprechenden Einfluss zu nehmen. - Danke schön.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Vielen Dank, Herr Waddey. - Wir kommen zu Herrn Uckermann.

**Jörg Uckermann** (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Je länger die Sitzung dauert, desto lustiger wird es. Man könnte glatt geneigt sein, dem ehemaligen Regierungspräsidenten Lindlar recht zu geben, wenn er sagt: Die Kölner Ratspolitiker haben ein Problem; sie überschätzen sich nämlich. - Das kann ich Ihnen heute attestieren. Der Mann hat nicht unrecht.

Wir haben eben gehört, dass der eine einen Knoten betreiben will und der andere den Nahverkehr aufrechterhalten möchte. Wir sind doch dafür da, den Nahverkehr zu verbessern.

(Beifall bei pro Köln)

Aber warum unterhalten wir uns hier eigentlich? Die FDP hat am 11. Mai dieses Jahres den Antrag „ICE-Verbindung nach London“ gestellt - als hätte sie etwas damit zu tun; als könnte sie etwas dazu beitragen. Aber bevor man gar keinen Antrag hat, bringt man eben so etwas ein.

Wir konnten das natürlich nicht stehen lassen und haben einen Änderungsantrag vorgelegt, der wirklich ein Kernthema unseres Bahnverkehrs anspricht, nämlich die Tatsache, dass die Kapazitäten dieses Hauptbahnhofs eindeutig zu gering sind. Sie müssen ausgebaut werden. Darum muss man sich kümmern.

In welcher Art und Weise die DB nach London fährt, entscheiden auch nicht die Kundenvertreter, Herr Möring - im Übrigen dachte ich immer, Sie seien Stadtrat und nicht Kundenvertreter -, sondern die Deutsche Bahn und ihre Partner.

Vor diesem Hintergrund haben wir jetzt beantragt, dass uns das Sicherheitskonzept überhaupt einmal vorgestellt wird.

Ich weise auch auf Folgendes hin: Sie wollen partout - so ist es dem Antrag der FDP zu entnehmen -, dass der Sicherheitscheck hier in Köln stattfindet. Das hätte doch zur Konsequenz, dass man den Kurswagen nach dem Einsteigen bis Brüssel, wo dann weitere Leute dazukommen, nicht verlassen kann. Dann kann man noch nicht einmal eine Tasse Kaffee im Bistro trinken. Sie sollten sich erst einmal überlegen, was das bedeutet.

Ich sehe überhaupt kein Hindernis dafür, dass die Kontrollen dann durchgeführt werden, wenn es in den Eurotunnel geht. Dort sind ja auch besondere Sicherheitsvorkehrungen vorgeschrieben. Oder wollen Sie etwa vorschlagen, mit der Fähre überzusetzen? Ich gehe doch davon aus, dass es der Eurotunnel sein soll. Die Kontrolle sollte also unmittelbar vor der Einfahrt des Zuges in den Eurotunnel durchgeführt werden.

Außerdem schreiben Sie in Ihrem Antrag, das Gleis 1 solle umgebaut werden. Das wissen Sie doch gar nicht.

Jetzt sind Ihnen Ihre FDP-Rettungs-Kollegen zu Hilfe gekommen, damit Sie nicht noch weiter unter 3 Prozent rutschen, und haben unseren Antrag kopiert. Der zweite Teil ist ja quasi das, was wir schon längst gefordert haben, damit das Ganze noch einen Sinn hat.

Nichtsdestotrotz halten wir unseren Antrag aufrecht.

Sie sollten sich einmal überlegen, ob Sie sich nicht besser um die Dinge kümmern sollten, für die Sie wirklich da sind, anstatt hier einen solchen visionären Quatsch zu erzählen. - Danke.

(Beifall bei pro Köln)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Sterck.

**Ralph Sterck** (FDP): Herr Oberbürgermeister, ich habe nur das Bedürfnis, folgende kurze Bemerkung zu Protokoll zu geben: Wenn Dummheit quietschen würde!

(Jörg Uckermann [pro Köln]: Dann fangen Sie einmal an, zu quietschen, Herr Sterck! - Gegenruf von Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Er hat sich direkt angesprochen gefühlt! Er hat sofort reagiert!)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Okay, Herr Sterck; das wird zu Protokoll genommen. - Wir kommen jetzt zur Abstimmung.

Zunächst stimmen wir über den Änderungsantrag der Fraktion pro Köln ab. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion pro Köln.

Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit ist er abgelehnt.

Ich gehe davon aus, dass die Anträge der FDP aufgrund des Änderungs- und Zusatzantrags der vier Fraktionen obsolet sind.

(Ralph Sterck [FDP]: Ja!)

Dann kommen wir zum Änderungsantrag bzw. endgültigen Antrag von SPD-Fraktion, CDU-Fraktion, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und FDP-Fraktion. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD, die Grünen, die Linke, die CDU, die FDP und Herr Zimmermann. Wer enthält sich? - Bei Enthaltung der Fraktion pro Köln ist dieser Antrag angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 3.1.8:

**3.1.8 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend „Kongresszentrum für Köln“ AN/0983/2011**

Wird dazu das Wort gewünscht?

**Jörg Uckermann** (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Selbstverständlich wird dazu das Wort gewünscht. Allerdings wünscht man sich bei unserem Hauptverwaltungsbeamten, dass er weniger oft das Wort wünschen würde. Ich weiß aber, wie Journalisten sind. Wir haben ja aus der Journaille erfahren, dass Sie ein Kongresszentrum in dem neuen, zukunftsweisenden Stil für Köln nicht wollen.

Das ist für uns der Anlass, dass der Stadtrat dagegenhält. Es kann nicht sein, dass Sie sich für Düsseldorfer, Bonner, Remscheider oder sonstige Interessen einsetzen. Das war ja ein Konglomerat. Man weiß gar nicht, wie Sie dazu gekommen sind, überhaupt solche Äußerungen zu treffen. Das hat zu großer Verunsicherung geführt.

Vor diesem Hintergrund haben wir unseren Antrag gestellt.

(Oberbürgermeister Jürgen Roters übergibt die Sitzungsleitung an Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes)

- Jetzt gehen Sie, Herr Oberbürgermeister. Ich wünsche Ihnen guten Hunger. Dieses Thema scheint Sie ja nicht zu interessieren.

(Beifall bei pro Köln)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Ich bitte Sie, sich mit solchen Äußerungen zurückzuhalten.

**Jörg Uckermann** (pro Köln): Wieso? Das ist doch höflich. Guten Appetit! Im Übrigen freue ich mich auch immer über eine Dame zu meiner Linken.

Unser Antrag hat zum Ziel, dass der Stadtrat in Köln die Bestrebungen unterstützt, die es seit 2006 gibt; denn sie sind essenziell für unsere Stadt, für unsere Messe, für unseren Handel, für unsere Hotellerie und insgesamt für unsere Stadt.

Ich bitte Sie um Unterstützung, damit wir ein klares Zeichen setzen, dass wir dieses Kongresszentrum wollen.

(Beifall bei pro Köln)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, ich möchte über den Antrag unter Tagesordnungspunkt 3.1.8 abstimmen lassen. Wer ist für diesen Antrag? - Das ist pro Köln. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Dann ist dieser Antrag abgelehnt.

Zu Tagesordnungspunkt 3.1.9:

**3.1.9 Antrag der FDP-Fraktion betreffend „Logistikforum - breite Beteiligung der Öffentlichkeit bei der Erarbeitung des regionalen Logistikkonzepts“ AN/0992/2011**

**Änderungs- bzw. Zusatzantrag der CDU-Fraktion AN/1089/2011**

**Änderungs- bzw. Zusatzantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen AN/1117/2011**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Herr Schultz, bitte.

(Reinhard Houben [FDP]: Darf ich beginnen, da ich der Antragsteller bin, Frau Bürgermeisterin?)

- Entschuldigung. Herr Houben, Sie haben das Wort.

**Reinhard Houben** (FDP): Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Vielleicht kommen wir bei diesem Tagesordnungspunkt sehr viel ökonomischer voran, als wir ursprünglich gedacht haben.

Nach den Erfahrungen mit den unterschiedlichsten Großprojekten, die jeweils von unterschiedlichen Parteien mal positiv und mal negativ begleitet werden, sind wir zu der Überlegung gekommen, dass es vielleicht sinnvoll wäre, auch beim Logistikkonzept die Bürger schon früher in die Verfahren einzubinden. Deshalb haben wir einen entsprechenden Antrag eingebracht.

Ich habe heute ein wenig das Gefühl gehabt, dass manche Anträge vor allen Dingen deswegen nicht so willkommen waren, weil über ihnen der falsche Briefkopf stand.

(Jörg Uckermann [pro Köln]: Sehr richtig! - Beifall bei pro Köln)

- Herr Uckermann, erlauben Sie mir folgende Bemerkung: Allein schon Ihre Begründungen sind unterirdisch, nicht nur Ihre Anträge.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der SPD)

Wir als FDP-Fraktion haben hingegen kein Problem damit, uns dem Ersetzungs- und Ergänzungsantrag von SPD und Grünen anzuschließen. Daher ziehen wir unseren Antrag zurück. Sie haben eine gewisse Konkretisierung vorgenommen, während wir es etwas weiter gefasst hatten. Wir glauben aber: Wenn wir das gemeinsame Interesse haben, die Bürger bei solchen Prozessen mitzunehmen, sollten wir nicht in eine kleinkarierte Spiegelstrich-Diskussion einsteigen.

(Beifall von Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen])

Deswegen können wir uns Ihrem Antrag anschließen, meine Damen und Herren.

Ich möchte auch die Kolleginnen und Kollegen der CDU bitten, ihren Antrag vor diesem Hintergrund ebenfalls zurückzuziehen, zumal sie mit einer Formulierung in ihrer Begründung einen Punkt setzen, der manche Leute sofort wieder verschreckt.

Ich bitte, das kurz intern zu diskutieren. Im Übrigen gehe ich davon aus, dass SPD und Grüne auch noch einmal zu ihrem Antrag sprechen werden. Dann können wir hier vielleicht schnell gemeinsam zu einem Ergebnis kommen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Danke schön, Herr Houben. - Herr Schultz, bitte.

**Alfred Schultz** (SPD): Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Houben, vielen Dank. Das ist doch schon einmal ein guter Start für meine Rede.

(Zuruf von Ralph Sterck [FDP])

Die Logistikwirtschaft ist eine der führenden Wachstumsbranchen in Nordrhein-Westfalen. Köln ist mit der Region Rheinland ein bedeutender Logistikstandort - vor allen Dingen durch seine Fünffach-Modalität mit

- dem Flughafen Köln/Bonn,
- dem Autobahnring und Autobahnen aus allen Richtungen von und nach Köln,
- dem Hauptbahnhof als internationalem Schienenknotenpunkt,
- dem zweitgrößten Binnenschifffahrtsstandort sowie
- der Pipelineinfrastruktur.

Um als attraktiver Wirtschaftsstandort auf den nationalen und internationalen Märkten wettbewerbsfähig zu bleiben, ist es wichtig, den Logistikstandort und die Region nachhaltig zu positionieren.

Dabei ist es besonders bedeutend, auf die zunehmende Nachfrage nach Verkehrsleistungen zu reagieren.

Die Gründe für die Zunahme der Verkehrsleistungen sind vielfältig:

- der Wandel der europäischen Wirtschaft weg von der Lagerhaltungsorientierung,
- die EU-Erweiterung und somit die Öffnung für die Lkw-Verkehr,
- die Hinterlandladeverkehre aus den Seehäfen Zeebrugge, Amsterdam, Rotterdam und Antwerpen sowie

- der sogenannte Güterstruktureffekt, nämlich weniger Massengüter und dafür mehr hochwertige und leichtere Güter mit hohen Ansprüchen an Schnelligkeit, Zuverlässigkeit und Flexibilität.

Um den Logistikstandort an die vielfältigen Entwicklungen im Güterverkehr anzupassen, den Anforderungen an den Klimaschutz und die Umwelt gerecht zu werden, Arbeitsplätze zu erhalten und neue zu schaffen sowie die Logistikwirtschaft als Rückgrat des regionalen Wirtschaftsstandortes zu stärken, hat der Rat aufgrund eines rot-grünen Antrages am 2. Februar 2010 beschlossen - ich zitiere -,

> die notwendigen Schritte für ein regional ausgerichtetes Logistikkonzept einzuleiten.

Ebenso soll

> die Verwaltung … die Einrichtung einer Güterverkehrskonferenz mit den in der Region relevanten Logistikakteuren prüfen.

Die Verwaltung hat am 31. März dieses Jahres im Wirtschaftsausschuss mitgeteilt, dass die Güterverkehrskonferenz als Logistikforum neu ausgerichtet wird. Die erste Sitzung wird voraussichtlich im Herbst 2011 stattfinden.

Teilnehmer sind

- Vertreter der regionalen Logistikwirtschaft, darunter bedeutende Verlader und Spediteure, aber auch Vertreter von Infrastrukturbetreibern wie der Häfen und Güterverkehr Köln, der Neuss Düsseldorfer Häfen und des Flughafens Köln/Bonn,

- Vertreter der Wissenschaft,

- Vertreter der Fachverbände sowie

- Vertreter der Ratsfraktionen und der Verwaltung.

Da es sich um ein Expertengremium handelt, das Defizite benennen und Prozesse anstoßen, keinesfalls jedoch über Infrastrukturmaßnahmen entscheiden soll, halten wir eine breite bürgerschaftliche Beteiligung in diesem Gremium für nicht zielführend. Für die Umweltbelange sollten allerdings noch Vertreter von Umweltverbänden sowie zur Wahrung der Arbeitnehmerinteressen auch Gewerkschaften einbezogen werden.

Anders verhält es sich bei konkreten Infrastrukturprojekten. Hierbei kann es - wie im Fall der Diskussion um den Ausbau des Godorfer Hafens - zu Interessenkonflikten zwischen berechtigten Bürgeranliegen und der Durchsetzung von Infrastrukturmaßnahmen kommen.

Um möglichst früh einen breiten gesellschaftlichen Konsens zu schaffen bzw. um eine notwendige Abwägung vollziehen zu können, ist eine Bürgerbeteiligung in einer frühen Phase der Planung heute unverzichtbar.

Das regionale Logistikkonzept wird sich intensiv mit der Logistikinfrastruktur und den Perspektiven für den regionalen Logistikstandort befassen. Dies soll, wie in der Mitteilung der Verwaltung dargestellt, in zwei Modulen erfolgen.

Um bei diesem standortentwicklungsbedeutsamen Objekt die berechtigten Interessen der Bürger zu berücksichtigen, schlagen wir vor, dass zwei öffentliche Informations- und Diskussionsveranstaltungen - jeweils nach Abschluss eines Moduls - durchgeführt werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, natürlich erwarten wir, dass die Verwaltung die Anregungen und Bedenken aus diesen Veranstaltungen bei der Bearbeitung des Konzeptes berücksichtigt und die Ergebnisse in den zuständigen Fachausschüssen vorstellt.

Wir halten den Verfahrensvorschlag des Oberbürgermeisters - auch und insbesondere, was die Form der Bürgerbeteiligung anbelangt - für sehr sinnvoll und unterstützen ihn nachdrücklich darin, so vorzugehen.

Weder dem FDP-Antrag, der gerade zurückgezogen worden ist, noch dem CDU-Antrag, der hoffentlich gleich zurückgezogen wird, können wir zustimmen.

Mit unserem rot-grünen Ersetzungsantrag möchten wir den Oberbürgermeister darin bestärken, den Prozess wie vorgesehen voranzutreiben. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Danke schön, Herr Schultz. - Herr Koke spricht für die CDU.

**Klaus Koke** (CDU): Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Aufgrund des kurz vor der Ratssitzung eingereichten Änderungsantrags von SPD und Grünen kann ich mich zu diesem Thema kurzfassen.

Selbstverständlich begrüßt unsere Fraktion prinzipiell eine breite Beteiligung der Öffentlichkeit. Wir stehen einer Bürgerbeteiligung immer positiv gegenüber.

Der uns soeben vorgelegte Änderungsantrag von SPD und Grünen geht in die gleiche Richtung wie unser Änderungsantrag. Da im Änderungsantrag von SPD und Grünen unser Ziel inhaltlich bzw. formal ausführlich beschrieben wird, können wir diesem Änderungsantrag zustimmen und unseren Änderungsantrag als erledigt betrachten. Somit ziehen wir unseren Änderungsantrag zurück. - Vielen Dank für die kurze Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und der FDP sowie von Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen])

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Danke schön, Herr Koke. - Herr Frank spricht für die Grünen.

**Jörg Frank** (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Bürgermeisterin! Werte Damen und Herren! Ich begrüße es, dass wir jetzt offensichtlich zu einer ziemlich breiten Übereinstimmung kommen. In diesem Zusammenhang erinnere ich daran, dass auch das regionale Logistikkonzept, das auf Initiative von SPD und Grünen eingebracht wurde und das wir am 2. Februar 2010 hier im Rat beschlossen haben, dann doch eine breitere Unterstützung erfahren hat. Bei solchen Infrastrukturprojekten ist es sicherlich der richtige Weg, zu versuchen, sie auf eine breitere Basis zu stellen. Deshalb ist es meines Erachtens auch für den weiteren Prozess sinnvoll, dass sich alle relevanten Fraktionen darin einig sind, hier Formen der Bürgerbeteiligung vorzusehen.

Es hat etwas gedauert, bis das regionale Logistikkonzept von der Verwaltung in Angriff genommen wurde. Jetzt wird die Gutachtenvergabe vorbereitet. Ich hoffe, dass wir bei der nächsten Sitzung des Wirtschaftsausschusses die Aufforderung zur Angebotsabgabe sehen werden.

Damit kommt natürlich auch der Zeitpunkt immer näher, zu klären, wie dann mit den Ergebnissen der Untersuchung umgegangen wird.

In diesem Zusammenhang schlagen wir in Ziffer 1 unseres Antrags vor, in zwei Etappen jeweils umfassende Veranstaltungen zur Bürgerbeteiligung durchzuführen, also sowohl für das Modul I, analytisch-prognostischer Teil, als auch für das Modul II, Handlungsempfehlungen.

Natürlich erfordert dies auch Zeit. Nach der jetzigen Planung wird man sicherlich nicht vor Ende 2012 zu einem abschließenden Ergebnis kommen. Wahrscheinlich wird es sogar noch etwas länger dauern. Das ist aber auch der Zielkonflikt zwischen keiner Bürgerbeteiligung und einer angemessenen Form der Bürgerbeteiligung. Für eine angemessene Bürgerbeteiligung muss man sich auch die entsprechende Zeit nehmen.

Darüber hinaus wird das Logistikforum gegründet. Die Verwaltung plant dies für den kommenden Herbst. In Ziffer 2 unseres Antrags werden die daran Beteiligten konkret aufgeführt. Natürlich müssen auch die Umweltverbände sowie die Gewerkschaften - oder eine Gewerkschaft; das muss man dann sehen - dort beteiligt werden.

Dabei wirkt dieses Forum weit über das regionale Logistikkonzept hinaus. Es soll - so ist es jedenfalls angelegt - ein kontinuierlich tagendes Gremium sein, das über einen größeren Zeitraum die Logistikentwicklung in Köln begleitet - und eben nicht nur die Erstellung des Gutachtens selbst.

Schließlich sollen aus dem regionalen Logistikkonzept heraus eine Reihe von Fragen geklärt werden - vor allem die Frage, welche Möglichkeiten es gibt, zu einer stärkeren Kooperation mit Bonn und der Region am Niederrhein zu kommen, insbesondere mit den Logistikgesellschaften der Kommunen. Eine entscheidende Rolle spielt dabei natürlich das Thema der gemeinsamen Gesellschaft von Häfen und Güterverkehr Köln und Neuss Düsseldorfer Häfen, die in diesem Jahr gegründet werden soll. In diesem Zusammenhang wird es auch darum gehen, die einzelnen Potenziale, insbesondere Flächenpotenziale, näher zu analysieren und zu schauen, ob die bestehenden Zielkonflikte sich in einer regionalen Zusammenarbeit vielleicht besser auflösen lassen, als wenn man dies nur bezogen auf das Stadtgebiet tut.

Je nachdem, wie die Abstimmung zum Godorfer Hafen am 10. Juli dieses Jahres ausgeht, werden die Gutachter unter Umständen mit einer Frage weniger Mühe haben, nämlich dann, wenn der Hafenausbau nicht kommt. Trotzdem werden sie genug zu tun haben, um ein regionales Logistikkonzept zu erarbeiten.

Wir stellen unseren Antrag mit den Ziffern 1 und 2 jetzt hier zur Abstimmung. Ich freue mich darüber, dass er auf so breite Zustimmung stößt. - Danke.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Danke schön, Herr Frank.

Dann bitte ich jetzt um die Abstimmung über den Änderungsantrag von SPD und Grünen unter Tagesordnungspunkt 3.1.9. Wer ist dagegen? - Das ist pro Köln. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Dann ist dieser Änderungsantrag mit Mehrheit angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 3.1.10:

**3.1.10 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend „Köln stellt sich quer - Konsequenzen aus den staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen gegen OB Roters“ AN/0985/2011**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Bitte.

**Judith Wolter** (pro Köln): Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Die Versammlungsfreiheit ist ein hohes Gut. Sie ist eines der wichtigsten Grundrechte, wenn es um Demokratie und Rechtsstaatlichkeit geht.

(Beifall bei pro Köln)

Denn ohne Versammlungs- und Meinungsfreiheit ist das Ausüben einer Opposition kaum denkbar.

Unser Staat misst diesem Grundrecht daher eine erhebliche Bedeutung zu. Einschränkungen sind nur ganz ausnahmsweise rechtlich möglich.

Eigentlich sollte ein Oberbürgermeister, der ein Repräsentant dieses Staates ist, diesen Grundgedanken verinnerlichen und sich ganz besonders für den Erhalt und die Gewährleistung dieses Freiheitsrechtes einsetzen.

(Beifall bei pro Köln)

Leider scheint Herr Roters jedoch das Grundgesetz in dieser Frage noch nicht ganz verstanden zu haben. Anders ist es nicht zu erklären, dass er einen Aufruf unterzeichnet, in dem es unter anderem heißt:

> Wir dulden keinen Marsch der Rechten in der Innenstadt.

Versammlungsfreiheit ist keine Frage des Geschmacks. Wer in dieser Stadt wo welche Versammlung durchführt, hat nicht Herr Roters zu entscheiden.

(Beifall bei pro Köln)

Ich spreche hier nicht davon, dass er den Aufruf gemeinsam mit Linksextremisten wie der DKP-nahen VVN-BdA unterzeichnet hat. Das ist zwar politisch zu verurteilen und möglicherweise Grund für eine Überwachung durch den Verfassungsschutz.

Hier geht es aber um den Vorwurf des strafbaren Handelns. Denn um die Versammlungsfreiheit auch gegen private Störer zu verteidigen, hat der Gesetzgeber in § 21 des Versammlungsgesetzes untersagt, eine Versammlung, die nicht verboten ist, zu stören oder ihre Durchführung zu vereiteln.

Die Staatsanwaltschaft Köln hat daher nicht ohne Grund gegen Herrn Roters ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts des Verstoßes gegen § 21 des Versammlungsgesetzes eingeleitet.

(Beifall bei pro Köln)

Wir von pro Köln sind der Meinung, dass das Verhalten des Oberbürgermeisters für jeden rechtschaffenen Bürger und Demokraten eine ungeheure Provokation darstellt. Er spricht mit totalitärer Gesinnung politisch Andersdenkenden das Recht auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit ab.

Hierdurch hat sich zudem gezeigt, wie wichtig es war, dass der „Marsch für die Freiheit“ so erfolgreich durchgeführt wurde.

(Beifall bei pro Köln)

Es gab nämlich eindeutig einen aktuellen Anlass, für die Freiheit auf die Straße zu gehen.

Hier müssen wir als Demokraten einschreiten. Wir beantragen daher, dass der Rat der Stadt Köln folgende Resolution beschließen möge:

> Der Rat verurteilt die abschätzigen Äußerungen von Oberbürgermeister Jürgen Roters zur Meinungs- und Versammlungsfreiheit und seine Mitunterzeichnung einer zur Sprengung bzw. Blockade der Versammlung „Marsch für die Freiheit“ am 7. Mai aufrufenden Erklärung.
>
> Der Rat fordert den Oberbürgermeister auf, sich für seine Äußerungen zu entschuldigen und unmissverständlich klarzumachen, dass er der Würde seines Amtes trotz der entstandenen Zweifel in Zukunft gerecht werden kann und dass er künftig unzweideutig für die Grundrechte aller Kölnerinnen und Kölner und aller politischen Gruppen der Domstadt eintritt.

(Beifall bei pro Köln)

Meine Damen und Herren, das sollte das Mindeste sein, was wir von Herrn Roters erwarten können. Hierdurch können Sie zeigen, dass auch in Köln die Grundrechte für alle Bürger gleichermaßen gelten. - Danke schön.

(Beifall bei pro Köln)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Herr Sterck, bitte.

**Ralph Sterck** (FDP): Frau Bürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ein Kernbestandteil des Dreiklangs unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung von Einigkeit, Recht und Freiheit, nämlich die Freiheit, wird von pK für verquere und aus meiner Sicht menschenverachtende Propaganda missbraucht,

(Markus Wiener [pro Köln]: Pfui! - Jörg Uckermann [pro Köln]: Schäm dich!)

wenn man durch Köln einen „Marsch für die Freiheit“ organisiert.

(Beifall bei der FDP, der CDU, der SPD, dem Bündnis 90/Die Grünen und der Linken.Köln sowie von Klaus Hoffmann [Freie Wähler Köln] und Thor-Geir Zimmermann [Deine Freunde])

Als Freier Demokrat sage ich Ihnen ganz ehrlich: Mich widert das an.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

pK verfolgt mit seinem Wirken das Ziel, die freiheitlich-demokratische Grundordnung zu destabilisieren, um Wasser auf die extremistischen Mühlen zu bekommen.

(Jörg Uckermann [pro Köln]: Unverschämtheit! Für so etwas muss es einen Ordnungsruf geben!)

Diesem Ziel dienen auch die ständigen Angriffe gegen unseren Oberbürgermeister.

(Zurufe von pro Köln: Oh!)

Der Rat der Stadt Köln lässt es sich nicht gefallen, dass der erste Bürger unserer Stadt durch Ihre Aktionen Schaden nimmt. Mit einem klaren Votum des Rates der Stadt Köln gegen diese Resolution stellen wir uns schützend kraftvoll vor unseren Oberbürgermeister; denn er genießt im Umgang mit Extremisten

(Jörg Uckermann [pro Köln]: Sie sind Extremist!)

unsere volle Unterstützung und unser volles Vertrauen. - Herzlichen Dank.

(Lebhafter Beifall bei der FDP, der CDU, der SPD, dem Bündnis 90/Die Grünen und der Linken.Köln sowie von Klaus Hoffmann [Freie Wähler Köln] und Thor-Geir Zimmermann [Deine Freunde])

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Vielen Dank, Herr Sterck. - Herr Uckermann.

**Jörg Uckermann** (pro Köln): Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Es ist zu schade, dass es keine Videoaufzeichnungen der Ratssitzungen gibt, die man der Bevölkerung als Konserve ungefiltert zur Verfügung stellen könnte.

Lieber angeblicher Kollege Sterck, mit dem man hier sitzen muss, wir akzeptieren jedes demokratische Wahlergebnis und jeden demokratisch gewählten Kollegen - auch Sie -, selbst wenn wir hier manchmal ein bisschen scharf zur Sache gehen.

Wir nehmen aber für uns in Anspruch, Demokraten im Sinne der Grundwerte unseres Grundgesetzes zu sein.

(Beifall bei pro Köln)

Man muss einmal bedenken, für was alles ich Ordnungsrufe bekommen habe. Wie Sie wissen, wehren wir uns jetzt juristisch dagegen. Wir haben uns die entsprechende Literatur angeschaut. Dort gibt es einen Passus, in dem es um den Fall geht, dass ein Ratsmitglied dem anderen vorwirft, es sei Extremist.

Sie haben eben gesagt - das habe ich, glaube ich, richtig gehört -, unser Ziel sei es, die Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland zu destabilisieren. Herr Sterck, das ist eine Unverschämtheit. Ich weise Sie da zurück.

(Beifall bei pro Köln)

Ich weise aber auch darauf hin, dass Ihre Partei auch einmal einen Flügel in der DDR und in der Volkskammer hatte. Mit diesem Flügel sind Sie dann zusammengegangen. Ich weiß ja nicht, ob Sie mit denen genauso verfahren sind. Vor diesem Hintergrund ist das erst recht eine Unverschämtheit.

Ich persönlich sage Ihnen noch etwas. Sie bezeichnen sich als einen Freien Demokraten. Da muss ich Ihnen ganz ehrlich sagen: Sie haben die Orientierung verloren.

(Beifall bei pro Köln)

Auch die DDR hat sich demokratisch genannt. Das müssen wir ja entsprechend verstehen.

Sie haben bei uns nie etwas gefunden, was als extremistisch gebrandmarkt werden könnte.

(Widerspruch von der SPD)

Ihre Rede gerade hat die Würde dieses ganzen Hauses beschädigt. Das ist anscheinend der Preis, den Sie dafür zahlen mussten, dass die Kollegen Sie beim Tagesordnungspunkt 3.1.7 gerettet haben. Ihre sachliche Arbeit ist nämlich unterirdisch, um Ihnen das auch einmal zu sagen. - Danke.

(Beifall bei pro Köln)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Daher lasse ich jetzt über diesen Antrag abstimmen. Wer ist dafür? - Das ist pro Köln. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Dann ist der Antrag abgelehnt.

(Beifall bei der CDU, der SPD und der FDP - Zurufe von pro Köln: Pfui!)

Ich rufe auf:

**3.1.11 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend „Historisches Erbe in Deutz erhalten“**
**AN/0988/2011**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Herr Uckermann.

**Jörg Uckermann** (pro Köln): Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Wir haben hier einen Antrag eingebracht, in dem es um das historische Erbe in Deutz geht.

Aus der Heimatkunde wissen wir viel zu wenig darüber, dass wir auch im rechtsrheinischen Köln ein historisches Erbe haben, bei dem wir lange in die Vergangenheit zurückschauen können.

Durch einen glücklichen Umstand, nämlich die Arbeiten am Rheinboulevard, sind dort erstaunliche und sehr begrüßenswerte Ergebnisse der Grabungen der Bodendenkmalpflege zutage getreten, die wir gerne erhalten wollen. In mehreren Ausschüssen ist das angesprochen worden.

Es gibt eine Bürgerinitiative in Deutz, die anregt, diese Fundstücke bzw. diese Bauwerke doch vielleicht zu einer kleinen archäologischen Zone auszubauen.

Mit unserem Antrag wollen wir der Verwaltung die Möglichkeit geben, das aufzugreifen und mit in die Planungen einzubeziehen. Wir haben ja auch gehört, dass es in letzter Zeit aus unterschiedlichen Gründen zu Bauverzögerungen kommt. Vor diesem Hintergrund wäre es ohne weitere Umstände möglich, dass man hier noch einmal neu plant und diese historischen Bauwerke mit einbezieht.

Wir sollten diese Stärke nutzen, die Köln hat, damit wir einen Rheinboulevard mit Charakter bekommen, an dem Geschichte erlebbar wird. Deutz und die Schäl Sick haben das verdient, denke ich. Daher bitte ich Sie um Zustimmung. - Danke.

(Beifall bei pro Köln)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Ich lasse über den Antrag unter Tagesordnungspunkt 3.1.11 abstimmen. Wer ist für diesen Antrag? - Das ist pro Köln. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Damit ist dieser Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Dann kommen wir zu:

**3.1.12 Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion betreffend „Videoüberwachung an KVB-Haltestellen“**
**AN/1056/2011**
**Änderungs- bzw. Zusatzantrag der Fraktion pro Köln**
**AN/1087/2011**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Herr Möring, bitte.

**Karsten Möring** (CDU): Frau Bürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Köln ist, was gewalttätige Kriminalität angeht, leider keine Insel der Seligen. Unsere Verkehrsanlagen sind das genauso wenig wie in anderen Großstädten auch. Dies hat der jüngste Zwischenfall - nicht das erste Mal, aber in schwerer Form - uns leider bewiesen.

Wir haben in Bezug auf die Frage der Sicherheit in unseren ÖPNV-Anlagen, vor allen Dingen auch im Betrieb, über die Jahre einiges unternommen und auch gewisse Erfolge erzielt. Hier ist beispielsweise die Aufzeichnung in den Wagen zu nennen - wobei man schwer nachweisen kann, wie viel dadurch verhindert wurde und wie groß der präventive Effekt ist.

Unzweifelhaft ist bei jeder Erhebung für das Kundenbarometer die Frage der Sicherheit, und zwar sowohl der subjektiven als auch der objektiven Sicherheit, eine elementare Frage, vor der die Fahrgäste der KVB stehen, insbesondere in den Abend- und Nachtstunden.

Im Zusammenhang mit dem Zwischenfall, den wir zu beklagen haben, hat sich gezeigt, dass die technischen Möglichkeiten zur Aufzeichnung sich inzwischen deutlich verbessert haben und dass die KVB dieses Instrument zu Betriebszwecken nutzt. Die Preise für solche Anlagen sind in den letzten Jahren auch deutlich gefallen.

Aus Sicherheitsgründen haben die Datenschutzbeauftragten in einigen Städten nahezu flächendeckende Überwachungsmöglichkeiten akzeptiert. Trotzdem beklagen wir in anderen Teilen des Landes nach wie vor schwere Zwischenfälle. Verhindern kann man sie auf diese Weise nicht, aber deutlich reduzieren.

Deswegen sind wir der Auffassung, dass wir die Erfahrungen und Informationen, die wir auf diese Weise gewonnen haben, nutzen müssen, um die Sicherheit deutlich zu verbessern. Zurzeit ist das nur dadurch möglich, dass wir die Videobeobachtung und Videoüberwachung deutlich ausweiten.

Dabei geht es aber nicht darum, Möglichkeiten zu eröffnen, eine nachträgliche Beweissicherung vorzunehmen, wenn ein Vorfall passiert ist. Sicherheit schaffen wir vielmehr dann, wenn wir auf diese Weise Beobachtungsmöglichkeiten und - ganz entscheidend - Eingriffsmöglichkeiten haben, um Zwischenfälle zu verhindern. Es geht also nicht darum, Vorfälle nachträglich zu dokumentieren, sondern um deren Verhinderung.

Bei einer Videoüberwachung, die es erlaubt, dass Personal das Geschehen an den Haltestellen beobachtet, gibt es Eingriffsmöglichkeiten, die wir bisher bei weitem nicht in diesem Umfang haben. Wir haben die Möglichkeit der Alarmierung der Polizei. Wir haben die Möglichkeit der Alarmierung des Sicherheitspersonals der KVB, wenn es denn in der Nähe ist. Wir haben aber auch so triviale Dinge wie die Möglichkeit der Nutzung des Lautsprechers auf dem Bahnsteig, über den der Beobachtende sagen kann: Sie da hinten im grauen Parka, lassen Sie das, was Sie da gerade machen, sofort sein.

Ich glaube, dass die abschreckende Wirkung einer solchen Eingriffsmöglichkeit erheblich und positiv ist.

In der Folge werden die dafür anfallenden Kosten zu einem großen Teil dadurch aufgewogen, dass wir für die Fahrgäste nicht nur mehr Komfort, sondern vor allen Dingen mehr Sicherheit liefern und damit auch die Bereitschaft zum Fahren stark verbessern.

(Beifall bei der CDU)

Alle diejenigen älteren Menschen, die aus Furcht vor solchen Situationen die KVB nicht nutzen, wären unter solchen Umständen sicherlich wesentlich eher bereit, sich der KVB anzuvertrauen.

Zurzeit wird die Leitstelle der KVB umgebaut. Es wäre sehr gut, wenn wir es durch den Beschluss unseres Antrags ermöglichen würden, im Zusammenhang mit dem Umbau oder Neubau dieser Leitstelle auch entsprechende Beobachtungsmöglichkeiten zu schaffen. Das ist aus unserer Sicht elementar.

Was kostet das? Das wissen wir nicht. Unser Antrag ist darauf angelegt, eine deutliche Ausweitung zu beschließen. Die Folge wird sein, dass man dann Klärungen vornehmen muss, wo

wir dieses Instrument vorrangig einsetzen, wie wir es ausbauen und wie wir das Ganze finanzieren.

Das ist eine der wenigen Maßnahmen, die Sicherheit rentierlich macht, weil wir damit auch zusätzliche Einnahmen generieren.

Selbst wenn das nicht der Fall wäre, wären allein der Gewinn an Sicherheit und das Verhindern von Körperverletzungen bis hin zu schwerer Körperverletzung ausreichende Gründe, zu sagen: Wir wollen das machen.

Der letzte Satz des Beschlusstextes unseres Antrags zielt darauf, dass wir ein Problem mit der Überwachung haben, soweit der Raum außerhalb der KVB betroffen ist. Dafür gibt es Lösungen: dass man das einschränkt, dass man diesen Raum auf anderer rechtlicher Basis überwacht oder dass man - ich will das einmal ganz deutlich sagen - im Notfall auch Teile von U-Bahn-Anlagen, die im Hoheitsbereich der Stadt liegen, der KVB überträgt, um dort die entsprechende Möglichkeit zu schaffen.

Diese Hindernisse sollten uns nicht davon abhalten sollten, diesen Schritt zu gehen. Er wird sich rentieren. Ich garantiere Ihnen, dass sich die Rendite sowohl im wörtlichen Sinn als auch im übertragenen Sinn einstellen wird. Das Vertrauen in die Dienstleistung der KVB, das Vertrauen in unseren öffentlichen Nahverkehr und die Nutzung unseres Nahverkehrs werden deutlich gewinnen. Schließen Sie sich daher unserem Antrag an, und stimmen Sie zu.

(Beifall bei der CDU)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Danke schön, Herr Möring. - Frau dos Santos Herrmann, bitte.

**Susana dos Santos Herrmann** (SPD): Frau Bürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Möring, ich denke, dass wir uns in der Zielsetzung einig sind. Wir wollen in den Bahnen und auf den Bahnsteigen so viel Sicherheit gewährleisten, wie wir können.

Wir glauben allerdings, dass die Form der Videoüberwachung, die Sie hier vorschlagen, letztlich zu einer flächendeckenden Überwachung führt - die am Ende aber auch nicht viel bringt.

Diejenigen, die dem Polizeibeirat angehören, haben die Diskussion in den letzten Jahren sicherlich aufmerksam verfolgt und immer wieder die Meinung der Kölner Polizei gehört. Die Kölner Polizei findet Videoüberwachung nämlich sehr hilfreich, was die Aufklärung von Straftaten angeht. Das hat sich in den vergangenen Jahren auch gezeigt. Bei schweren Körperverletzungen oder anderen Straftaten haben solche Videoaufnahmen sehr stark, sehr gut und auch sehr schnell zur Aufklärung der Straftaten beigetragen. Sie zur Verhinderung von Straftaten einzusetzen, ist hingegen fast unmöglich.

(Winrich Granitzka [CDU]: Wenn man es beobachtet, nicht!)

- Dann stellt sich aber die Frage: Wo sind die Leute besser eingesetzt? Wir sind der Auffassung, dass es die effektivere Maßnahme ist - ein entsprechendes Programm hat der Oberbürgermeister, damals noch als Kandidat, im Jahr 2009 vorgeschlagen -, Schaffner im Nahverkehr einzusetzen.

(Beifall von Jörg Detjen [Die Linke.Köln] - Zurufe von der CDU)

Wir haben vor einem guten Jahr mit zehn Personen angefangen.

(Andreas Köhler [CDU]: Ui! - Weitere Zurufe von der CDU)

In dem damaligen Antrag war vorgesehen, dass Ganze nach zwei Jahren zu bewerten. Nach unserer Auffassung ist der Zeitpunkt für die Bewertung eigentlich schon jetzt gekommen. Nach einem guten Jahr kann man Ergebnisse vorlegen und auswerten, was es gebracht hat.

Wenn wir schon viel Geld ausgeben, dann sollten wir dieses Geld lieber wieder in Personal stecken, das dann auch vor Ort ist, die subjektive Sicherheit sowie objektive Sicherheit erhöht und im Notfall auch einmal eingreifen kann. Das halten wir für den besseren und sinnvolleren Weg.

(Karsten Möring [CDU]: Wollen Sie denn auf jeden Bahnsteig jemanden stellen?)

- Herr Möring, Sie wissen doch auch, dass wir - wenn Ihre Monitore mal funktionieren - mindestens genauso viele Leute an den Monitoren sitzen haben müssten, damit das Ganze klappt. Das ist mindestens so teuer wie der direkte Einsatz von Personal in den Bahnen und auf den Bahnsteigen.

Im Übrigen bedeuten jede Fahrausweiskontrolle und jeder Gang von Sicherheitspersonal über den Bahnsteig einen Sicherheitsgewinn. Diese zehn Personen sind ja nicht die Einzigen. Bei der KVB haben schon vorher eine ganze Menge Menschen in diesem Bereich gearbeitet. Insofern ist das schon in Ordnung.

(Karsten Möring [CDU]: Wie kommen wir denn dann zu solchen Kundenbarometer-Ergebnissen?)

- Das ist eine Frage der subjektiven Sicherheit. Da gebe ich Ihnen recht. Die subjektive Sicherheit ist noch nicht da, wo wir sie gerne haben möchten.

Wir halten es für richtig, dieses Programm fortzusetzen und nach Möglichkeit auszuweiten.

Nach unserer Auffassung sollte die KVB ihre vor kurzem gestartete Überwachung an den Bahnsteigen auch analog zu dem gestalten, was sie in den Bahnen bereits tut. Damit hat die KVB im Übrigen auch etwas spät angefangen; das hätten wir schon ein bisschen früher haben können. Jetzt wird es aber gemacht. Damit ist die KVB aus unserer Sicht auch auf dem richtigen Weg.

Wir sollten die Dinge tun, die effektiv zur Sicherheit beitragen,

(Henk van Benthem [CDU]: Ablehnen!)

und nicht Sicherheit suggerieren, die wir so, wie Sie es vorschlagen, nicht gewährleisten können. Deswegen lehnen wir Ihren Vorschlag ab.

(Beifall bei der SPD - Karsten Möring [CDU]: Sind die anderen Städte etwa zu dumm, um das zu erkennen?)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Frau Tull, bitte.

(Bettina Tull [Bündnis 90/Die Grünen]: Ich ziehe zurück!)

- Das hat sich erledigt. - Herr Detjen.

(Zuruf)

- Entschuldigung. Herr Breite, bitte.

(Jörg Detjen [Die Linke.Köln]: Herr Breite, ich hätte mich auch gewundert, wenn Sie nichts sagen würden!)

**Ulrich Breite** (FDP): Liebe Frau Bürgermeisterin Scho-Antwerpes! Meine Damen und Herren! Wir haben am 7. April dieses Jahres hier schon eine Diskussion zum Thema „Videoüberwachung in KVB-Bussen“ geführt. Sie können sich sicherlich noch daran erinnern. Aufhänger war unsere Nachbarstadt Bonn. Wir haben darum gebeten, das dort praktizierte Modell auch in Köln einzuführen. An diese Diskussion habe ich mich bei dem erinnert, was Frau dos Santos Herrmann gerade hier gesagt hat. Damals hat man das nämlich auch auf die lange Bank geschoben. Man wollte es sich erst einmal anschauen und empirische Untersuchungen haben.

Jetzt haben wir diesen tödlichen Vorfall gehabt, der uns alle sehr schmerzt. Vor diesem Hintergrund möchte ich Sie noch einmal an das erinnern - Herr Fenske ist heute da; er war damals auch da -, was ich in meiner Rede am 7. April 2011 gesagt habe. Ich darf mich einmal selber zitieren:

(Zurufe: Ui!)

Es ist festzuhalten, dass die Videoüberwachung nicht nur in den Bahnen, sondern gerade auch an den Haltestellen zur Identifizierung von Gewalttätern führt; leider nehmen auch dort die Übergriffe zu. Wenn die KVB dieses Instrument einsetzt, kann kein Täter mehr sicher sein, mit seinen Gewalttaten unerkannt zu bleiben.

(Beifall bei der FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren von SPD und Grünen, Sie haben daraus keine Konsequenzen gezogen. Nach dem, was wir gehört haben, wollen Sie heute wieder keine Konsequenzen aus diesem schrecklichen Vorfall ziehen.

Ich darf hier auch Frau Tull zitieren, die damals gesagt hat:

Aber: Maßnahmen müssen auch wirksam sein. Für diese Wirksamkeit haben wir bis jetzt keine Belege.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, haben wir jetzt nicht Belege?

(Beifall bei der FDP)

Müssen wir jetzt nicht endlich umdenken, anstatt wieder so lange zu warten, bis ein nächster Vorfall passiert?

Ich war erschüttert, als im Zusammenhang mit der Diskussion über die Vorfälle in München und Berlin herauskam, dass die Opfer Druckknöpfe betätigen müssen, um die Videoanlagen einzuschalten. Wir alle haben die Bilder von München und Berlin noch im Gedächtnis. Dort hatten die Opfer gar keine Chance, an diese Druckknöpfe heranzukommen.

Vor diesem Hintergrund müssen wir hier in Köln etwas ändern, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP sowie bei Teilen der CDU)

Das sind wir den Kundinnen und Kunden der KVB schlichtweg schuldig. Darum erwarte ich hier ein Konzept.

Herr Fenske, ich möchte, dass Sie in dieses Konzept auch die Videoüberwachung in den Bussen aufnehmen, wie wir es gefordert haben.

(Beifall bei der FDP sowie bei Teilen der CDU)

Wir lassen es nicht zu, dass es hier bei der Sicherheit eine Zweiklassengesellschaft gibt, weil Videoüberwachung nur in den Stadtbahnen stattfindet, an den Haltestellen und in den Bussen hingegen nicht. Nehmen wir uns ein Beispiel an Bonn und vielen anderen Städten.

Ich verlange an dieser Stelle ein Gesamtkonzept. Herr Fenske, es darf nicht wieder passieren, dass Sie vor der Presse erklären, aus Datenschutzgründen gehe das nicht, woraufhin Ihnen vom Land gesagt wird, dass das längst schon möglich sei und praktiziert werde. Hier möchte ich ein umfassendes Konzept haben, und zwar schleunigst.

Ich kann nicht verstehen, warum SPD und Grüne auch diesen Antrag ablehnen und das Ganze wieder auf die lange Bank schieben wollen. Ich weiß nicht, welche Belege, die Frau Tull haben wollte, wir über diese schreckliche Tat hinaus denn noch brauchen. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Dann pro Köln.

(Jörg Uckermann [pro Köln]: Ich habe einen Namen, Herr Roters!)

- Ein Vertreter von pro Köln. Herr Uckermann.

**Jörg Uckermann** (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Zu diesem Antrag haben wir einen Änderungsantrag vorgelegt, der das Ganze konkretisiert und auch wirksam macht. Eines ist nämlich auch in der jetzt geführten Debatte deutlich geworden: Hier sind einige Leute, die die Lippen spitzen, aber nicht pfeifen wollen.

Eben haben wir gehört, dass es in Köln - Sie hatten das ja groß angekündigt - wirklich Zugbegleiter oder Wagenbegleiter gibt. Das sollen also zehn Personen sein. Wir haben neun Stadtbezirke mit jeweils rund 100 000 Einwohnern. Da sind zehn Personen schon sehr armselig. Wir werden der Sache natürlich nachgehen.

Die CDU hat jetzt wohl aufgrund der Medienberichterstattung gedacht, sie müsse hier einmal etwas tun, um die Leute zu beruhigen, die sie sonst immer wählen. Anscheinend ist das aber nur eine Beruhigung, die über die Medien kommuniziert werden soll. Es ändert sich nicht wirklich etwas.

Wir haben gesagt: Warum geht das nicht so wie in München? Warum geht das nicht so wie in Berlin? Dort gibt es ein ganz anderes Sicherheitsgefühl.

Liebe Frau dos Santos Herrmann, Sie haben von subjektiver und objektiver Sicherheit gesprochen. Es geht um die echte Sicherheit. Die Sicherheit der Statistiken bzw. die Sicherheit der Akten interessiert uns nicht. Wenn die Polizei auf politischen Befehl hin möchte, dass sich die Sicherheit verbessert, verweigert sie einfach die Annahme einiger Anzeigen oder wimmelt die Leute ab. Die Leute trauen sich dann gar nicht mehr, etwas zu machen. Das ist anscheinend Ihre Scheinwelt - die Aktensicherheit.

Uns interessiert natürlich die Lebenswirklichkeit. In Köln kann KVB fahren tödliche Folgen haben. Man wird hier vermöbelt, und es geschieht nichts. Daher fordern wir, dass nach den Konzepten der Städte München und Berlin auch in Köln die Sicherheit durch Präsenz am Bahnsteig und in den Bahnen verbessert wird.

Ich bitte, unserem Antrag zuzustimmen. - Danke.

(Beifall bei pro Köln)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Dann kommen wir zu Herrn Detjen.

**Jörg Detjen** (Die Linke.Köln): Meine Damen und Herren! Herr Oberbürgermeister! Vielleicht erinnern Sie sich noch an die Anhörung zur Videoüberwachung, die im Jahr 2004 hier im Ratssaal stattgefunden hat. Herr Behrendes von der Polizei Köln hat nicht nur auf die verschiedenen Sicherheitsgefühle hingewiesen, sondern auch auf folgende Problematik: Es bringt nichts, den öffentlichen Raum mit Kameras zu überwachen, wenn man gar nicht die Möglichkeit hat, einzugreifen. - Damit war dieses Thema eigentlich vom Tisch.

Jetzt tritt die CDU mit ihrem neuen Antrag für die Ausweitung der Videoüberwachung ein. In ihrem Antrag fordert sie - ich zitiere -,

> sicherzustellen, dass durch zeitgleiche Beobachtung der Monitore ein unverzügliches Eingreifen bei Zwischenfällen gewährleistet werden kann.

Herr Möring hat hier auch noch einmal beispielhaft ausgeführt, wie er sich das vorstellt. Im Prinzip sollen alle U-Bahn-Stationen überwacht werden. Dabei soll das Geschehen nicht nur aufgezeichnet werden, sondern auch von Sachbearbeitern beobachtet werden, die am Bildschirm sitzen und dann sogar noch per Lautsprecherdurchsage in die U-Bahn-Station hinein eingreifen können.

Meine Damen und Herren, das halte ich für ziemlich absurd.

(Beifall bei der Linken.Köln - Ulrich Breite [FDP]: Berlin!)

Die ganze Frage „Videoüberwachung, ja oder nein?“ ist wirklich völlig absurd.

Wir haben in Köln circa 500 Bahnsteige der KVB. Minimieren wir das jetzt einmal auf 40 U-Bahn-Stationen, Herr Breite. Lassen wir auch einmal die rechtliche Problematik, dass es sich bei einer öffentlichen Station um öffentlichen Raum handelt, außen vor, und fokussieren wir uns auf die 40 U-Bahn-Stationen. Wenn Sie diese U-Bahn-Stationen rund um die Uhr einzeln beobachten wollen - bis zu dem Punkt, dass Sie solche Lautsprecherdurchsagen machen -, brauchen Sie pro Station und Schicht mindestens drei Beschäftigte. Unter Berücksichtigung der Urlaubszeiten sind also circa 150 Beschäftigte notwendig, um nur die 40 U-Bahn-Stationen beobachten zu können.

(Henk van Benthem [CDU]: Es geht darum, Menschen zu schützen! - Weitere Zurufe von der CDU)

Das halte ich für völlig absurd.

An dieser Stelle gehe ich mit Frau dos Santos Herrmann konform. Dann sind mir 150 Schaffnerinnen und Schaffner lieber, die auch tatsächlich vor Ort sind und notfalls präventiv eingreifen können.

(Henk van Benthem [CDU]: Dann tun Sie es doch!)

Wenn ich vor dem Bildschirm sitze und einen Vorfall beobachte, ist es ja nicht so, dass ich in dem Sinn physisch eingreifen könnte. Ich kann lediglich die Polizei rufen usw. usf. Genau so ist es auch gewesen. Bei dem Unglück am Appellhofplatz hat doch jemand die Polizei gerufen. Die Polizei ist auch gekommen. Der Täter und das Opfer waren aber nicht mehr da. Das ist doch die Problematik.

Ich würde mir hier im Rat der Stadt Köln eigentlich eine sachliche Diskussion über die gesamte Problematik wünschen. In diesem Zusammenhang müssen wir uns die Frage stellen, wie wir mit dem öffentlichen Raum umgehen. Denn dort hat sich natürlich Verschiedenes geändert; das ist gar keine Frage. Der öffentliche Raum spielt in der Stadtgesellschaft eine viel größere Rolle.

Vor diesem Hintergrund brauchen wir eine Politik des öffentlichen Raumes. Das muss sowohl eine soziale Politik als auch eine kommunikative Politik sein. Es muss aber auch eine Sicherheitspolitik sein. Das ist doch gar nicht die Frage; darüber kann man selbstverständlich reden. Diese Sicherheitspolitik muss aber auf den gesamten öffentlichen Raum bezogen sein. Eine solche Strategie müssen wir entwickeln. Darüber müssen wir diskutieren -

(Karsten Möring [CDU]: So lange sollten wir besser nichts tun?)

und nicht über die Frage: Videoüberwachung, ja oder nein? Das bringt uns in der ganzen Diskussion nicht weiter.

Ich möchte mit folgendem Satz schließen: Die informelle Selbstbestimmung ist ein Grundrecht, das wir verteidigen sollten - in Köln und in der Bundesrepublik. - Danke schön.

(Beifall bei der Linken.Köln und von Thor-Geir Zimmermann [Deine Freunde])

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Danke, Herr Detjen. - Herr Fenske.

**Jürgen Fenske** (Kölner Verkehrs-Betriebe): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich bin dankbar, dass ich für die KVB hier mit einigen Anmerkungen zu einem sehr wichtigen Thema Stellung nehmen kann.

Mittlerweile bin ich gut zwölf Jahre in dieser Branche tätig. Ich habe dieses Thema auch in Hamburg bei der S-Bahn intensiv erlebt; sie ist ebenfalls ein Brennpunkt gewesen. Es ist ein schwierig zu diskutierendes Thema; denn wenn wir über das subjektive Sicherheitsgefühl und über objektive Tatbestände sowie über Kosten und Finanzierung sprechen, ist das immer etwas sensibel.

Wenn man Daten nennt - ich werde auch gleich einige Zahlen anführen -, dann bitte ich das nie so zu verstehen, als ob damit etwas verniedlicht werden sollte. Ich sage ganz deutlich: Jede Straftat im deutschen ÖPNV und bei den Kölner Verkehrs-Betrieben ist eine zu viel.

(Beifall bei pro Köln sowie bei Teilen der CDU)

Wir haben die Pflicht und die Verantwortung, alles Mögliche zu tun, um unseren Fahrgästen die Sicherheit in den Fahrzeugen und in den Stationen zu ermöglichen.

Erlauben Sie mir aber doch, auf einige Dinge hinzuweisen, die die Sicherheitsstandards hier in Köln, aber auch in der Republik betreffen.

Ich bin Herrn Breite übrigens sehr dankbar für seine Bemerkung. Wir geben Ihnen sehr gerne einmal das Konzept der KVB zum Thema Sicherheit - das es sehr wohl gibt, das aber ganz offensichtlich nicht ausreichend kommuniziert worden ist.

Lassen Sie mich in das Thema mit der Frage einsteigen, wie ist denn tatsächlich um die objektive Sicherheit bestellt ist. Dazu gibt es in der Republik sehr unterschiedliche Statistiken.

Wir wissen, dass beim ÖPNV in Köln - also nicht bei der KVB allein; das schließt die DB und andere öffentliche Verkehrsunternehmen mit ein - die Kriminalität im Jahr 2010 gegenüber 2009 deutlich rückläufig gewesen ist.

Damit korrelieren nicht die von Herrn Möring angesprochenen Werte nach dem Kundenbarometer. Diese Werte schauen wir uns monatlich sehr genau an, weil wir natürlich wissen möchten, was da los ist, und auch damit arbeiten wollen. Bei einem Kundenbarometer müssen Sie allerdings immer zugrunde legen, dass sich darin auch sehr subjektive Stimmungen und Meinungen widerspiegeln.

An dieser Stelle können Sie auch schon fast eine Korrelation herstellen. Wenn in der Presse sehr breit über Übergriffe in München, Berlin oder wo auch immer berichtet wird - und über solche Vorfälle wird in aller Regel sehr breit berichtet -, trägt sich das auch im Empfinden und im Meinungsbild der Kunden der Kölner Verkehrs-Betriebe ab.

Noch einmal: Ich will das gar nicht verniedlichen. Ich will das überhaupt nicht relativieren. Das sind sehr wichtige Werte, nach denen wir auch gucken. Diesen Hintergrund muss man aber berücksichtigen.

Die Kölner Verkehrs-Betriebe haben, über alles betrachtet - das werden wir Ihnen gerne auch schriftlich darstellen -, im Vergleich mit anderen Städten exakt eins zu eins den Standard der Städte, die auch hier und heute zitiert worden sind - vielleicht sogar ein bisschen mehr. Und das ist gut so. Wir haben also keinen Standard, bei dem wir sagen müssten, dass es hier großartige Defizite und großartige Lücken gäbe. Vielmehr entspricht der Standard in Köln dem, was man heute anderswo in der Republik als modernes ÖPNV-Unternehmen zur Sicherheit seiner Fahrgäste auch hat.

Ich will auch darauf hinweisen, dass man das Thema der Sicherheit für die Fahrgäste nicht nur auf das Stichwort Video reduzieren darf; denn der personelle Einsatz und die physische Präsenz von Mitarbeitern der KVB sind schon sehr wesentlich.

Erlauben Sie mir, jetzt doch noch einige Daten zu nennen. Insgesamt haben wir im Bereich Sicherheit und Service 110 Mitarbeiter. Darüber hinaus sind bei uns 110 Mitarbeiter als Fahrausweisprüfer tätig und damit auch vor Ort präsent. Ferner haben wir 48 Verkehrsmeister.

Außerdem arbeiten - und das ist nicht die Praxis in der Republik - sechs Mitarbeiter eines privaten Sicherheitsunternehmens für uns. Das sind in

aller Regel Hundeführerinnen und Hundeführer. Ich habe mir selber einmal angeguckt, wie es ist, wenn man abends eine Ringlinie benutzt, in der ein Hundeführer oder - wie in diesem Fall - eine Hundeführerin mitfährt. Dabei ist mir sehr deutlich geworden, welches Sicherheitsgefühl sie schon allein dem eigenen Personal gibt. Diesen Hundeeinsatz - das wird alles sehr zurückhaltend durchgeführt - finden Sie in anderen Unternehmen bzw. in den anderen Großstädten, die hier zitiert worden sind, nicht eins zu eins wieder.

Herr Breite, die Aufstellung von Info- oder Notrufsäulen mit Kameras, die über Druckknöpfe eingeschaltet werden, ist auch Standard in Deutschland. Hier muss man im Übrigen differenzieren.

Erstens: Betriebskameras. Ich habe auch die Videobilder gesehen, die zu der Ergreifung des Täters vom Appellhofplatz geführt haben. Diese Bilder sind von der Betriebskamera aufgenommen worden. Sie konnten sowohl im Hintergrund als auch im Vordergrund etwas sehen, und zwar relativ klar. Es gibt dann noch weitere Möglichkeiten - die ich nicht im Einzelnen kenne -, die Bilder zu vergrößern und besser aufzulösen. Eine solche Betriebskamera in einer unterirdischen Station nimmt also relativ klar und deutlich das auf, was dort passiert.

Zweitens: Kameras an Info- oder Notrufsäulen. Das Einschalten einer Kamera bei Betätigung der Info- oder Notrufsäule findet in Flensburg, in Hamburg, in Berlin und auch in Köln statt. Bei Betätigung des Druckknopfs wird sofort die Kamera aufgeschaltet, damit die Leitstelle auch den entsprechenden Kontakt hat. Dabei handelt es sich um eine ganz übliche Praxis und ein ganz übliches Verfahren in ganz Deutschland.

Es ist also nicht so, dass der Betroffene erst einen Knopf drücken muss, damit überhaupt etwas aufgezeichnet wird. Das gesamte Geschehen an der Station wird von einer anderen Kamera aufgenommen als von der Kamera, die nur auf die Info- oder Notrufsäule gerichtet ist und die dann genauso betätigt werden kann, wie auch die Info- oder Notrufsäule selber betätigt werden kann.

Zum Thema „Leitstelle und Monitore“ möchte ich Folgendes sagen: Wie Sie wissen, sind der Kollege Schwarze und ich letzte Woche hier in den Fraktionen gewesen, um anlässlich der aktuellen Presseberichterstattung zu berichten. In einer Fraktion wurde die Frage gestellt, wie es denn mit einer Ausweitung dieser Monitore aussehe.

Herr Möring hat den Umbau oder Neubau unserer Leitstelle zu Recht erwähnt. Die KVB steht hier vor einer großen Ersatzinvestition. Es wird praktisch eine neue Leitstelle sein. Unsere jetzige Leitstelle ist 20 Jahre alt. In zwei Jahren werden wir eine völlig neue Leitstelle haben - einschließlich einer kompletten sogenannten redundanten Leitstelle, also einer Rückfallebene.

Vor diesem Hintergrund haben der Betriebsleiter und ich uns einmal einige Leitstellen in Deutschland angeschaut - nach dem Motto: Wenn wir jetzt schon so viel Geld in etwas investieren, was dann auch wieder 15 bis 20 Jahre halten muss, sollten wir uns doch einmal angucken, was der Stand der Technik ist.

Die neueste Leitstelle in Deutschland ist die der Hamburger Hochbahn. Dort hat man auch ein sehr gutes Konzept, was die Kundeninformation, die Beobachtung des Betriebsgeschehens und die Sicherheit angeht. Das hat man in Hamburg sehr gut miteinander kombiniert. Es ist gar nicht so weit weg von dem, was die KVB heute schon hat, aber sehr gut umgesetzt, modernste Technik etc. pp.

Aber auch die Hamburger Hochbahn hat - in Anführungszeichen; sehen Sie es mir nach - „selbstverständlich“ nicht so viele Kameras, wie sie hier gefordert werden. Das geht praktisch auch gar nicht. Ich möchte darauf verzichten, Ihnen jetzt die Zahlen, die mir aufbereitet worden sind, vorzutragen, wie viel zusätzliches Personal notwendig wäre und wie viele Monitore aufgestellt werden müssten. Das geht praktisch nicht, sondern es läuft schon so ab, dass die geschulten Mitarbeiter in der Leitzentrale natürlich auch Aspekte wie das aktuelle Betriebsgeschehen berücksichtigen. Sie schauen sehr gezielt danach, wo Sonderverkehre stattfinden, ob beispielsweise in der LANXESS arena etwas los ist, ob es Stadionverkehre gibt usw. Dann schalten sie die entsprechenden Bilder auf. Dort, wo etwas steuernd und lenkend zu tun ist, reagieren sie auch - unter anderem gemeinsam mit der Polizei.

Alles zusammengenommen, möchte ich wie folgt schließen: Es ist in der Tat ein sehr sensibles Thema. Alle Fachkollegen sind auch dabei, sich hier sehr gut aufzustellen. Die KVB hat den Standard, wie er in der Republik üblich ist. Gleichzeitig werden wir natürlich weiter daran arbeiten, die Dinge, die wir heute haben, weiter

zu optimieren. - Wir leiten Ihnen gerne unser Konzept zu.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Vielen Dank, Herr Fenske. - Damit haben wir das Ende der Diskussion dieses Tagesordnungspunktes erreicht und können zur Abstimmung kommen.

Zunächst stimmen wir über den Änderungsantrag der Fraktion pro Köln ab. Wer ist für diesen Antrag? - Das ist die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit ist er abgelehnt.

Jetzt kommen wir zur Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die CDU, die FDP und die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Ich rufe auf:

**4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

Zu Tagesordnungspunkt 4.1:

**4.1 Anfrage der CDU-Fraktion betreffend „Arbeit des Gefährdungsmeldungs-Sofortdienstes sowie des allgemeinen sozialen Dienstes der Stadt Köln“ AN/1053/2011**

**Antwort der Verwaltung vom 26.05.2011 2028/2011**

Ich sehe keine weiteren Nachfragen dazu. Damit ist die Beantwortung so entgegengenommen.

Wir kommen zu:

**4.2 Anfrage der CDU-Fraktion betreffend „Mehr Raumkapazitäten für den Sport“ AN/1061/2011**

**Antwort der Verwaltung vom 26.05.2011 2123/2011**

Auch hier stelle ich die Frage, ob es dazu noch Nachfragen des Fragestellers gibt. - Das ist nicht der Fall. Dann ist diese Anfrage auch so weit abgeschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 4.3:

**4.3 Anfrage der CDU-Fraktion betreffend „Schultoilettenkonzept“ AN/1062/2011**

**Antwort der Verwaltung vom 26.05.2011 2093/2011**

Ich sehe keine Nachfragen.

Wir kommen zu:

**4.4 Anfrage der Fraktion Die Linke.Köln betreffend „Kostensteigerung beim Rheinboulevard“ AN/1069/2011**

**Antwort der Verwaltung vom 26.05.2011 2132/2011**

Gibt es hierzu Nachfragen? - Herr Detjen, bitte. Sie können dazu noch maximal zwei Fragen stellen.

**Jörg Detjen** (Die Linke.Köln): Herr Streitberger, in unserer Frage 2 hatten wir uns noch erkundigt, ob der „kleine STEA“ vorab unterrichtet war.

Wenn ich es richtig verstehe, ist es also wie folgt: Für die bisherige Bausumme von 18 Millionen Euro bekommen wir Zuschüsse. In Bezug auf die zusätzlichen Kosten, die jetzt entstehen, will die Verwaltung keinen Antrag auf Fördermittel stellen.

Das sind meine beiden Fragen, auf die ich gerne eine Antwort hätte.

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Herr Streitberger, bitte.

**Beigeordneter Bernd Streitberger:** Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Detjen, Sie wissen, dass ich relativ regelmäßig Gespräche mit den stadtentwicklungspolitischen Sprecherinnen und Sprechern der im Stadtentwicklungsausschuss vertretenen Fraktionen führe. Bei diesen Gesprächen werden schwierige Themen beraten. Dieses Thema ist dort nicht beraten worden.

Zu Ihrer zweiten Frage muss ich Folgendes sagen: Wir haben mit dem Land schon das Gespräch geführt. Dabei wurde vonseiten des Landes sehr deutlich, dass die Zuschüsse für die konstruktiven Kosten gedeckelt sind. Deswegen

macht es sicherlich keinen Sinn, dafür noch einmal einen Förderantrag zu stellen.

Anders verhält es sich bei den 3,5 Millionen Euro für den Historischen Park Köln-Deutz. Dort sehen wir unter Umständen die Möglichkeit - ich sage das mit aller Vorsicht, Herr Detjen -, dass es aus anderen Etats als dem Städtebauförderungsetat, zum Beispiel aus dem Etat des Landes für den Denkmalschutz, noch Hilfen geben könnte. Darüber, in welcher Größenordnung das möglich wäre, möchte ich an dieser Stelle nicht spekulieren. Diesbezüglich werden wir uns aber noch einmal in Richtung Land anstrengen.

Bei den konstruktiven Kosten ist in der Tat der Zuschuss gedeckelt. Da ist nichts mehr zu erwarten.

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Danke schön. - Keine weitere Nachfrage.

Dann kommen wir zu:

**4.5 Anfrage der FDP-Fraktion betreffend „Sachstand zum Beschluss ‚Sanierung und Nutzung des Ratsschiffs ‚MS Stadt Köln'"**
**AN/0963/2011**

**Antwort der Verwaltung vom 26.05.2011**
**2135/2011**

Dazu sehe ich keine Nachfragen.

Damit ist die Behandlung der Anfragen abgeschlossen, und wir kommen zu:

**6 Ortsrecht**

**6.1 Satzungen**

Zu Tagesordnungspunkt 6.1.1:

**6.1.1 1. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren und Kostenersatz für die Leistungen der Berufsfeuerwehr und der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Köln (Feuerwehrsatzung)**
**0443/2011**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Wer gegen diese Satzungsänderung ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer enthält sich? - Damit ist sie angenommen.

Wir kommen zu:

**6.1.3 9. Satzung zur Änderung der Satzung der Zusatzversorgungskasse der Stadt Köln**
**0905/2011**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Nein. Wer ist gegen diese Satzung? - Wer enthält sich? - Bei Enthaltung der Fraktion pro Köln ist die Satzung so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 6.1.5:

**6.1.5 Satzung zur Festlegung abweichender Zeiträume für die Durchführung der Dichtheitsprüfung von privaten Abwasserleitungen gemäß § 61 a Abs. 3 bis 5 Landeswassergesetz**
**hier: 3. Fristensatzung**
**1700/2011**

Ich sehe keine Wortmeldungen. Wer ist gegen diese Satzung? - Wer enthält sich? - Bei Enthaltung der Fraktion pro Köln ist sie so angenommen.

Wir kommen zu:

**6.3 Ordnungsbehördliche Verordnungen**

Zu Tagesordnungspunkt 6.3.1:

**6.3.1 Änderung der Kölner Straßenordnung**
**1658/2011**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Ich sehe keine. Wer ist gegen diese Änderung? - Wer enthält sich? - Damit ist sie angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 7:

**7 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen und -verpflichtungen für die Hj. 2010 und 2011 gem. § 83 Abs. 1 und § 85 Abs. 1 GO NRW i. V. m. der Haushaltssatzung 2010/2011**
**1854/2011**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Damit ist das so zur Kenntnis genommen.

Dann kommen wir zu:

**8 Überplanmäßige Aufwendungen**

Zu Tagesordnungspunkt 8.1:

**8.1 Überplanmäßige Aufwendungen im Teilplan 0417 - Puppenspiele für das Haushaltsjahr 2011**

**1673/2011**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Herr Sterck, bitte.

**Ralph Sterck** (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Es ist - gerade für uns als Rat - ein sehr unbefriedigendes Verfahren, dass hier immer wieder Nachforderungen vorgelegt werden. Auch wenn wir jetzt an dieser Stelle natürlich zustimmen müssen, möchten wir aber doch unseren Protest zu Protokoll geben.

Das Verfahren muss sich - vielleicht auch in Zusammenarbeit mit der neuen Kämmerin - hier auf jeden Fall ändern. So leichtfertig können wir mit dem Geld nicht umgehen.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist alles im Finanzausschuss schon besprochen worden!)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Okay. - Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer gegen diese überplanmäßige Aufwendung ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Dann ist sie so angenommen - mit der Maßgabe der Erklärung zu Protokoll.

Nun kommen wir zu:

**9 Außerplanmäßige Aufwendungen**

Zu Tagesordnungspunkt 9.1:

**9.1 Außerplanmäßige Bereitstellung von Mitteln für das Bildungspaket in 2011**
**1948/2011**

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Bitte schön, Frau Laufenberg.

**Sylvia Laufenberg** (FDP): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir würden gerne kurz wissen, wie die 23 Stellen genau zustande kommen und wofür sie genau eingesetzt werden. - Danke schön.

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Diese Frage richtet sich an Frau Dr. Klein, die auch gerade wieder in den Ratssaal kommt. - Frau Dr. Klein, es wird Ihre Auskunft darüber erbeten, welche Verwendung bei den 23 zuzusetzenden Stellen vorgesehen ist.

**Beigeordnete Dr. Agnes Klein:** Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Laufenberg, ich war gerade mit Ihrer Kollegin im Gespräch. - Die Stellen sind wie folgt aufgeteilt: Wir haben zwei Stellen im Amt für Kinder, Jugend und Familie. Einige Stellen haben wir im Amt für Soziales und Senioren etabliert. Eine Stelle befindet sich im Sportamt. Außerdem haben wir eine kleine Geschäftsstelle, die aus drei bis vier Personen besteht.

So teilt sich das auf. Es gibt also sowohl eine dezentrale Organisation in den Ämtern als auch eine Zentrale; denn wir sind auf der einen Seite auf das Know-how der Ämter angewiesen, brauchen auf der anderen Seite aber auch eine zentrale Steuerungseinheit, von der dann im Dialog insbesondere mit dem Jobcenter die Dinge betrieben werden.

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Damit ist die Frage beantwortet. Ich sehe auch keine weiteren Wortmeldungen.

Dann können wir zur Abstimmung kommen. Wer gegen diese außerplanmäßige Bereitstellung ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Niemand. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit ist das so angenommen.

Wir kommen zu:

**10 Allgemeine Vorlagen**

Zu Tagesordnungspunkt 10.1:

**10.1 Kostenerhöhung bei der Generalsanierung der Feuer- und Rettungswache 4 (Ehrenfeld), Äußere Kanalstraße 67**
**4889/2010**

Wortmeldungen sehe ich keine. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit so angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.4:

**10.4 Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung für die Überprüfung und die Erlaubniserteilung der eingeschränkten Heilpraktikererlaubnis für das Gebiet der Physiotherapie**

**0617/2011**

Dazu gibt es keine Wortmeldungen. Dann wollen wir darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Dagegen spricht sich die Fraktion pro Köln aus. Wer enthält sich? - Damit so angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.5:

**10.5 1. Mitteilung über eine Erhöhung der Investitionsauszahlungen gemäß § 24 Abs. 2 GemHVO in Verbindung mit § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln für die Haushaltsjahre 2010 und 2011 im Teilplan 1201, Straßen, Wege, Plätze, bei Finanzstelle 6601-1201-1-5041, Regionale 2010 Ottoplatz, Umgestaltung**
**2. Vergabe der Bauarbeiten zur Umgestaltung des Ottoplatzes an einen Generalunternehmer**
**0732/2011**

Wortmeldungen? - Keine. Wer ist dagegen? - Die CDU. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit so angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.6:

**10.6 Teilfinanzplan 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV**
**Neubau einer Lärmschutzwand in Köln-Rondorf**
**0794/2011**

Wortmeldungen? - Keine. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit so angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.7:

**10.7 Strategiekonzept für die Stadtbibliothek**
**0901/2011**

Wortmeldungen? - Keine. Dann stimmen wir ab. Wer gegen dieses Konzept ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer enthält sich? - Damit ist es einstimmig angenommen.

Wir kommen zu:

**10.8 Teilergebnisplan 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV**
**Severinsbrücke, Strombrücke**
**Nachrechnung des Überbaus und Planung von Verstärkungsmaßnahmen zur Erzielung einer ausreichenden Beulsicherheit**
**1194/2011**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann stimmen wir ab. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Somit angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.9:

**10.9 Durchführung einer öffentlichen Ausschreibung zum Abschluss eines Rahmenvertrages für das Abschleppen und Verwahren von ordnungswidrig abgestellten und sichergestellten Fahrzeugen auf dem Kölner Stadtgebiet**
**1349/2011**

Wortmeldungen? - Keine. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ebenfalls angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.10:

**10.10 Fortführung des Projekts „Tag des offenen Denkmals“ im Jahr 2011**
**1371/2011**

Wortmeldungen? - Keine. Wer ist dagegen? - Enthaltungen? - Angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.11:

**10.11 Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2009 und des Lageberichtes für das Wirtschaftsjahr 01.01.2009 - 31.12.2009 des Wallraf-Richartz-Museums & Fondation Corboud der Stadt Köln**
**1458/2011**

Wortmeldungen? - Keine. Wer ist dagegen? - Enthaltungen? - Damit angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.12:

**10.12 Zuschuss zur Erhaltung des Kölner Doms**
**1571/2011**

Wortmeldungen? - Keine. Wer ist dagegen? - Niemand. Enthaltungen? - Ebenfalls angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.13:

**10.13 Wirtschaftsplan des Wallraf-Richartz-Museums & Fondation Corboud der Stadt Köln für das Wirtschaftsjahr 2010**
**1581/2011**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Wer ist dagegen? - Enthaltungen? - Angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.14:

**10.14 Ankauf eines Gemäldes zum 150-jährigen Jubiläum des Wallraf-Richartz-Museums in 2011**

**1697/2011**
Gibt es dazu Wortmeldungen? - Ja. Dazu meldet sich Herr Breite zu Wort. Bitte.

**Ulrich Breite** (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Professor Quander, zu der inhaltlichen Frage, ob es nun die Schülerin oder der Meister war - dazu gibt es jetzt ja ein Gutachten -, kann ich mich nicht äußern. Wenn es nur die Schülerin gewesen sollte, hätte das aber natürlich auch preislich eine Bedeutung für uns.

Auch über das Bild „Dame mit Angorakatze“ selber - übrigens sehr plüschig; das soll ja Barock sein, wie ich gehört habe - kann ich mich nicht äußern.

Ich kann aber als Finanzpolitiker etwas sagen. Im Vergleich zu den anderen Fachbereiche ist es im Kulturbereich nämlich schon sehr spitzfindig, wie diese Million zur Verfügung gestellt wird - die es eigentlich gar nicht gibt, sondern die im Nachhinein übertragen wird. Ich habe die Kämmerin noch einmal gefragt. Sie wird das machen.

Würden wir in allen Bereichen so vorgehen, kämen wir nicht zu einer Haushaltskonsolidierung. Im Rahmen des Doppelhaushalts war es so vorgesehen, dass man ihn im Jahre 2010 sehr spät verabschiedet hat. Dadurch konnte nicht der gesamte Ankaufsetat ausgegeben werden. Das ist auch der Sinn der Haushaltskonsolidierung.

Jetzt werden die Mittel einfach übertragen. Diese Politik möchten wir nicht mittragen. Inhaltlich können wir uns zu diesem Gemälde nicht äußern. Dass wir uns als Stadt Köln - auf Pump! - ein Geschenk für unser eigenes Museum machen, halten wir in der Form, wie sie hier finanztechnisch verfolgt wird, aber für nicht tragbar. Darum werden wir diese Verwaltungsvorlage ablehnen. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP, Frau Bürgermeisterin Scho-Antwerpes übernimmt wieder die Sitzungsleitung)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Danke schön. - Gibt es dazu weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich über diese Vorlage abstimmen. Wer ist dafür? - Die SPD, die Grünen, die CDU und die Linke. - Enthaltungen? - Herr Hoffmann und Herr Zimmermann enthalten sich. Damit ist die Vorlage angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.15:

**10.15 Bürgerstr. 2/Alter Markt 31-33 („Rotes Haus“), Köln-Altstadt-Nord**
**0277/2011**
Gibt es dazu Wortmeldungen? - Herr Sterck, bitte.

**Ralph Sterck** (FDP): Werte Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Lieber Herr Streitberger, ich darf daran erinnern, dass ich bei den ursprünglichen Planungen dagegen war. Das Projekt hat sich aber - das können Sie auch in Ihren Vorlagen sehen - entwickelt. Als wir am Freitag zusammengesessen haben, haben wir es geschafft, den gordischen Knoten zu durchschlagen. Dafür bin ich allen Beteiligten bei der Gebäudewirtschaft, bei der Verwaltung und bei der KVB, aber auch den politischen Vertretern dankbar. Es war wirklich eine schwere Geburt.

Jetzt bekommen wir eine Lösung für das „Rote Haus“, für die uns wahrscheinlich noch Generationen dankbar sein werden, weil wir dort Angsträume vermeiden. Wir haben eine sehr klare Wegeführung. Außerdem haben wir - das ist sicherlich auch ein Verdienst des Kollegen Möring, den ich in diesem Zusammenhang nennen möchte - einen durchgehenden Aufzug von der U-Bahn-Ebene, also vom Bahnsteig, auf die Ebene des Alter Marktes, aber auch auf die Ebene des Rathausplatzes.

Wir haben dort also einen sehr guten Anschluss und eine klare Wegeführung gerade auch auf der ersten Etage gefunden - sicherlich zulasten der vermarktbaren Fläche; in diesen sauren Apfel mussten wir dann beißen. Ich glaube aber, dass wir hier einen großen Wurf hinbekommen haben. Wir haben das Beste aus dieser misslichen Situation gemacht und für die späteren Nutzer der Haltestelle Rathaus eine wirklich sehr gute Lösung gefunden.

(Beifall bei der FDP)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Danke schön, Herr Sterck. - Frau dos Santos Herrmann, bitte.

**Susana dos Santos Herrmann** (SPD): Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Herr Sterck, es stimmt, dass das Gespräch am vergangenen Freitag konstruktiv verlaufen ist. Es stimmt auch, dass am Ende eine Lösung gefunden wurde, die weniger schlecht ist als die ursprüngliche.

Wir haben uns in der SPD-Fraktion noch einmal intensiv mit den Planungen befasst. Es ist gut - das haben wir schon festgestellt -, dass wir am Ende nicht drei, sondern nur zwei Aufzüge haben.

Das wesentliche Problem, das wir wegbekommen wollten, haben wir aber nicht wegbekommen. Wir werden nicht wegbekommen, dass diese Stelle äußerst unschön gestaltet ist und dass sie sich möglicherweise - ich will es nicht hoffen, befürchte es aber, und zwar aus guten Gründen - zu einer Ecke entwickelt, die für diese Lage sehr unschön aussehen wird. Ich will hier nicht weiter ausführen, welche Dinge dort passieren werden. Es ist aber deutlich, dass sich dort ein Angstraum entwickeln wird - mit allen Folgen.

Wie gesagt, gebe ich zu, dass das eine weniger schlechte Planung ist. Am Ende müssen wir aber Folgendes festhalten: Aus gutem Grund haben wir schon 2006 die Überlegungen abgelehnt, das „Rote Haus“ anzukaufen, die Verlegung der Bahnsteige vorzunehmen und diese Form der Planung mitzutragen.

Wir sind auch jetzt nicht zufrieden. Leider sehen wir uns darin bestätigt, dass diese Planung keine gute Lösung für Köln bedeutet. Deswegen lehnen wir sie ab.

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Gibt es weitere Wortmeldungen dazu? - Herr Streitberger, bitte.

**Beigeordneter Bernd Streitberger:** Frau Bürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte nur auf eine kleine Änderung hinweisen. Im Beschlussvorschlag der Verwaltung heißt es ja:

> … auf der Grundlage des vorliegenden Konzeptes (Anlage 1) …

Wegen der neuen Vorlage muss das jetzt natürlich in „Anlage 6“ geändert werden. - Das war mein Hinweis.

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Danke schön, Herr Streitberger. - Dann lasse ich jetzt über diese Vorlage mit Anlage 6 - Stichwort: interfraktionelles Gespräch - abstimmen. Wer ist dagegen? - Die SPD. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit ist diese Vorlage angenommen.

> (Ralph Sterck [FDP]: Jamaika! - Zuruf von Ulrich Breite [FDP] - Heiterkeit bei der FDP und der CDU)

Die Vorlage unter Tagesordnungspunkt 10.16 ist zurückgezogen worden.

Zu Tagesordnungspunkt 10.17:

**10.17 Wirtschaftsplan des Wallraf-Richartz-Museums & Fondation Corboud der Stadt Köln für das Wirtschaftsjahr 2011**
**1645/2011**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Ich sehe keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist gegen diese Vorlage? - Niemand. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Dann ist diese Vorlage angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.18:

**10.18 Neubau- und Sanierungsprogramm der städtischen Sozialhäuser**
**Mitteilung über Kostenerhöhungen gem. § 24 Abs. 2 GemHVO in Verbindung mit § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln für das Haushaltsjahr 2011**
**4932/2010**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Ich sehe keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist gegen diese Vorlage? - Pro Köln. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Dann ist diese Vorlage mehrheitlich angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.19:

**10.19 Ausschreibung eines Rahmenvertrages über Elektrogeräte für Leistungsempfänger aus den Rechtskreisen des SGB II und SGB XII**
**0316/2011**
**Änderungs- bzw. Zusatzantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**
**AN/1122/2011**

Herr Helling, bitte.

**Ossi Werner Helling** (Bündnis 90/Die Grünen): Ihnen allen liegt ein Änderungsantrag von SPD und Grünen zum Rahmenvertrag Elektrogeräte

für Leistungsempfänger vor. Inhalt des Änderungsantrages ist, schon in der Ausschreibung vorzusehen, dass die zu beschaffenden Kühlschränke, die ja als prioritäre Energiefresser gelten, eine höhere Energieeffizienzklasse, und zwar A++, aufweisen. Das entlastet die Umwelt und die Geldbörsen der späteren Benutzer. Insofern bitten wir um Zustimmung zu diesem Änderungsantrag.

(Zurufe von der CDU und der FDP)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Bitte schön, Frau Hoyer.

**Katja Hoyer** (FDP): Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Die FDP wird diesem Änderungsantrag nicht zustimmen, und zwar aus folgenden Überlegungen heraus: Wir haben im Sozialausschuss vonseiten der Verwaltung diese Vorlage bekommen, in der eine preisgünstige und bedarfsgerechte Versorgung, für die wir natürlich auch sind, aufgezeigt wird. Im Sozialausschuss wurde daraufhin vonseiten der Linken an die Verwaltung die Anfrage zurückgegeben, ob die in dieser Vorlage dargelegte Lösung die ökonomisch und ökologisch sinnvollste Variante ist. Die Vorlage ist unverändert wieder in den Sozialausschuss gekommen. Also gehe ich davon aus, dass von der Verwaltung die sowohl ökonomisch als auch ökologisch sinnvollste Lösung gefunden worden ist.

Das, was Sie jetzt fordern, würde die Stadt immerhin insgesamt 83 000 Euro mehr kosten. So richtig es ist, ökologische Bedenken zu berücksichtigen: Wir können nicht überall Höchststandards fahren. Sie selbst haben ja auch eine ökologische und ökonomische Abwägung getroffen. Wir sind zu einer anderen Abwägung gekommen. Insofern werden wir der Vorlage zustimmen, nicht aber Ihrem Änderungsantrag.

Noch eine Bemerkung: Sie müssen auch einmal überlegen, wie das auf die Leute wirkt, die Geringverdiener sind, oder auch auf junge Leute,

(Beifall bei der FDP und der CDU)

die sich bei der Erstausstattung gut überlegen müssen, was sie sich anschaffen können und was sie sich nicht leisten können. Ich will hier keine Neiddiskussion aufmachen. Aber wir müssen hier nicht nur sozial, sondern auch sozial sensibel abwägen. Deswegen stimmen wir für die Vorlage und gegen den Änderungsantrag.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Danke schön, Frau Hoyer. - Gibt es weitere Wortmeldungen? - Ich sehe keine.

Dann möchte ich über den Änderungsantrag abstimmen lassen. Wer ist für diesen Änderungsantrag? - Das sind die SPD, die Grünen, die Linken. Wer enthält sich? - Bei Enthaltung von pro Köln ist dieser Änderungsantrag angenommen.

Dann lasse ich über die Vorlage in der geänderten Form abstimmen. Wer ist gegen diese Vorlage? - Das sind die CDU und die FDP. Wer enthält sich? - Herr Hoffmann, Sie sind dagegen? - Herr Hoffmann? - Okay. Und pro Köln enthält sich. Dann ist diese Vorlage in der veränderten Form so angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.20:

**10.20 Planungsbeschluss zur Sanierung und Instandsetzung des Parkcafés im Rheinpark, sowie Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes bei Finanzstelle 8040-1501-0-5001, Sanierung Parkcafé**
**1348/2011**
**Änderungs- bzw. Zusatzantrag der FDP-Fraktion**
**AN/1027/2011**
**Änderungs- bzw. Zusatzantrag der Fraktion Die Linke.Köln**
**AN/1106/2011**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Herr Schultz, bitte.

**Alfred Schultz** (SPD): Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Wir stimmen der Verwaltungsvorlage zu. Das Anliegen, das die Linken mit ihrem Änderungsantrag verfolgen, ist zwar erwägenswert; aber unserer Meinung nach könnte der Zeitraum für ein Qualifizierungsprojekt zu kurz sein. Wir empfehlen daher der Verwaltung, diesen Antrag zu prüfen und in einer der nächsten Wirtschaftsausschusssitzungen zu berichten. Den Änderungsantrag der FDP lehnen wir ab.

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Danke schön, Herr Schultz. - Herr Klipper, bitte.

**Karl-Jürgen Klipper** (CDU): Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Wir wären sehr froh, wenn das Parkcafé des Jahres 1957 wiederhergestellt würde, auch weil es ein wirklich hervorragendes Bauwerk der 50er-Jahre ist. Nach unserer Auffassung wird von der Verwaltung jedoch das Pferd von hinten aufgezäumt. Sie hat nämlich die schwierige Grundstückslage nicht berücksichtigt. Ich darf Sie daran erinnern, dass wir uns darüber schon vor mehreren Jahren dezidiert unterhalten haben. Obwohl es damals unterschiedliche Konzepte gab, ist es uns nicht gelungen, einen Betreiber für das Parkcafé zu finden, der es hätte wirtschaftlich bewirtschaften können.

Jetzt sollen wir hier etwas beschließen, obwohl wir noch gar nicht wissen, was danach mit dem Parkcafé passieren soll. Normalerweise ist das ein Ding der Unmöglichkeit, wenn man in dieser Stadt eine Investition tätigt. Hier geht es um eine Investition von 2,6 Millionen Euro. Wenn ich die Preissteigerungen, die ich mitbekomme, einbeziehe, dann unterhalten wir uns im Jahr 2014 eher über 3 oder 3,5 Millionen Euro als über 2,6 Millionen Euro. Wenn Sie noch nicht einmal ein Konzept für diese schwierige Immobilie haben, dann - das sage ich Ihnen heute schon - kann es passieren, dass sich wieder Umbauarbeiten anschließen müssen, bis man endlich ein Konzept gefunden hat, das da reinpasst.

In Ihrer Beschlussvorlage ist vorgesehen, dass 20 eher weniger qualifizierte Menschen im Parkcafé arbeiten sollen. Dieses Konzept wird nicht funktionieren. Dieses Konzept funktioniert nirgends. Wir, die Fraktion der CDU, werden nicht über 3 Millionen Euro beschließen, solange ein Konzept fehlt. Angesichts der schwierigen Lage wird es nicht leicht werden, einen Betreiber zu finden. Wir haben ja schon mit diversen Betreibern gesprochen, die durchaus unterschiedliche Konzepte entwickelt hatten. Jeder hat gesagt: Das ist so nicht zu machen.

Frau Berg

> (Manfred Wolf [FDP]: Frau Berg sitzt auf Ihrer rechten Seite und nicht zu Ihrer Linken!)

- ich bitte um Entschuldigung; ich habe meine Brille nicht auf -, in Ihrer Beschlussvorlage listen Sie die Kosten auf, die der Betreiber zu tragen hat. Ich darf einmal aus Vorlage zu zitieren:

> Zukünftige Kosten.
>
> Nach Fertigstellung der Sanierung wird der städtische Haushalt mit Abschreibungen belastet werden. Dieser Aufwand wird durch einen Mietertrag in gleicher Höhe gedeckt werden. Die Höhe des Mietzinses kann erst nach Vorlage der Kostenberechnung geschätzt und nach Fertigstellung der Sanierung festgelegt werden.
>
> Der zukünftige Nutzer des Gebäudes wird vertraglich verpflichtet, den entstehenden Aufwand am Gebäude und der zur Verfügung gestellten Einrichtung zu tragen.

Das ist ein Ding der Unmöglichkeit. Ich sage Ihnen heute schon, Frau Berg: Das wird sich bei diesem Objekt so nicht umsetzen lassen. Wir werden später noch einmal Geld in die Hand nehmen müssen.

Wir werfen angesichts der schlechten Finanzlage unserer Stadt nicht einfach mal so 3 Millionen Euro über zweieinhalb Jahre raus, werden wir das heute nicht machen.

(Zuruf von der FDP)

- Nein, wir werden es nicht machen.

(Zuruf der Beigeordneten Ute Berg)

- Nein, ich habe gesagt: Machen Sie zuerst einmal ein Konzept, das hier im Rat abgestimmt ist. Dann können wir uns gerne noch über die 3 Millionen Euro unterhalten. So läuft das hier und nicht umgekehrt.

Frau Berg, Sie sind Wirtschaftsdezernentin. Sie wissen, wie heutzutage ein Haus gebaut wird. Sie wissen, wie eine Gaststätte renoviert wird. Sie wissen, wie ein Hotel gebaut wird. Die zukünftigen Betreiber sind bei jedem Wettbewerb dabei. Sie haben ein Mitspracherecht bezüglich der Flächen, des Raumprogramms usw. Das alles fehlt hier. Wir renovieren ein Objekt für 3 Millionen Euro und wissen noch nicht einmal, wer dort später reinkommen und es nutzen soll. Da machen wir nicht mit.

Ich sage Ihnen heute schon, Frau Berg: Wenn es einmal fertig ist, wird es vielleicht ein großes Fest geben. Aber schon kurze Zeit später werden wir

erneut Mittel in die Hand nehmen müssen, um dem künftigen Nutzer eine individuelle Lösung anbieten zu können. Und da wollen wir nicht mitmachen. Deswegen lehnen wir diese Vorlage ab.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Danke schön, Herr Klipper. - Herr Frank, bitte.

**Jörg Frank** (Bündnis 90/Die Grünen): Es gibt ja kaum ein Vorhaben, das so lange beraten und abgewogen worden ist, wie dieses berühmte Rheinparkcafé. Wir befassen uns jetzt seit dem Jahre Anno Domini 2004 damit. In Anbetracht des Zeitraums und der Geschichte müsste eigentlich jedem klar sein, dass man hier nicht, wie Herr Klipper, Äpfel mit Birnen vergleichen kann.

(Widerspruch von Karl-Jürgen Klipper [CDU])

Es gibt nämlich einen entscheidenden Unterschied: In der letzten Wahlperiode sollten die gesamten Investitionskosten einem privaten Betreiber auf Basis des Erbbaurechts aufgebürdet werden. Damals ging es um eine ähnlich hohe Summe, nämlich circa 2 Millionen Euro. Das hat sich nach langen Erwägungen und dem Durchlauf von diversen Interessenten, darunter durchaus auch völlig seriöse, nicht gerechnet. Daraufhin wurde entschieden, dass die Stadt insofern in Vorleistung gehen muss, dass sie diese Immobilie instand setzt, um sie dann einer gewerblichen Nutzung zuzuführen.

Nichts anderes beinhaltet diese Beschlussvorlage. Wir sollen heute eine Planung beschließen und die Planungskosten dafür freigeben. Dann werden wir bis 2014 - so ist es hier jedenfalls vorgesehen - eine Immobilie haben, die wieder als Cafe an den Markt zu bringen ist. Dann kommt die zweite Phase, nämlich in einem Ausschreibungsverfahren einen Betreiber dafür zu finden. Darüber brauchen wir aber heute noch nicht zu diskutieren. Nach aller Erfahrung und nach allen Interessenbekundungen sieht die Lage dann besser aus. Das ist so. Insofern haben wir jetzt eine andere Vorlage als vor acht Jahren.

Ich will noch auf eine Sache hinweisen. Den Vorschlag der FDP werden wir ablehnen, den Antrag der Linken ebenfalls. Aber wir würden es begrüßen, wenn die Verwaltung im Wirtschaftsausschuss die Frage, die sich dahinter verbirgt, beantwortete. Und dann schauen wir weiter.

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Danke schön, Herr Frank. - Frau Hoyer, bitte.

**Katja Hoyer** (FDP): Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin! Liebe Kollegen! Liebe Kolleginnen! Die FDP-Fraktion möchte das Parkcafé im Rheinpark erhalten. Deshalb unterstützen wir die Beschlussvorlage in dem Punkt, dass die Sanierung jetzt schnell durch Träger des zweiten Arbeitsmarktes erfolgen soll.

(Beifall bei der FDP)

Diese Sanierung ist nämlich dringend erforderlich, weil ansonsten die Bausubstanz unwiederbringlich zerstört ist.

Als Neuling in der Diskussion um das Parkcafé muss ich mich allerdings schon heftig wundern, dass sich die Verwaltung zeitgleich mit dem Beschluss zur Sanierung von der Idee verabschiedet hat, die spätere Nutzung des Cafés in private Hände zu geben. Vor mehr als zehn Jahren - das wurde hier schon erwähnt - gab es bereits heftige Diskussionen über die Sanierung des Parkcafés in den politischen Gremien. Wir alle wissen, dass es damals eine Architektengruppe gab, die ein Konzept vorgelegt hatte,

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Zwei!)

das neben der Nutzung des Parkcafés als Gastronomiebetrieb auch ein Speiseeismuseum vorsah. Bei der Vorstellung dieser Idee betonten die Initiatoren, wie übrigens auch alle anderen potenziellen Investoren, dass die Sanierungskosten so hoch seien, dass ein solcher Betrieb nicht rentabel zu führen sei. Darüber führte die Verwaltung im Konzept zum Rheinpark aus, dass gegen eine gastronomische Nutzung spräche, dass das Gebäude inmitten der Parkanlage liege und somit die Erschließung sowie der Nachweis von Stellplätzen nicht gewährleistet sei - ein Thema, das in der heutigen Vorlage überhaupt keine Rolle mehr spielt. Ich gehe davon aus, dass inzwischen eine befriedigende Lösung gefunden worden ist; denn die Lösung des Parkplatzproblems kann ja nicht nur für private Betreiber gelten, sondern muss auch bei öffentlichen Nutzern diskutiert werden.

Meine Damen und Herren, die Verwaltung stellt in ihrer Beschlussvorlage zum Parkcafé fest - ich zitiere -:

> Das Gebäude steht seit längerer Zeit leer und befindet sich in einem schlechten baulichen Zustand. Dadurch konnte die Liegenschaftsverwaltung trotz intensiver Bemühungen keinen geeigneten Betreiber für das Objekt finden.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Genau!)

Diese Erkenntnis ist wahrlich nicht neu.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Zehn Jahre alt!)

Neu ist nur die Erkenntnis, dass aufgrund des jetzt akuten Handlungsdrucks ein Konzept durchgesetzt werden soll, das eine private Nutzung ausschließen soll.

Liebe Kollegen, liebe Kolleginnen, durch die städtisch finanzierte Sanierung verändern sich die Rahmenbedingungen. Doch diese Rahmenbedingungen ändern sich auch für private Investoren entscheidend. Wenn die Kosten für die Instandsetzung wegfallen, dann eröffnen sich auch für private Betreiber ganz neue Perspektiven. Aus der Rede von Herrn Frank habe ich heraushören können, dass das mit dem künftigen Betreiber vielleicht doch noch nicht klar ist. Das wäre ja ein kleiner Hoffnungsschimmer. Diese neuen Perspektiven gilt es zuerst einmal auszuloten, bevor man sich von einer privaten Nutzung verabschiedet. Darüber hinaus - so haben wir es in unserem Antrag auch geschrieben - haben sich durch die Ansiedlung von Talanx und RTL in den Rheinhallen sowie die künftig veränderte Nutzung des Staatenhauses neue Perspektiven für einen gastronomischen Betrieb oder vielleicht auch eine ganz andere Nutzung ergeben. Nein, meine Damen und Herren, hier wird sozusagen das Kind mit dem Bade ausgeschüttet: Wenn städtisch saniert wird, muss auch städtisch betrieben werden. Da hat private Initiative in Köln einmal wieder keine Chance.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir schlagen Ihnen folgendes Vorgehen vor: Sanieren wir das Parkcafé mit städtischen Mitteln und sichern damit den Erhalt. Ich glaube, das ist vorrangig und wichtig. Dann sollten wir auch weiterhin versuchen, für die Nutzung einen privaten Investor zu finden - im Interesse der Kölner Wirtschaft und im Interesse der städtischen Finanzen. Das war bis heute Konsens in diesem Rat. Die FDP-Fraktion kann nicht erkennen, dass sich das geändert haben sollte.

(Beifall bei der FDP)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Danke schön, Frau Hoyer. - Herr Detjen, bitte.

**Jörg Detjen** (Die Linke.Köln): Meine Damen und Herren! Wir haben im Liegenschaftsausschuss über die Immobilie Parkcafé sehr oft gesprochen. Die Verwaltung hat da auch Fehler gemacht, gar keine Frage. Fazit ist: Es gibt niemanden.

Insofern begrüßen wir die Initiative von SPD und Grünen und auch von der Verwaltung, hier ein Projekt auf die Beine zu stellen, das dazu führen soll, dass im Rheinpark auch irgendwann wieder Kaffee getrunken werden kann. Hier wird ein Weg aufgezeigt, wie das durch die Stadt Köln getragen werden kann. Wenn wir diesen Weg gehen, werden wir das grundsätzlich unterstützen.

Ich glaube nicht, dass man SPD und Grünen hier vorwerfen sollte - wie Sie das vorhin in der Debatte gemacht haben -, sie seien staatsversessen und wollten deswegen ein Café bauen. Diese Auseinandersetzung hat ja eine Geschichte, die zu dieser Beschlussvorlage geführt hat.

(Zurufe vom Bündnis 90/Die Grünen)

- Ja, diesen Vorwurf greife ich jetzt gerne auf. Dahinter steckt reine Ideologie, nicht aber ein konkreter Lösungsvorschlag.

Meine Damen und Herren, wir haben versucht, in unserem Antrag deutlich zu machen, wie wichtig es uns ist, dass bei solchen Projekten, die im Prinzip in Ordnung sind, Personen auch einen Bildungsabschluss machen können. Das ist uns ein wichtiges Anliegen. Wir wären so weit zufrieden, wenn SPD und Grüne zusagen, dass das geprüft werden soll. Dann wird die Verwaltung in den nächsten Sitzungen des Wirtschaftsausschusses einen Bericht dazu vorlegen. Das würde uns reichen. Deswegen verzichten wir auf die Abstimmung unseres Antrags.

(Beifall bei der Linken.Köln)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Danke schön, Herr Detjen. - Herr Kollege Bürgermeister Wolf, bitte.

**Manfred Wolf** (FDP): Frau Bürgermeisterin! Ich habe noch eine Frage an Herrn Frank. Herr Frank, Sie sind, glaube ich, seit 1991 - damals gab es noch die Rotation bei den Grünen - Ratsmitglied. Sie waren einmal einer der Vorreiter derjenigen, die städtische Lokalitäten privatisieren wollten. Ob Rathaus oder Flora, alles sollte privatisiert werden. Jetzt vertreten Sie auf einmal - so sehe ich das - die Meinung, eine Lokalität in städtischer Trägerschaft weiterzuführen. Haben Sie Ihre Meinung geändert, und wie soll ich das auffassen?

(Beifall bei der FDP - Zurufe: Rotation!)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Herr Frank antwortet. Bitte.

**Jörg Frank** (Bündnis 90/Die Grünen): Lieber Herr Wolf! Sie haben recht: Es war mir in den 90er-Jahren ein Anliegen, die volkseigenen Betriebe hier zu versenken.

(Beifall bei pro Köln)

Das ist ja auch gelungen. Darauf bin ich auch stolz. Aber - um einen Irrtum aufzuklären -: Diese Vorlage ist keine Renaissance des volkseigenen Betriebs, sondern nichts anderes als eine öffentliche Ausschreibung - darüber beschließen wir aber heute nicht, sondern wahrscheinlich erst 2014 -, um einen Betreiber für dieses Objekt zu finden, allerdings mit einer kleinen Zugabe - jedenfalls ist es so geplant -, nämlich dass der Betreiber auch Menschen, die langzeiterwerbslos sind, oder jungen Leuten, die noch keine Ausbildung haben, die Möglichkeit gibt, über Beschäftigungsprogramme den Anschluss an den ersten Arbeitsmarkt zu finden. Das ist das Einzige.

(Zuruf von Dr. Ralph Elster [CDU])

- Wenn das scheitert, Herr Elster, dann frage ich mich, warum Sie überhaupt noch jemanden in den Sozialausschuss entsenden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Ich lasse jetzt über den Änderungsantrag der FDP abstimmen. Wer ist für diesen Änderungsantrag? - Das sind die FDP und pro Köln. - Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen.

Dann lasse ich über die Gesamtvorlage abstimmen. Wer ist gegen diese Vorlage? - Das sind die CDU, die FDP, pro Köln und Herr Hoffmann. Dann ist sie so angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.21:

**10.21 Rücknahme der Haushaltskürzungen bei den Koordinierungs-, Kontakt- und Beratungsstellen für Menschen mit Behinderung (KoKoBe) - Beschluss der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik**
**1442/2011**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Ich sehe keine. Dann lasse ich über diese Vorlage abstimmen. Wer ist gegen diese Vorlage? - Niemand. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Dann ist 10.21 einstimmig angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.22:

**10.22 Verteilung der Mittel zur Förderung von Interkulturellen Zentren für das Jahr 2011**
**1460/2011**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Ich bitte um Abstimmung. Wer ist dagegen? - Gegen die Stimmen von pro Köln. Gibt es Enthaltungen? - Ich sehe keine. Dann ist diese Vorlage mehrheitlich angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.23:

**10.23 Realisierung von Lärmschutzmaßnahmen im großen Saal des Bürgerzentrums Engelshof - Baubeschluss**
**1588/2011**

Keine Wortmeldungen. Dann lasse ich darüber in der Neufassung abstimmen. Wer ist gegen diese Vorlage? - Niemand. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Dann ist die Vorlage in der neuen Fassung angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.24:

**10.24 Erweiterung der Öffnungszeiten der Stadtteilbibliotheken**
**1668/2011**

Keine Wortmeldungen dazu.

(Unruhe)

- Es ist unglaublich laut, das muss ich sagen. Es wäre schön, wenn ich meine Stimme nicht so

strapazieren müsste. Ich bemühe mich ja schon, zügig durch die Tagesordnung zu führen.

Wir sind bei Punkt 10.24. Keine Wortmeldungen dazu. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist diese Vorlage angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.25:

**10.25 Neufestsetzung der Kartenpreise für das Schauspiel Köln**
**1871/2011**

Keine Wortmeldungen dazu. Ich lasse abstimmen. Wer ist dagegen? - Gegenstimmen von pro Köln. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Dann ist 10.25 mehrheitlich angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.26:

**10.26 Jahresabschluss 2010 der Stadtentwässerungsbetriebe Köln (StEB), AöR**
**1756/2011**

Keine Wortmeldungen dazu. Ich lasse darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Keine Gegenstimmen. Wer enthält sich? - Das sind die FDP und pro Köln. Dann ist diese Vorlage mehrheitlich angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.27:

**10.27 Einrichtung des Chemielabors im Berufskolleg Kartäuserwall 30, Fachraumerneuerung**
**5060/2010**

Keine Wortmeldungen dazu. Ich lasse abstimmen. Wer ist dagegen? - Niemand. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Dann ist 10.27 einstimmig angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.28:

**10.28 Einrichtung von 2 Turnhallen sowie der Trakte C + E der Max-Ernst-Gesamtschule, Görlinger Zentrum 45, 50829 Köln (Bocklemünd/Mengenich)**
**0601/2011**

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Niemand. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Dann ist 10.28 einstimmig angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.29:

**10.29 Offene Ganztagsschule im Primarbereich - bedarfsgerechter Ausbau auf 22.200 Plätze**
**0458/2011**

Wer ist dagegen? - Niemand. Wer enthält sich? - Niemand. Dann ist 10.29 einstimmig angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.30:

**10.30 NetCologne Gesellschaft für Telekommunikation mbH**
**hier: Änderung des Gesellschaftsvertrages**
**1301/2011**

Keine Wortmeldungen dazu. Ich lasse abstimmen. Wer ist dagegen? - Niemand. Wer enthält sich? - Pro Köln enthält sich. Dann ist 10.30 mehrheitlich angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.31:

**10.31 NetCologne Gesellschaft für Telekommunikation mbH**
**hier: Gründung der "Gesellschaft zur Förderung und Entwicklung von Breitbandversorgung von Kommunen und Regionen sowie einer Wirtschaftsförderung im Telekommunikationsbereich mbH"**
**1302/2011**

Keine Wortmeldungen dazu. Ich lasse abstimmen. Wer ist dagegen? - Niemand. Wer enthält sich? - Enthaltungen von pro Köln. Dann ist 10.31 mehrheitlich angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.32:

**10.32 NetCologne Gesellschaft für Telekommunikation mbH**
**hier: Änderung des Gesellschaftsvertrages der NetAachen GmbH**
**1303/2011**

Keine Wortmeldungen dazu. Ich lasse abstimmen. Wer ist dagegen? - Niemand. Wer enthält sich? - Enthaltungen von pro Köln. Dann ist 10.32 mehrheitlich angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.33:

**10.33 Verwendung des Jahresüberschusses 2010 der Stadtwerke Köln GmbH (SWK)**
**1945/2011**

Keine Wortmeldungen dazu. Ich lasse abstimmen. Wer ist dagegen? - Niemand. Wer enthält sich? - Enthaltungen von pro Köln. Dann ist 10.33 mehrheitlich angenommen.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 12:

**12 Bauleitpläne - Anregungen / Satzungen**

Zu Tagesordnungspunkt 12.1:

**12.1 Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan (vorhabenbezogener Bebauungsplan) 73367/03**
**Arbeitstitel: Franz-Schaaf-Straße in Köln-Porz-Zündorf**
**0624/2011**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Niemand. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Dann ist 12.1 einstimmig angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 12.2:

**12.2 Satzungsbeschluss betreffend die vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes 5945/03**
**Arbeitstitel: Gewerbegebiet Dieselstraße in Köln-Lövenich**
**hier: Behebung von Fehlern im ergänzenden Verfahren nach § 214 Absatz 4 Baugesetzbuch**
**1280/2011**

Wortmeldungen dazu? - Keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Niemand. Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Dann ist 12.2 einstimmig angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 12.3:

**12.3 Aufhebung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes 57577/02**
**- Stellungnahmen/Satzungsbeschluss -**
**Arbeitstitel: Schloß-Arff-Straße in Köln-Roggendorf/Thenhoven**
**1363/2011**

Abstimmung wie Vorlage. Gibt es Wortmeldungen dazu? - Keine. Ich lasse darüber abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist 12.3 einstimmig angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 12.4:

**12.4 Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan (vorhabenbezogener Bebauungsplan) 70459/06**
**Arbeitstitel: "Music Store Kunftstraße" in Köln-Kalk**
**1366/2011**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Pro Köln. Enthaltungen? - Keine. Dann ist 12.4 mehrheitlich angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 12.5:

**12.5 Beschluss über Stellungnahmen, Änderung sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf 66455/06 im ergänzenden Verfahren**
**Arbeitstitel: Gereonshof in Köln-Altstadt/Nord**
**5327/2010**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Ich lasse abstimmen. Wer ist dagegen? - Die Linke und pro Köln. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Dann ist 12.5 mehrheitlich angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 13 auf:

**13 Bauleitpläne - Aufhebung von Bebauungs- / Durchführungs- / Fluchtlinienplänen**

Zu Tagesordnungspunkt 13.1:

**13.1 Aufhebung der Fluchtlinienpläne**

**a) Nummer 5291 - Arbeitstitel: Gelände zwischen Eisenbahn, Deutz-Kalker- und Deutz-Mülheimer Straße in Köln-Deutz - und**

**b) Nummer 5259 - Arbeitstitel: Gelände zwischen Mülheimer Straße, Kalker Straße und Eisenbahn in Köln-Deutz -**

**hier: Satzungsbeschluss**
**1559/2011**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Pro Köln. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist 13.1 mehrheitlich angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 14 auf:

**14 Erlass von Veränderungssperren**

Zu Tagesordnungspunkt 14.1:

**14.1 Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Rondorf**
**Arbeitstitel: Südlich Rodenkirchener Straße in Köln-Rondorf**
**0878/2011**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Ich lasse darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Niemand. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Dann ist 14.1 einstimmig angenommen.

Dann kommen wir zu Tagesordnungspunkt 16:

**16 KAG-Satzungen - Erschließungsbeitragssatzungen**

Zu Tagesordnungspunkt 16.1:

**16.1 216. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen 0734/2011**

Abstimmung wie Anlage 13. Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Ich lasse darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Pro Köln. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Dann ist 16.1 mehrheitlich angenommen.

Nun kommen wir zu Tagesordnungspunkt 17:

**17 Wahlen**

Zu Tagesordnungspunkt 17.1:

**17.1 Besetzung der Jury zur Verleihung des Umweltschutzpreises der Stadt Köln 2011 1214/2011**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Niemand. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Dann ist 17.1 einstimmig angenommen.

(Zuruf)

- Okay. - Dann komme ich noch einmal zurück: Wahlvorschlag wie Anlage 1. Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Ich lasse darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Niemand. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Dann ist das einstimmig.

Zu Tagesordnungspunkt 17.2:

**17.2 Entsendung eines Mitglieds des Integrationsrates als sachkundige Einwohnerin in den Ausschuss Gesundheit 1457/2011**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Ich lasse darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Niemand. Wer enthält sich? - Niemand. Dann ist 17.2 einstimmig.

Zu Tagesordnungspunkt 17.3:

**17.3 Neuwahl eines stellvertretenden beratenden Mitgliedes des Jugendhilfeausschusses - Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie - 1467/2011**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Niemand. Wer enthält sich? - Niemand. Dann ist 17.3 einstimmig angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 17.4:

**17.4 Sperrbezirk im Kölner Süden, Wahl der Beiratsmitglieder 1471/2011**

Wortmeldungen dazu? - Keine Wortmeldungen.

Ich verlese die Namen: Frau Mucuk-Edis, Frau Welcker, Herr Wolter, Frau Hoyer mit den jeweiligen Stellvertretern Herr Paetzold, Frau Manderla, Frau Thelen und Herr Görzel.

Nach dem Verlesen der Namen der Beiratsmitglieder und ihrer Stellvertreter lasse ich jetzt darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Das ist pro Köln. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Dann sind die Damen und Herren mehrheitlich gewählt.

Zu Tagesordnungspunkt 17.5:

**17.5 Änderung der personellen Zusammensetzung der Kommunalen Gesundheitskonferenz 1745/2011**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Ich lasse darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Keine Gegenstimmen, keine Enthaltungen. Dann ist 17.5 einstimmig angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 17.6:

**17.6 Berufung eines Vertreters/einer Vertreterin einer Religionsgemeinschaft als ständiges stellvertretendes Mitglied mit beratender Stimme in den Ausschuss für Schule und Weiterbildung 0952/2011**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Ich lasse darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Niemand. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Dann ist auch 17.6 einstimmig angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 17.7:

**17.7 Antrag der SPD-Fraktion**
**hier: Wahl eines Sachkundigen Einwohners in den Ausschuss für Anregungen und Beschwerden**
**AN/1091/2011**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Ich lasse darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Niemand. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Dann ist 17.7 einstimmig angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 17.8:

**17.8 Antrag der CDU-Fraktion**
**hier: Nachwahl eines stimmberechtigten Mitgliedes für den Ausschuss Anregungen und Beschwerden**
**AN/1118/2011]**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Ich sehe keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Niemand. Wer enthält sich? - Niemand. Dann ist 17.8 auch einstimmig angenommen.

Dann kommen wir zu Tagesordnungspunkt 18:

**18 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Abs. 1 Satz 3 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**

Zu Tagesordnungspunkt 18.1:

**18.1 Überplanmäßige Aufwendungen im Teilplan 0407 - Museum Schnütgen - für das Haushaltsjahr 2011**
**1557/2011**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Niemand. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Dann ist auch 18.1 einstimmig angenommen.

Damit ist der öffentliche Teil jetzt fast im Anschlag.

(Heiterkeit)

Ich verabschiede die Herren von der Presse und wünsche Ihnen einen angenehmen Abend.

(Schluss: 21.32 Uhr)